

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 17. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

betragt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

III.

Wir haben in unseren vorigen Artikeln dargelegt, daß für die Gewerkschaften nicht der mindeste Grund vorliegt, der Jenaer Massenstreikresolution ihre Anerkennung zu verweigern, da die Abneigung gegen den politischen Massenstreik, wie ihn Kautsky, Roland-Dolst und die mit ihnen übereinstimmenden radikalen Genossen von Anfang an verstanden wissen wollten und wie ihn die Jenaer Resolution definiert hat, nur auf dem groben Mißverständnis beruhte, diese Aufnahme des politischen Massenstreiks in das Arsenal des proletarischen Kampfes stelle eine bedenkliche Konzession an den anarcho-sozialistischen Generalstreiktypismus dar. Daß ein solches Mißverständnis zur Zeit des Kölner Gewerkschaftskongresses obwalten konnte, läßt sich begreifen; schwerer verständlich ist es, daß auch noch auf der Gewerkschaftskonferenz im Februar d. J. den Vertretern der Jenaer Resolution, speziell der „Vorwärts“-Redaktion Revolutionsromantik und Friedebergianismus unterstellt werden konnten. Wir glaubten dieser absurden Legende längst den Garauß gemacht zu haben, wurden jedoch durch das Gewerkschaftsprotokoll gründlich eines Besseren belehrt. Wir müssen uns deshalb nochmals mit diesem jämmerlichen Ammenmärchen beschäftigen. Es ist das ja ein wenig armutendes Kapitel, aber es läßt sich leider nicht überschlagen, soll endlich die parteigenössliche Diskussion aus den Niederungen eines abgeschmackten Anekdotenklaffes herausgehoben werden.

Auf der Gewerkschaftskonferenz sagte (S. 20 und 21) Genosse v. Elm:

„Wie hat man denn die Resolution von Jena seitens dieses Teiles der Parteipresse und der radikalen Genossen ausgelegt? Hat man sich etwa an die Resolution gehalten, hat man sich an den Beschluß gehalten, man wolle das Mittel des politischen Massenstreiks eventuell anwenden gegen einen Wahlrechtsraub oder auch zur Eroberung des Wahlrechts? Gewahre! Davon war keine Rede mehr, sondern bei der Reichstagsöffnung ließ die neue „Vorwärts“-Redaktion die Glode des Präsidenten zur Stürmglocke der Revolution werden. In einem nächsten Artikel wurde uns geraten, gegen die Flottenvorlage eine Massenaktion zu initiieren, und aus der russischen Revolution zog man die ganz merkwürdige Schlußfolgerung, die „Pulverfässer“ in Europa zu entzünden, die „morsche Staatsgebäude“ zusammenzuraufen zu lassen, und diese Revolution, die kommende, die bald kommende Revolution, die sollte nicht etwa ein freies Wahlrecht bringen, die sollte uns den Anfang der sozialistischen Gesellschaft bringen. (Lachen.) Ja, derartig tolles Zeug (Sehr gut!) ist in der Parteipresse geschrieben worden, und wenn man sich dagegen wehrt, dann kommen die radikalen Herrschaften und sagen, daß ist eine katastrophentartige Entwicklung, dann muß man es sich gefallen lassen, daß man die alte Lante usw. tituliert wird.“

„Der größte Teil der sogenannten Radikalen — in Wirklichkeit sind sie nicht radikal; wenn man den Primis abstreift, bleibt mitunter ein ganz gewöhnlicher Epischer übrig (Sehr richtig!) —, diese sogenannten Radikalen haben nicht im Sinne von Jena die Resolution zu fruchtigsten gesucht. Ramentlich seitdem die neuen Geister dort in der Lindenstraße eingezogen sind, ist das geschehen. Mit ihnen zog der Geist Friedeberts ein. (Sehr richtig!) Wenn er auch nicht das sah, redigierte er doch den „Vorwärts“, denn im anarcho-sozialistischen Sinne ist er redigiert worden nach der Palastrevolution.“

Und „derartig tolles Zeug“ wurde nicht nur von einem Teil der Konferenz gutgläubig für bare Münze angenommen, sondern selbst heute noch, nach der neuerlichen Auseinandersetzung über den Massenstreik, nach unserem Abwehrartikel gegen die Presstkommission des „Zimmerer“, wird von gewerkschaftlichen Führern der gleichen Faden unentwegt fortgesponnen! Befah doch auf dem Verbandstag der Schneider Genosse Käming den seltsamen Mut, zu behaupten, die Berliner Parteibewegung und der „Vorwärts“ ständen unter dem Einfluß einer „anarcho-sozialistisch-lokalistisch-radikalistischen Schieberkolonne“. Ist es gleich Wahnsinn, so hat er doch eine geradezu unheimliche Methode!

Sehen wir einmal zu, wie die ganze revolutionsromantische Legende entstanden ist, mit der man so systematisch die „Vorwärts“-Redaktion zu unspinnen sucht.

Es ist noch in guter Erinnerung, welcher Sturm im Herbst vorigen Jahres in der Gewerkschaftspresse gegen die neue „Vorwärts“-Redaktion losbrach, der man nicht nur indirekt Streikbrecherdienste vorwarf, sondern die man vor allen Dingen auch als gewerkschaftsfeindlich zu denunzieren suchte. Ramentlich die neue Mitarbeiterin des „Vorwärts“, die Genossin Luxemburg, wurde als Feindin der Gewerkschaften beschrien. Als Beweis ihrer Gewerkschaftsfeindschaft mußte herhalten, daß sie einmal, in einem ganz bestimmten Sinne, und in dieser Beschränkung durchaus mit Recht, die Gewerkschaftsarbeit als Sisyphusarbeit bezeichnet hatte. Auch auf der Gewerkschaftskonferenz konnten sich die Genossen Bringmann und Elm nicht enthalten, mit diesem famosen Zitat wieder Stimmung zu machen. Die Geschichte dieses Zitats ist nun geradezu typisch für den Anekdotenfeldzug gegen die „Vorwärts“-Redaktion!

Bereits Anfang November vorigen Jahres spielte zuerst die „Bergarbeiter-Zeitung“ das Zitat gegen die

Genossin Luxemburg aus, indem sie unter anderem sagte: „Diese Dame hat sich seit Jahren bemerkbar gemacht durch Nichtkreditierung der Gewerkschaftsarbeit und der Gewerkschaftsführer. Sie war es, die von der Gewerkschaftsarbeit als Sisyphusarbeit (unhohle Arbeit) schrieb.“

Der „Vorwärts“ glaubte der „Nichtkreditierung“ seiner Mitarbeiterin durch Verwertung eines falsch wiedergegebenen Zitats sofort nachdrücklich entgegenzutreten zu sollen. In der Nummer vom 12. November schrieb er:

„Die Genossin Luxemburg wird den Gewerkschaftskreisen als eine gefährliche „Peglerin“ gegen die Gewerkschaften denunziert — auf Grund eines von ihr einmal gebrauchten Ausdruckes von der gewerkschaftlichen „Sisyphusarbeit“, was die „Bergarbeiter-Zeitung“ ungeniert als „unhohle Arbeit“ übersetzt. In welchem Sinne war aber dieser Ausdruck gebraucht? Genossin Luxemburg untersuchte in ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution“ in einer Polemik gegen Bernstein die Funktion der Gewerkschaften im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft und wies nach, daß die objektive herabdrückende Tendenz dieses Wirtschaftsmechanismus mit der Kraft eines Naturgesetzes das wirtschaftliche Aufstreben der Arbeiterklasse unaufhörlich durchkreuzt. Während der absolute Lohn durch die gewerkschaftliche Aktion gehoben wird, wird der relative Lohn, das heißt der Anteil des Arbeiters an dem gesellschaftlichen Reichtum, infolge der wachsenden Produktivität der Arbeit immer geringer. Im Anschluß daran heißt es: „In den wirtschaftlichen Hauptfunktionen verandelt sich also der gewerkschaftliche Kampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zustehenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralysiert oder genauer abgeschwächt werden.“ Gedanke man aber die Gewerkschaften in ein Mittel zur stufenweisen Verklärung des Profits zugunsten des Arbeitslohnes, d. h. zur allmählichen Aufhebung des kapitalistischen Lohnverhältnisses, zu verwandeln, so sei dies eine Utopie im Sinne der bürgerlichen Vulgarökonomie.“

Dies war der Sinn der „Sisyphusarbeit“. Mit anderen Worten: Genossin Luxemburg hat rein objektiv wissenschaftlich ausgeführt, daß die Gewerkschaften nicht imstande seien, den Kapitalismus abzuschaffen. Und diese elementare Feststellung, die die Grundlage geradezu der sozialdemokratischen wie der klassenbewußten gewerkschaftlichen Auffassung bildet, ist in den Augen der „Bergarbeiter-Zeitung“ eine Majestätsbeleidigung gegen die Gewerkschaften!

Daraus kann nur zweierlei gefolgert werden: Entweder ist der „Bergarbeiter-Zeitung“ die elementarste Einsicht in das kapitalistische Lohngesetz und die Grundlagen des Lohnsystems unbekannt, — das ist aber schwer anzunehmen, da der Redakteur des Bergarbeiterverbandes doch als Vertreter der Sozialdemokratie zu der Reichstagsfraktion zählt.

Oder aber die „Bergarbeiter-Zeitung“ hält für nötig, vor den kämpfenden organisierten Arbeitern die wirklichen objektiven Grenzen des Gewerkschaftskampfes ein wenig zu verheimlichen, sie mit falschen Schmeißeleyen in grundlose Illusionen zu wiegen. Dann fragt sich aber, welcher Unterschied noch besteht zwischen dieser Taktik einer Gewerkschaftsleitung, die der Arbeiterkraft im Massenkampf vorangehen soll, und dem lobhudehenden Demagogentum bürgerlicher sozialreformatorischer Professoren a la Sombart, die die Arbeiterschaft zu nachführen und vom Massenkampf abzubringen trachten?

Man hätte annehmen sollen, daß nach dieser erschöpfenden Nichtigstellung die „Sisyphusarbeit“ aus den Angriffen gegen den „Vorwärts“ und die Genossin Luxemburg ausgeschieden wäre. Aber weit gefehlt; sowohl dieser, wie zahlreiche spätere Proteste und Nichtigstellungen des „Vorwärts“ gegen das fernere illoyale Frustifizieren des gefälschten Zitats blieben — Sisyphusarbeit! Auch auf der Gewerkschaftskonferenz spielte das Zitat wieder seine Rolle!

Doch weiter: die Genossin Luxemburg blieb für verschiedene Genossen, denen die neue „Vorwärts“-Redaktion unangenehm war, das Stichblatt unausgesetzter Angriffe. Dabei adoptierte man die unkluge Methode der bürgerlichen Gegner, eine glücklich als politische Vogelschönche ausgestattete Person als Chef und Generalissimus einer ganzen Gruppe von Personen hinzustellen. Daß die „Post“ jeden Artikel des „Vorwärts“ der „blutigen Rosa“ oder mindestens dem „ruppigen“ Stadthagen zuschrieb, bereitete den Bissenden allerdings nur vergnügte Augenblicke, daß sich aber Parteigenossen solche Rindereien zu eigen machen, das ist doch wirklich betäubend. Aber was tut man nicht, wenn man einen Popanz zum Schrecken der nicht Unterrichteten braucht! Da bringt man es sogar fertig, die Berliner Parteileitung und die „Vorwärts“-Redaktion als — bewußte oder unbewußte — Kreaturen der — Kater und Friedeberg zu denunzieren!

Die Gewerkschaftsfeindschaft der Genossin Luxemburg, und somit der „Vorwärts“-Redaktion, war glücklich bewiesen. Es fehlte nur noch der Beweis der Revolutionsromantik. Aber auch um den blieb man nicht lange in Verlegenheit. Ein Vortrag, den Genossin Luxemburg in Hamburg über den Massenstreik hielt, gab den Anlaß zu einem „Hirtensbrief“, den die Genossen Frohne, Lesche und v. Elm zum Stamm der Öffentlichkeit Ende November erließen, und in diesem „Hirtensbrief“ wurde ein Dammstrahl gegen die gemeingefährlichen Revolutionsromantiker geschleudert, deren es auch in Schleswig-Holstein geben sollte. Alle Welt war ob dieser unerwarteten Kundgebung daß erstaunt, speziell die zunächst interessierte „Schleswig-Holst. Volksztg.“ urteilte darüber mit scharfer

Fronie. Der „Vorwärts“ selbst bemerkte am 26. November, daß die Barner vor der „Revolutionsromantik“ sich „mit feltener Ausdauer offene Türen einzurennen und gegen Windmühlen zu kämpfen“ mühten:

„Es ist übrigens überhaupt für die Antimassenstreiker bezeichnend, daß sie, um die Idee des Massenstreiks zu bekämpfen, sich erst eine Vogelschönche zurechtmachen, um dann an ihr die schönsten Triumphe des kritischen Geistes zu erleben. Die abgeschmacktesten Redensarten über die „Herabsetzung der Gewerkschaften“, die Ablehnung der parlamentarischen Arbeit und dergleichen Legenden werden dabei mit Liebe an die Idee des politischen Massenstreiks geloppelt, um nachher den selbstgebrauchten Kuriositäten Unsinn mit Genuß totzuschlagen.“

Daß auch dieser Kampf gegen die groteske Entstellung der wirklichen Ansichten der Genossin Luxemburg Sisyphusarbeit war, bewies ungefähr einen Monat später ein Artikel des Genossen Bernstein in den „Soz. Monatsheften“, in dem der geschäftigen Legendenbildung von der Gewerkschaftsfeindschaft und der Revolutionsromantik der Genossin Luxemburg dadurch erst der richtige Schick und der rechte Gebrauchswert verliehen wurde, daß die zum politischen Anderered gemachte Genossin Luxemburg zur „bevorzugtesten Mitarbeiterin“ des „Vorwärts“ und „zur besonders autorisierten Vertreterin der Partei“ ernannt worden war. Die selbstgeschaffene Karikatur einer einzelnen Person war damit wieder in das Herrbild einer ganzen Richtung verwandelt worden — die Gewerkschaftsfeindschaft und Revolutionsromantik des „Vorwärts“ und der hinter ihm stehenden parteigenösslichen Kreise war jetzt gewissermaßen gerichtsnotorisch geworden!

Dies tolle Spiel wurde dem „Vorwärts“ denn doch zu bunt. In der Nummer vom 30. Dezember v. J. veröffentlichte er einen Leitartikel, in dem er unbarmherzig dem ganzen Spitz zu Leibe ging. Da auch bereits die „Münch. Post“ Bernsteins Phantasien wörtlich zum Abdruck brachte, so schrieb damals der „Vorwärts“, halte er es denn doch für geboten, dieser Legendenbildung entgegenzutreten, bevor sie gläubig in weiteren Kreisen nachgebetet werde.

Um die von Elm und anderen Genossen auf der Gewerkschaftskonferenz erhobenen Angriffe, von denen wir vorne eine Stichprobe gaben, in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit würdigen zu können, ist es am Platze, unseren damaligen Artikel in erheblichen Teilen wieder abzudrucken. Wir schreiben am 30. Dezember v. J.:

„Genosse Bernstein müßt sich nun, die Auffassung der Genossin Luxemburg und der ihre Ansicht teilenden Genossen über den politischen Massenstreik als „Revolutionspielerei“ zu charakterisieren. Wenn er sich nun mehrere Seiten lang über die revolutionären Massenstreiks in Rußland, ihre Voraussetzungen, ihren Verlauf und ihre mutmaßlichen Erfolge verbreitet, so geschieht dies offenbar zu dem Zweck, den Revolutionsromantikern die Ansicht zu imputieren, sie übertrügen mechanisch die russischen Zustände und Kämpfe auf die deutschen Verhältnisse und beabsichtigen nichts Besseres, als sich revolutionäre Massenstreiks, wie sie in Rußland geführt werden, einfach auf das heutige Deutschland zu übertragen. Es gehört zwar sehr viel dazu, einem vernünftigen Menschen eine solche Kateridee zuzutrauen, allein wir wüßten wirklich nicht, welchen Zweck Bernstein mit seinen Ausführungen verfolgte, wenn er nicht in der Genossin Luxemburg und der „Vorwärts“-Redaktion die Vertreter derartiger Ansichten witterte.“

Wir wollen den Genossen Bernstein beruhigen: Weder die Genossin Luxemburg noch irgend ein anderer Genosse hegt solch unsinnige Ansichten. Es war wahrlich nicht — die Diskussion über den politischen Massenstreik vor dem Jenaer Parteitag sollte doch darüber hinlängliche Klarheit verbreitet haben — der radikale Flügel der Partei, der an die Möglichkeit eines revolutionären Massenstreiks, an die Anwendbarkeit „aller Mittel“ innerhalb des derzeitigen Deutschlands glaubte. Diese Richtung verlangte ja gerade deshalb ein gründliches Studium des politischen Massenstreiks, weil sie nicht an die Anwendbarkeit „aller Mittel“ glaubte, sondern den Massenstreik nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen für möglich hielt.“

Wir fanden und finden durchaus auf dem Standpunkt der Umferdamer Resolution über den politischen Massenstreik, wonach derselbe als „äußerstes Mittel“ bezeichnet wird, um „bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen“ und sich „reaktionären Ansichten auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen“, und worin die Arbeiterklasse ausdrücklich erwähnt wird, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion mit gesteigertem Nachdruck fortzusetzen. Ebenso sind wir ganz der Meinung, die Wedel in Jena dahin auszusprechen, daß der Parteitag sich nur im Prinzip dafür ausgesprochen solle, daß unter bestimmten, die Möglichkeit des Massenstreiks voraussetzenden Bedingungen, die politischen und gewerkschaftlichen Führer sich wegen der praktischen Verwirklichung des Gedankens in Verbindung zu sehen hätten. Auch die Genossin Luxemburg sagte ja ausdrücklich in Jena: „Es handelt sich augenblicklich nicht darum, die Revolution zu proklamieren, es handelt sich nicht einmal darum, den Massenstreik zu proklamieren.“ Es handelte sich vor allem um den revolutionären Geist der Auffklärung. Und Genosse Stadthagen erklärte gleichfalls in Jena: „Ich sehe gar nicht auf dem Standpunkte, daß der Massenstreik unter allen Umständen als Waffe biergegen (den Wahlrechtsraub) angebracht ist... Das Wesentlichste ist die Schaltung der Genossen durch Partei und Gewerkschaft, alles einzusetzen für das Ziel, das wir erkämpfen.“ Wo steht da die „Revolutionspielerei“?

Freilich, Bernstein erblickt offenbar die Revolutionspielerei schon darin, einen revolutionären Massenstreik für möglich zu halten, der einmal wider die ganze bürgerliche Gesellschaft geführt werden müßte. Eine solche Möglichkeit anzuerkennen, kompromittiere „mit ihrer Revolutionsverbrämung“ diejenige Form des politischen

Streik, die heute möglich ist und notwendig werden kann". In der Tat, für diese Angelegenheit, durch nichterne Berggegenwärtigung dessen, was nach der Logik des unerlöschlichen Klassenkampfes einmal kommen kann, bei der Bourgeoisie anzustoßen, haben wir nicht das geringste Verständnis! Eine solche Vogelstraußpolitik würde — falls sie praktiziert würde — die ganze proletarische Massenbewegung total entzerren! Aber ist es denn allein die Genossin Luxemburg, die sich der Revolution überdrüssig "schuldig macht"? Gehören nicht zu dieser Sorte Revolutionäromantiker auch Genossen, die Bernstein für sehr besonnene Politiker halten wird? Hören wir doch einmal, was Genosse Legien in Jena sagte:

"Nur noch ein Wort: Kommt der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann gibt es kein Zurück mehr. Dann heißt es: Siegen oder Brechen. . . Ich habe die Auffassung, daß Revolutionen im alten Sinne heute nicht mehr möglich sind, nie geteilt. Ich bin überzeugt, wenn unsere Macht so gewachsen ist, daß wir der Bourgeoisie gefährlich werden, dann legt sie das Spiel auf eine Karte. Dann wird sie uns vor die Bajonette treiben. Aber kommt dieser Zeitpunkt, dann versagen die Bajonette, dann verlagert das Machtmittel, aber das die Bourgeoisie verfügt. Ist nicht der größte Teil unserer Leute Soldaten gewesen? Wissen sie nicht mit den Gewehren umzugehen? Ich sage also: Kommt es einmal zur Massenaktion, dann stehen wir tatsächlich vor der Revolution. Man darf die Generalstreikfrage nicht so wie Heine einfach von der Judikatur abhängig machen."

Und genau in dieselbe Kerbe hieb Genosse v. Elm:

"Man meint man, ohne Blutvergießen kann das nicht abgehen. Das ist ganz sicher. Wer das glaubt, daß die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschlossen zu schießen. Damit müssen wir rechnen. Wir wollen selbstverständlich kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in die Situation treiben, und dann wird auch Weibel nicht wollen, daß wir still halten. Wenn es soweit kommt, werden wir unseren Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. . . Ich habe mit Weibel manchmal die Klinge gekreuzt, aber im Geiste waren wir häufig einig als er weiß. Hier sind die Schranken zwischen Revisionisten und Radikalen gefallen. Wir können und dürfen uns den Raub der Wollrechte nicht gefallen lassen. Wenn ein solches Attentat kommt, dann müssen wir uns wehren, und dann gibt es kein anderes Mittel, als den Massenstreik zu organisieren."

Man sieht also, daß sich die "Revolutionäromantiker" vom Schlage der Genossin Luxemburg in der Gesellschaft sehr angesehener Gewerkschaftler befinden. Ja, Genosse v. Elm ist sogar der "Revolutionäromantiker" schlechthin. Er geht für den Fall eines Wahlrechtsraubes noch bedeutend weiter als sogar der Genosse Stadthagen!

Wir waren damals so optimistisch, uns wirklich einzubilden, der Legende von der Revolutionäromantik des "Vorwärts" endlich das Lebenslicht ausgeblasen zu haben. Und was mußten wir erleben? Daß sieben Wochen später, auf der Gewerkschaftskonferenz, der törichte Ratich von der Revolutionäromantik, dem seit der Neubefestigung der "Vorwärts"-Redaktion dort eingezogenen "Geiste Friedeberts", so skrupellos kolportiert wurde, als handele es sich um eherne Tatsachen und nicht um, milde ausgedrückt, längst gründlich korrigierte Fiktionen und Mißverständnisse!

Wir haben seitdem unzählige Male, zuletzt in unseren Artikeln über die erneute Massenstreikdebatte, unsere politische Auffassung in ganz unmißverständlich Weise dargelegt. Und der Erfolg? Der "Vorwärts" wird nach wie vor von Gewerkschaftlern als das Werkzeug einer "anarchosozialistisch-totalistisch-radikalistischen Schieberkolonne" unter Führung Katers und Friedeberts denunziert! Wahrhaftig, es ist weit gekommen in der Partei!

Soll dies Spiel noch weitergetrieben werden? Wäre es uns nicht um das Wohl der Partei zu tun, trieben wir Völscheipolitik, so könnten uns solche polemische Sitten unserer Gegner ja ganz willkommen sein, schlägt doch Unwahrhaftigkeit zuletzt ihre eigenen Verbreiter in den Nacken.

Die russische Revolution.

Ein Bluttage in Warschau.

240 Tote und Verwundete, darunter etwa vierzig Polizisten, so lautete das Telegramm aus Warschau, das wir gestern noch veröffentlichten konnten. Es ist ein wütender Kampf zwischen den polnischen Genossen und Polizei und Militär geführt worden. Unmögliches haben die Genossen unter dem Kriegszustand erdulden müssen, so daß sie endlich an die Stelle des Einzelattentats auf besonders schuldige Polizeibestien einen regelrechten Vernichtungsfeldzug unternommen haben. Genauere Meldungen liegen noch nicht vor. Ein Korrespondent des "Verl. Tagebl." berichtet:

Petersburg, 16. August.

Im westlichen Rußland, speziell in Warschau, sind gestern Dinge vor sich gegangen, die große Bekanntheit mit der historischen Warschauer Aufstandskriegsaktion aufweisen. Am gestrigen Tage wurden dort achtundzwanzig Schulleute, Polizeioffiziere, Soldaten und Gendarmen ermordet. In Lodz wurden 15 Schulleute und Kosaken getötet oder verwundet. Den letzten Nachrichten zufolge wird in den Straßen von Lodz unaufhörlich geschossen, wobei es viele Tote und Verwundete gibt. Trotz des zahlreich anwesenden Militärs halten die Unruhen an. Die Revolutionäre führen einen erbitterten Vernichtungskampf gegen Polizei und Militär, um den Beweis zu erbringen, daß der Kriegszustand das Gebiet nur unnötig aufreht. Schuld an diesen empörenden Vorgängen ist die nachlässige Verwaltung in dem ganzen Gebiet, die es nicht versteht, Ordnung zu schaffen.

Die Polizei wütet also diesem liberalen Manne noch nicht genug in Rußisch-Polen.

Die "Woff. Ztg." bekam aus Warschau selber vom 15. August folgenden Bericht:

Es war heute ein blutiger Tag. Die Revolutionäre quitierten für die Verhaftung der 140 Arbeiter des Emailierwerkes "Lador". Um 10 Uhr früh fielen, wie auf ein gegebenes Zeichen, Schüsse an verschiedenen Punkten der Stadt. Alle waren gegen die Polizei und die Militärposten gerichtet. Den Anfang machte ein junger Mann in der Vorstadt Praga, der einen Soldaten und einen Polizisten niederstreckte und sich darauf in einen nahen Laden schloß. Einer der ihn verfolgenden Soldaten feuerte in den Laden hinein und tötete — die Ladenbesitzerin. Mit einem zweiten Schuß verwundete er den Flüchtling, einen jungen Juden, namens Szaja Habergrit, der, nachdem ihm ein Rotterband angelegt worden war, nach dem Militärkloster gebracht wurde. Auf der Solnastraße wurde ein Revieraufseher getötet; auf der Waskarskastraße fielen drei Polizisten und zwei Soldaten, auf der "Neuen Welt" wurde ein Polizist verwundet, auf der Rybakstraße wurden zwei Polizisten ver-

wundet; auf der Pawiastraße zwei Soldaten getötet; auf der Goskofstraße ein Soldat verwundet; auf der Katolinskastraße zwei Gendarmen getötet, auf der Wolskastraße ein Polizist getötet, auf der Dzikastraße ein Soldat und ein Revieraufseher getötet, auf dem Wladimirischen Markte ein Polizist getötet, auf der Obajnastraße ein Polizist verwundet, auf der Zargowstraße zwei Polizisten verwundet, auf der Wolskastraße ein Polizeifeldwebel getötet. Diese Liste ist noch bei weitem nicht vollständig; ich verzichte hier nur, was ich persönlich an Ort und Stelle kontrollieren konnte. Selbstverständlich war das Militär nicht unfähig und feuerte an verschiedenen Stellen blindlings auf das Publikum los. Die Zahl der dabei Getöteten und Verwundeten läßt sich vorläufig auch nicht annähernd bezeichnen. In das Leichenschauhaus auf der Theodorstraße, das militärisch bewacht wird, werden unaufhörlich Leichen der auf den Straßen Getöteten gebracht. Viele Verwundete verbleiben dort, da das Militär jene Verwundeten verhaftet. Die freiwillige Rettungsgesellschaft wurde bis 3 Uhr nachmittags nicht weniger als vierundsiebzigmal gerufen. Vom Sommerlager wurde das Militär nach der Stadt beordert. Starke Patrouillen von 20 bis 50 Mann zu Pferde und zu Fuß, die Reiterei mit schußbereiten Waffen, durchstreifen die Straßen und durchsuchen die Passanten. Es wird offenbar nur nach Waffen gesucht, denn die Durchsuchten werden nur oberflächlich betrachtet. Die Stimmung in der Stadt ist sehr gedrückt. Die Straßen im jüdischen Stadtviertel sind menschenleer; dann die patrouillierenden Soldaten schlagen auf etwa Vorübergehende mit dem Gewehrkolben ein. Gegen 2 Uhr mittags wurden in das Gebäude des VII. Polizeibezirks zwei Bomben durchs Fenster geschleudert. In dem Zimmer befanden sich einige Polizisten und Revieraufseher, wie auch der Gehilfe des Polizeikommissars. Sonderbarerweise wurde niemand getötet, doch wurden etwa 17 Polizeileute und 20 Straßengänger verwundet. Gegenüber dem Polizeibureau befindet sich die Vorkommnisse, die anlässlich des katholischen Feiertages (Maria Himmelfahrt) überfüllt war. Unter den Kirchenbesuchern entstand eine Panik, welche aber von einigen Besonnenen beschwichtigt werden konnte. Gleich darauf erschien die Polizei mit Militär, sperrte die Kirche zu und ließ nur die hinaus, die ein Ausweispapier hatten. Alle anderen wurden verhaftet. Bemerkenswert ist, daß, als die freiwillige Rettungsgesellschaft ankam, die Soldaten zum Schießen auf die Kerze anlegten und erst durch Einschreiten des Polizeikommissars am Schießen verhindert wurden. Die Kerze meldete den Fall sofort telephonisch an die Kanzlei des Generalgouverneurs und verlangte für die Zukunft Garantie für ihre persönliche Sicherheit.

Vom 16. August wird dem Blatte von demselben Korrespondenten telegraphiert:

Heute nacht haben Soldaten in jüdischen Stadtvierteln die Passanten massakriert. Mehrere Personen sind tot, viele verwundet. Viele Straßen wurden abgesperrt, die Häuser durchsucht. In Bloclawel wurden gestern Abend noch fünf Polizisten getötet. In Radom wurde eine Bombe ins Polizeiamt geworfen. Ein Toter, mehrere Verwundete. In Plock sind sieben Polizisten getötet worden. Militär gab Salven ab. Wiedermal Tote und Verwundete. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Von einer anderen Seite der Tätigkeit einer Fraktion der polnischen Revolutionäre gibt ein offizieller Bericht Kunde, der im "Robotnik", dem Organ der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.), von der Parteileitung über die Eisenbahn-Ueberfälle, die in letzter Zeit von dieser Partei vorgenommen wurden, erstattet wird. Es heißt da:

Am 28. Juli hat die Kampforganisation unserer Partei einen Ueberfall auf einen Eisenbahnzug der Warschau-Biener Bahn verübt und 100 300,55 Rubel konfisziert. An dem Ueberfall beteiligten sich fünfzehn Genossen und zwei Anführer. Man verständigte sich durch Zeichen und Hornsignale. Während der ganzen Aktion wehte die rote Standarte mit der Aufschrift P. P. S. Die konfiszierte Summe floß in die Kasse der C. R. R. P. S. Die konfiszierte Zentralkasse der P. P. S. — Am 27. Juli überfiel unsere Kampforganisation einen Eisenbahnzug auf der Strecke Herby-Gjenstochau. Hierbei beteiligten sich 10 Personen. Nach einem blind abgegebenen Schuß warfen sich unsere Genossen auf die das Geld bewachenden Soldaten, um sie zu entwaffnen. Aus einem anderen Abteil wurden Schiffe abgeben, die einen unserer Genossen tot zu Boden stredten. Das war ein Zeichen zum Kampfe, in dessen Verlauf 5 Soldaten, 2 Generale und ein Oberst fiel. Man konfiszierte 6000 Rubel. Die ganze Summe floß in die C. R. R. P. P. S.

Sonstige Meldungen.

Petersburg, 15. August. (Von einem besonderen Berichterstatter.) Die Zeitung "Dwadzjatj Wel" wurde aus Grund des Zustandes des verstärkten Schutzes suspendiert; auch in der Provinz werden unangesehene revolutionäre Blätter unterdrückt, dagegen wurde Professor Nowalewsk (Kadett) die Herausgabe einer neuen Zeitung "Strana" gestattet.

Samara, 15. August. (Von einem besonderen Berichterstatter.) Ueber die Eisenbahn Samara—Stotouf wurde mit Rücksicht auf die Agrarunruhen der Kriegszustand verhängt.

Die finnische Sozialdemokratie und die Rote Garde.

Innerhalb der finnischen Arbeiterbewegung ist infolge der Ereignisse in Sveaborg eine Spaltung entstanden, die wesentlich auf die Frage zurückzuführen ist, ob und inwieweit es zweckmäßig und Pflicht war, die russischen Revolutionäre durch einen Massenstreik oder mit anderen Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Darüber, daß der Massenstreik als ein Kampfmittel zu politischen Zwecken überhaupt brauchbar ist, herrscht wohl kein Zweifel in der finnischen Sozialdemokratie; es handelte sich eben nur darum, ob es gerade jetzt im Interesse des finnischen Volkes wie der russischen Revolution lag, ihn in ganz Finnland durchzuführen. Einer der finnischen Korrespondenten des schwedischen Parteiblattes "Sozialdemokraten" schreibt ihm darüber:

Es ist vor allem notwendig zu konstatieren, daß die Verhältnisse eine direkt revolutionäre Partei innerhalb der finnischen Arbeiterbewegung geschaffen haben, die repräsentiert von der Roten Garde, mit den russischen Revolutionskomitees intim zusammenarbeitet. Es ward Kapitän Rod und das revolutionäre Komitee, die unter Uebergehung der Parteibehörden die Leitung bei der Revolte übernahmen und sogar mit dem Revolver in der Hand das Massenstreikkomitee und den Parteivorstand zur Fortsetzung des Massenstreiks zwingen wollten. Sie waren es auch, die das Ultimatum stellten, daß die Stadt beschossen werden sollte, falls man den Streik beenden wollte, eine Drohung, die aber wohl nur als Drohung aufzufassen war.

Die Folge von alledem war, daß der Parteivorstand sich genötigt sah, die eigenmächtig handelnden Abteilungen der Garde aus der Partei auszuschneiden, sowie die Partei selbst von aller Verantwortung für die eingeschlagene gewaltsame Taktik zu befreien.

Trotz all der Ereignisse ist nicht anzunehmen, daß die Tätigkeit der Partei in höherem Maße behindert werden wird. Welche Stellung der finnische Parteivorstand zu den Ereignissen eingenommen hat, geht im übrigen aus einer Proklamation hervor, die er in dem Helsingforscher Parteiorgan "Työmies" veröffentlichte. Es heißt darin: "Einige Abteilungen der Roten Garde in Helsingfors haben durch aktive Teilnahme an dem russischen Freiheitskampf, unter Bruch ihrer Statuten und ganz entgegen den Massenstreikregeln der Partei gehandelt, in denen ausdrücklich ermahnt wird zur Vermeidung von allen phantastisch-dummdreisten Unternehmungen, welche die Tätigkeit der Partei in ein schlechtes und unbotenhaftes Licht stellen können". Auf Grund einer unüberlegten Handlungsweise und durch absichtliche Irreführung von selten solcher Personen, die außerhalb der Partei stehen und teilweise nicht einmal den sozialistischen Kreisen angehören, wurden diese Abteilungen der Roten Garde veranlaßt, in einer Weise zu verfahren, die nicht als das Resultat einer reifen

Ueberlegung und sachlicher Beratung anzusehen ist und darum auch nicht als geeignet gelten konnte, die Freiheitsbewegung des russischen Proletariats hinreichend wirksam zu fördern ebensowenig wie unsere Stellung, abgesehen davon, daß die finnische sozialdemokratische Partei, der die Garde in ihrer Eigenschaft als Ordnungsfürs angehörte, eine solche Art des Verfahrens nicht gutgeheißt und folglich auch dem Parteivorstand nicht Vollmacht dazu gegeben hat."

Weiter heißt es jedoch in der Proklamation: "Da inzwischen in der Stadt eine durch die außerordentlichen Verhältnisse hervorgerufene Aufregung und Spannung entstand, bildete der Parteivorstand die Maßnahmen, zu denen wir schreiben das Streikkomitee sich nach Beratung mit Mitgliedern des Parteivorstandes für verpflichtet hielt."

Von einer Ausdehnung des Massenstreiks auf das ganze Land hatte der Parteivorstand vorher abgeraten, gleich nachdem Kapitän Rod erklärt hatte, daß alle Versuche, den Massenstreik zu verzögern, mit Wassengewalt unterdrückt werden sollten.

Die schweren Bedenken, die der Parteivorstand in seiner oben erwähnten, von den Genossen Emil Bertilla und Frjõ Sirola unterzeichneten Proklamation gegen das Vorgehen der Roten Garde geltend macht, haben offenbar in der Partei keineswegs allgemein Anklang gefunden. In der Parteipresse wird die Lage teilweise etwas anders beurteilt. So schreibt "Arbetaren", das Organ der finnischen Genossen schwedischer Zunge:

Wir haben keinen Sinn für die höhere Diplomatie, die so ängstlich von allem abträt, was der russischen Freiheitsbewegung eine unmittelbare Hilfe sein könnte. Man erzählt uns, wir hätten jetzt Freiheit und die Gefeslichkeit wäre wiederhergestellt. Das ist keineswegs durchaus wahr. Wie schon oft müssen wir auch jetzt erfahren, daß die wiedergewonnene Freiheit eigentlich darin besteht, daß die Bajonette nun kurzweil von anderen Leuten aufgenommen sind. Eine "Freiheit", die auf Kaiserworten beruht! Die Eroberung Sveaborgs hätte der Junke im Pulverhof sein können. Hätte nur die Eisenbahnerunterbrechung mit größerer Kraft durchgeführt werden können, so wäre jetzt wohl vieles anders."

Ein anderes finnisches Parteiorgan, "Kansan Lehti", schreibt: "Nur ein glücklicher Abschluß der russischen Revolution garantiert unserem Lande seine jetzige unabhängige Stellung. Die Leiden, die vielleicht über unser Land infolge der Unterstützung der Revolution kommen können, sind unbedeutend im Vergleiche zu dem großen Ziele der Revolution. Wenigstens bedeuten sie nicht viel für die Proletarier. Die Siege der Proletarier sind international. Darum wird das finnische Proletariat wie auch das der anderen Länder die russische Revolution unterstützen."

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. August.

Der Segen der Monopolwirtschaft.

Zur Kennzeichnung der ungeheuren Profite, die einzelnen Monopolfirmen auf dem Gebiete der Panzerplatten- und Geschützproduktion in den Schoß geworfen worden sind, veröffentlicht das "Berliner Tageblatt" folgende interessante Gegenüberstellung früherer und gegenwärtiger Preise:

1893 kostete ein 15-Zentimeter-Geschöß bei Krupp	45,00 Mark
jetzt kostet " Ehrhardt	17,00 Mark
1900 kosteten Kanonenrohre " Krupp	3380,00 Mark
" Seelenrohre und Mantelblöde " Ehrhardt	1950,00 Mark
" Vollrohrblöde " " "	1300,00 Mark
1897 und 1898 kosteten Stahlkerne für 15-Zentimeter-Granaten " Krupp	35,00 Mark
" Ehrhardt	30,50 Mark
" Witten	34,40 Mark
" Bochum	32,25 Mark
" Phönix	28,00 Mark
1903 kosteten dieselben bei allen nicht mehr als 17,20 bis 20,00 Mark	
1900 kosteten 15 Zentimeter-Granaten bei Krupp (selbst)	40,50 Mark
" Ehrhardt	27,85 Mark
" Bochum	27,85 Mark
" Phönix	26,50 Mark
" Staatlichen Betrieben	31,30 Mark
1900 kosteten 21 Zentimeter-Granaten bei Krupp	102,00 Mark
bei allen anderen nur " Witten für 21 Zentimeter-Granaten auf	80,00 Mark

Inzwischen sind Ehrhardt u. Witten für 21 Zentimeter-Granaten auf 68,80 Mark heruntergegangen.

Insufgebehen berechnet Krupp seit 1903 67,50 Mark

Früher war er also 35 Mark (über 50 Proz.) teurer.

1901 kosteten 21 Zentimeter-Granaten 113,00 Mark

und 114,00 Mark

1904 dagegen infolge Heranziehung der Konkurrenz 98,00 Mark

Die Klagen über unerhörte Preistreibereien der beiden deutschen Fabriken von Nidelfstahlpanzerplatten, Krupp und Stumm, sind schon vor einer Reihe von Jahren erhoben worden. Bereits beim zweiten Flottengesetz kam diese Schröpfung des Reiches und der Steuerzahler zur Sprache. So wurde 1900/1901 in der Budgetkommission festgestellt, daß es dem Marineamt der Vereinigten Staaten bereits im Vorjahre gelungen sei, eine Preisreduktion auf 455,52 Dollar oder 1920 M. zu erlangen, während die deutsche Marineverwaltung 2320 M. pro Tonne oder zirka 400 M. pro Tonne mehr zahlte. Da jeder Jahresetat der Marine etwa 7500 Tonnen dieses Materials enthalte, bilde die Nachforderung der deutschen Produzenten einen Nachteil von etwa 3 Millionen Mark jährlich für das Deutsche Reich. Die Kommission fordere deshalb, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Erziehung eines Nidelfstahlpanzerplattenwerkes für Rechnung des Reiches anzustreben. Bald darauf teilte dann der Staatssekretär v. Tirpitz mit, daß Krupp seinem Patriotismus einen Stoß versetzt habe und 150 M. pro Tonne nachlassen wolle, das Reich sollte also nur um 250 M. pro Tonne über-teuert werden!

Ende Mai 1901 trat die Angelegenheit abermals in ein neues Stadium. Die Panzerplattenpatrioten sollten sich bereit erklärt haben, nicht 2320 M. und auch nicht 2070 M., sondern 1920 M. vom Reiche zu nehmen, wenn ihnen der Marinegesamtbedarf bis zum Jahre 1907 fest übertragen werde. Die klerikale "Söln. Volksztg." bemerkte dazu: "Die maßgebenden Personen dürften sehr wohl wissen, daß die seither mit 2320 M. pro Tonne bezahlten Platten den Herstellern nur 950 bis 1000 M. pro Tonne kosten und daß selbst wenn sie jetzt eine Herabsetzung des Preises auf 1920 Mark erreichen, den Fabrikanten immer noch ein Nutzen von 100 Proz., auf die Herstellungskosten berechnet, bleiben würde. Glaubt nun das Reichsmarineamt wirklich, unter allen Umständen 100 Proz. teurer fabrizieren zu müssen, und womit will es diese Ansicht begründen? Schon vor längerer Zeit ist mitgeteilt worden, daß ein rheinisches Konfitorium sich bereit erklärt habe, vom Jahre 1903 ab gleiche Qualität Nidelfstahlpanzerplatten zu 1550 M. pro Tonne, also 770 M. billiger, als seither an die Lieferanten bezahlt wurde, zu liefern, wenn ihm nur die Zulage eines entsprechenden Teiles der künftigen Lieferungen gegeben werde. Diese Offerte scheint auch zur Kenntnis der seitherigen Privi-

legierten gekommen zu sein... Damit (mit der Uebertragung der Lieferungen bis 1907) soll der Entstehung eines neuen Wertes der Boden entzogen werden, da dieses dann auf Jahre hinaus von allen Lieferungen für das Reich ausgeschlossen sein würde. Man kann kaum annehmen, daß das Reichsmarineamt ein derart plummes Manöver nicht durchschauen wird, durch welches ein immer noch exorbitant hoher Preis auf sechs Jahre andauernd festgelegt werden soll.

Die von dem „Berliner Tageblatt“ gegebene Gegenüberstellung der Preise vor und nach der Konkurrenz beweisen, welche enorme Preisherabsetzungen erlangt wurden, als man sich endlich im Kriegsministerium entsloß, die so lange geflissentlich ignorierte Firma Ehrhardt zum Wettbewerb zuzulassen!

Sachfengängerei und öffentliche Gesundheitspflege.

Wie gefährlich die Sachfengängerei, die Beschäftigung von Wanderarbeitern, für die öffentliche Gesundheitspflege ist, ergibt sich aus den jüngsten Veröffentlichungen des preussischen Kultusministeriums über das Gesundheitswesen im preussischen Staat im Jahre 1904. Bekanntlich wiederholt sich alljährlich die eigenartige Erscheinung, daß mit Beginn des Sommers und für dessen Dauer aus den Ostprovinzen die Arbeiterbevölkerung in Ostpreußen nach dem Westen, besonders den Provinzen Brandenburg, Sachsen und Hannover zu Land- oder Industriearbeit, besonders in Bielefeld, abwandert und daß an ihre Stelle in ihrer Heimat ausländische Arbeiter treten, in den letzten Jahren, nachdem der Zugang von Russen seitens der russischen Regierung erschwert worden ist, immer mehr Galizier und Ungarn. Im Regierungsbezirk Breslau z. B. betrug im Jahre 1904 die Zahl der ausländischen Saisonarbeiter 13 014, darunter 2298 Russen und 10 594 Oesterreicher, im Regierungsbezirk Köln 2142, davon 798 Russen und 1339 Oesterreicher. Auch nach den westlichen Provinzen gehen viele Arbeiter aus Rußland, Galizien und Ungarn, da die aus den preussischen Ostprovinzen zuziehenden Arbeitskräfte nicht ausreichen. So kamen in vier Kreise des Regierungsbezirks Magdeburg nicht weniger als 6061 ausländische Arbeiter, in vier Kreise des Regierungsbezirks Merseburg 3001, im Regierungsbezirk Hildesheim wird ihre Zahl auf 4000 geschätzt. Im Rheinland suchen belgische und holländische Arbeiter vielfach Beschäftigung. Italiener werden im ganzen Lande zu bestimmten Erd- und Steinarbeiten als geschickte und billige (1) Arbeitskräfte herangezogen. Auch aus manchen Gegenden des Westens wandern Arbeiter vorübergehend an entfernte Beschäftigungsorte. So ziehen Arbeiter vom Eichsfeld als Landarbeiter im Sommer, als Zuckerfabrikarbeiter im Winter oft weit von ihren Wohnsitzen fort, Steinbauer und Biegeleiarbeiter aus bestimmten Teilen Hannovers gehen nach Westfalen und Brandenburg.

Die Bedeutung dieser Wanderungen für die öffentliche Gesundheitspflege liegt auf der Hand. Einmal laufen die Arbeiter selbst gesundheitliche Gefahren, wenn sie in ungeeigneten, überfüllten Räumen auf der Arbeitsstätte zusammengepfercht werden, und zweitens entsteht eine beträchtliche Gefährdung der Gesundheitsverhältnisse dadurch, daß die Arbeiter die ortsanfällige Bevölkerung mit der Einschleppung von Krankheiten bedrohen. Am gefährlichsten für die Verbreitung ansteckender Krankheiten sind die ausländischen Arbeiter. Die aus Rußland und Oesterreich stammenden kommen als Ueberträger von Pocken, Fleckfieber, Typhus, Granulose und Krätze, die Italiener namentlich als Typhusbreiter in Betracht, die holländischen und belgischen Gruben- und Biegeleiarbeiter sind die Träger der Wurmtkrankheit.

Trotz dieser großen Gefahr, die die ausländischen Arbeiter bedeuten, sind sie doch unseren Agrariern, die ja stets nur ihre eigenen Interessen, aber niemals die der Gesamtheit im Auge haben, höchst willkommen. Rein Wunder! Die nicht an eine hohe Lebenshaltung gewohnten Arbeiter sind mit niedrigen Löhnen, schlechter Verpflegung und menschenwürdigen Wohnungen zufrieden, sie können, da sie oft auf tiefer Stufe der Kultur stehen, bei der Berechnung des Lohnes leicht übers Ohr gehauen werden, und — was das allerwichtigste ist — sie geben sich leicht dazu her, Streitarbeit zu verrichten. An und für sich ist gegen die Verwendung ausländischer Arbeitskräfte gewiß nichts einzuwenden, und wir, als Vertreter der internationalen Sozialdemokratie, wären die letzten, die etwa eine Beschränkung der Freizügigkeit oder gar eine Sperrung der Grenzen fordern würden. Was wir aber verlangen, und was wir verlangen müssen, nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse der Gesamtheit, im Interesse der Kultur, ist, daß die ausländischen Arbeiter sich nicht dazu hergeben, die Löhne der heimischen Arbeiter zu drücken oder ihnen bei Lohnkämpfen in den Rücken zu fallen. Kommen die ausländischen Arbeiter zu uns als Brüder, die Schulter an Schulter mit den einheimischen Arbeitern um die Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen wollen, so sind sie uns willkommen. Hoffentlich gelingt es der fortgesetzten Aufklärungsarbeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, auch die jetzt noch tiefstehenden ausländischen Arbeiter zu Massenbewußten Kämpfern zu erziehen und sie auf eine höhere Stufe der Kultur emporzuheben.

Deutsches Reich.

Die Ueberprofite der Firma Wörmann.

Seinen gestrigen Artikel über die Ueberprofite der Monopolfirma Wörmann ergänzt heute das „Berliner Tageblatt“ durch folgende Ausführungen über die der Firma in Gestalt von Liegegeldern zugesprochenen Riesensummen:

Die Kolonialabteilung hatte Sachverständige in Swakopmund und in Deutschland. Es war allgemein bekannt, daß im günstigsten Falle in Swakopmund wöchentlich etwa 4000 Tonnen gelöst werden konnten. Trotzdem hat man Dampfer über Dampfer hinausgeschickt. Es lagen mitunter sieben bis acht Dampfer auf der Reede, welche etwa 30 000 Tonnen enthielten. Diese mußten nun so lange warten, bis sie zum Entlösen an die Reede kamen. Für die Verzögerung liquidierte Wörmann hohe Liegegelder. Bis 4. Februar 1905 sind der Wörmann-Linie 1 537 000 M. gezahlt worden. Die Schuld trifft die Kolonialabteilung, welche nicht dafür gesorgt hat, daß nur so viele Frachten hinausgeschickt werden, wie der Landungsapparat in Swakopmund unter Verächtigung der bekannten schwierigen Verhältnisse bewältigen konnte. Auf diese Weise hätte sicherlich 1 000 000 M. erspart werden können. Man behauptet, daß an Liegegeldern 3 000 000 M. gezahlt wurden. Ist die Differenz zwischen den gezahlten 1 537 000 Mark anderweitig verrechnet? Eventuell unter welchem Titel?

Die Firma Wörmann betreibt unter der Bezeichnung C. Wörmann in Westafrika außerdem Handelsgeschäfte. Die Kolonialabteilung hat der Firma wiederholt schon sehr große Lieferungen an Lebensmitteln usw. übertragen. Als Reeder hat Wörmann Einblick in die Schiffsbriefe und kann sich über die Preise und den Bedarf der Regierung genau orientieren. Auf diese Weise kann er im Submissionswege sehr leicht Erfolg haben. An der Küste von Westafrika, von Liberia bis nach dem französischen Kongo, besitzt die Firma C. Wörmann

Handelsniederlassungen. 78 Schnapskonzessionen soll auf diese Weise Wörmann allein besitzen. Sobald die Regierung die Konkurrenz auch zur Verfrachtung von Regierungsgütern heranzuziehen würde, würde sie legenbringend wirken.

Man begreift danach sehr gut die Kolonialbegeisterung jener Ganseaten, denen solche Gewinne zufließen oder die auch nur hoffen dürfen, auch einmal bei dem Kolonialtreibach an die Reihe zu kommen! —

Arbeiter als Abgeordnete.

Die famose Gründung einer „christlich-sozialen Arbeiterpartei“, die von Essen aus erfolgen soll, ist bereits der „Post“ bezogen in die Glieder gefahren, daß sie gegen solche Arbeiterkandidaturen lebhaft Front macht. Selbst von diesen Arbeiterkandidaten, die doch unter dem Patronat der Stöcker, Rumm und Konforten stehen würden, mag das Scharfmacherorgan nichts wissen, da es davon eine Gefährdung der kapitalistischen Plasmacherei befürchtet. Die „Post“ schreibt:

„Die ganze neue Bewegung zielt auf nichts weiter, als die Gründung einer Art evangelischen Zentrums, das unter dem Segen des katholischen Zustande kommen soll. Für das deutsche Bürgertum gilt es, solchen Plänen gegenüber auf der Hut zu sein, denn wenn es sich über die wahren Ziele dieses politischen Nummenschanzes täuschen läßt, kann es nach den nächsten Wahlen ein sozialpolitisches Wettrennen unter den Mehrheitsparteien im Reichstage entstehen sehen, daß ihm die Haare zu Berge stehen. Die Kosten solchen sozialreformerischen Uebereifers haben natürlich das Bürgertum und die besitzenden Kreise zu tragen. Von der Regierung, welche ihre Aufgabe nur noch darin zu sehen scheint, sich einfach den Verhältnissen anzupassen, ist kein energischer Widerstand zu erwarten gegenüber den Bestrebungen der sozialpolitischen Heißsporne, deren Ziel es ist, die große Masse von möglichst allen Abgaben zu befreien und den Kreisen, welche noch etwas besitzen — und sei es auch nur äußerst wenig — allein alle Lasten für die Allgemeinheit aufzubürden.“

Wenn auch die nationalen Arbeiterabgeordneten sich nicht besonders zusammenschließen, sondern sich auf die einzelnen politischen Parteien verteilen sollen, denen sie nahe stehen, so werden sie sich doch in allen sozialpolitischen Fragen nur als Arbeiter fühlen und entscheiden. Es mag angebracht sein, wenn auch einige Arbeiter im Reichstag sitzen, aber ein systematisches Streben nach der Wahl von Arbeitern als Abgeordnete ist ganz verkehrt. Alle solche Erwägungen lassen es angebracht erscheinen, den Bestrebungen gegenüber, systematisch nationale Arbeiterkandidaturen zu schaffen, sich recht zurückhaltend zu zeigen. Wir glauben auch, daß den neuesten Bestrebungen dieser Art kein besserer Erfolg beschieden sein wird, als früheren Anregungen in dieser Hinsicht.“

Die christlichen Arbeiter ersehen hieraus, wie wenig die besitzende Klasse, deren offenerzigte Wortführerin die „Post“ zweifellos ist, daran denkt, selbst nicht sozialdemokratischen Arbeitern einen irgendwie erheblichen Einfluß auf die Gesetzgebung einzuräumen. Zwar bildet die Arbeiterklasse die Mehrheit der Nation; aber die Klinte der Gesetzgebung hat sie gleichwohl von den Vertretern der besitzenden Minderheit handhaben zu lassen! —

Zur Puttkameruner Mißwirtschaft.

Wir brachten vor einigen Tagen die Darstellung eines Kenners der Kameruner Verhältnisse, in der unter anderem auch darauf hingewiesen war, daß der Bau des neuen Kameruner Gouvernementspalais in Yuca nach der allgemeinen Auffassung der Kameruner Kreise von Mitteln bestritten worden sei, die zu der Verbesserung der sehr im argen liegenden Verkehrswege bestimmt gewesen waren.

Daß in der Tat zu dem Bau des neuen Gouvernementsgebäudes erheblich größere Mittel verwendet worden sein müssen, als dafür im Etat ausgeworfen worden waren, beweist schon eine photographische Abbildung dieses Gebäudes, die sich in dem unlängst erwähnten Buche des nationalliberalen Abgeordneten Semler über „Togo und Kamerun“ befindet. Nach dieser photographischen Ansicht präsentiert sich das Gouvernementsgebäude als ein überaus stattlicher Bau. Auch die Gartenanlagen mit gewaltigen Terrassen und einer mächtigen Ballustrade müssen bedeutende Summen verschlungen haben. Für den Bau dieses Gebäudes waren im Etat 20 000 M. ausgeworfen worden, in Wirklichkeit sollen dafür nicht weniger als 200 000 M. ausgegeben worden sein, wie sich aus den im amtlichen Besitz befindlichen Rechnungen ergeben soll. Bemerkenswert verdient noch, daß sich das Gouvernementsgebäude hoch im Gebirge befindet und deshalb auch die Kosten des zu ihm führenden breiten Bergweges ganz erhebliche gewesen sein müssen. Diese Straße, die für den Handelsverkehr absolut nicht in Frage kommt, wird aber als die einzige bezeichnet, die sich in Togo überhaupt in gutem Zustande befindet. Alles das beweist, wie unter dem Regime Puttkamers mit den Geldern gewirtschaftet worden ist. —

Furcht vor dem Eindringen sozialdemokratischen Geistes in die Armee.

Sechs Wochen Gefängnis, 125 M. Geldstrafe und Schließung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter für Königsberg und Umgegend, so lautete das Urteil der Königsberger Strafkammer am 14. August ex. Sieben Angeklagte mußten auf die Anklagebank, weil sie gegen § 8a des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 verstoßen haben sollten. Unter den Angeklagten befand sich auch der Genosse Krüger, der als spiritus rector angesehen wurde. Schon am 2. März d. J. war der Verein vom Königsberger Polizeipräsidium geschlossen worden, nachdem es dem Verein unmöglich gewesen war, auch nur eine Versammlung abhalten zu können. Seit der Zeit hat die Anklagebehörde eifrig gearbeitet, um Beweismaterial heranzuschaffen, daß der Verein ein politischer sei und die Förderung sozialdemokratischer Propaganda betriebe. Artikel aus der „Gleichheit“, der „Königsberger Volkszeitung“ sowohl, als auch Äußerungen von Königsberger Parteigenossen in Versammlungen über die Frage der Jugendverleugung mußten zu dem Zwecke herhalten. Von dem Vereinsstatut, in dem ausdrücklich steht, daß der Verein der Wahrung der wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen dienen und keinen religiösen und politischen Charakter tragen soll, meinte der Staatsanwalt Schirmacher, die Statuten scheiden aus den Beweismitteln aus, da sie zu dem Zweck gemacht sein können, die wahren Gründe zu verschleiern. Aus demselben Grunde haben auch, wie der Staatsanwalt ebenfalls meinte, die Aussagen der Angeklagten aus den Beweismitteln auszuschneiden, da die Angeklagten ein Interesse haben, die Wahrheit zu verschleiern. Krüger sei besonders hart zu bestrafen, weil er junge Leute in eine extreme Partei hineinziehen und verführen wollte, politische Gegner in heftiger Weise anzugreifen. Die Schließung des Vereins müsse ausgesprochen werden, weil er den Zweck gehabt hat, politische Gegenstände zu erörtern.

Vom Verteidiger wurde die Behauptung des Staatsanwalts scharf zurückgewiesen, daß die Aussagen der Angeklagten und die Statuten erlogen seien. Die ganze Anklage verdanke ihr Dasein lediglich der Furcht, daß die sozialdemokratischen Lehren in die Armee eindringen könnten. Ueber die Schließung des Vereins hätten nicht die Strafrichter, sondern das Verwaltungsgericht zu entscheiden. Trotz alledem kam das Gericht zu dem eingangs erwähnten Urteil und zwar wurden verurteilt: Genosse Krüger zu sechs Wochen Gefängnis, ein Angeklagter zu 50 Mark Geldstrafe, drei zu je 25 Mark Geldstrafe und zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Krüger zwei Monate Gefängnis und gegen alle übrigen Angeklagten je 30 Mark Geldstrafe beantragt.

Am selben Tage gelangte dann noch eine Anklage gegen den Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, den Genossen Marchionini und gegen den Genossen Jödel wegen angeblicher Verleumdung durch die Presse vor derselben Strafkammer zur Verhandlung. Die Verleumdung soll in einem Artikel der „Königsberger Volkszeitung“ enthalten sein, der in ruhiger und sachlicher Weise die Vorgänge schilderte, als die Lehrlinge nach Auflösung einer angeblichen Versammlung des Lehrlingsvereins von Schulleuten gewaltsam aus dem Abstinenzheim herausgebracht wurden. In dem Artikel war behauptet, daß Lehrlinge von Schulleuten härter angefaßt worden seien, als es nötig gewesen wäre. Genosse Jödel soll die Schulleute in einem Eingekaufte, das dieselben Vorgänge bespricht, ebenfalls beleidigt haben. Die Schulleute erklärten vor Gericht, daß sie sich maßvoll benommen und niemand hart angefaßt hätten. Sie hätten nur mit den fachen Händen geschoben. Zeuge Behlhaar war Mitglied des Lehrlingsvereins und gibt an, daß er von einem Beamten hinausgebracht wurde, wobei der Beamte ihn am Arm gefaßt und ihm das Futter zerissen hätte. Ein anderer Zeuge gibt an, gehört zu haben, wie ein Schulleute ausgerufen hat: „Euch (den Lehrlingen) gehört sich ein paar in die Presse zu hauen.“ Noch zwei weitere Zeugen machen ähnliche Angaben. Ein weiterer Zeuge will von den Schulleuten so heftig am Arm gefaßt worden sein, daß er noch am nächsten Tage Schmerzen hatte. Ein anderer will von zwei Lehrlingen gehört haben, daß sie auf der Polizeiwache durchgehauen worden sind. Auf diese Aussagen schien das Gericht wenig Gewicht zu legen, denn es kam zu der vollen Ueberzeugung, daß die Angeklagten schuldig zu sprechen sind. Genosse Marchionini wurde zu 150 M. und Genosse Jödel zu 75 M. Geldstrafe verurteilt. —

Einen offenen Brief an den bayerischen Verkehrsminister

richten vier Witwen verunglückter Post- bzw. Bahnbediensteter in Augsburgern anläßlich einer Aeußerung des betreffenden Ministers im bayerischen Landtage. Der offene Brief lautet:

„Protest gegen die Aeußerung Seiner Excellenz Minister v. Braunendorfer anläßlich der Beratungen des Postetats. Unterzeichnete Frauen geben hiermit öffentlich bekannt, daß ihre lieben, unvergeßlichen Männer nicht Alkoholiker waren, welche Arak, Schnaps, Kognak usw. in Mengen tranken, sondern sehr sparsam, nüchtern und als charaktervolle Männer gelebt haben, infolgedessen könnten wir unsere Männer noch dreißig Jahre als Ernährer und Familienvorstand besitzen. Nach Aussage der Ärzte waren die Ueberanstrengungen im Dienste die Ursachen der schlimmen Krankheiten und Unfälle. Ferner fragen wir alle Herren, welche mit unseren Männern Dienst gemacht haben, ob oben Gebrauchtbesitz bestätigt worden ist. Anna Wade, Sabette Dorfielw, Kunigunde Rothelber, Josefina Karl.“

Die bürgerliche Presse, die sich über diese heftige Anklage gegen das Sparsystem bei der Eisenbahnverwaltung lustig macht, hat für den erschütternden Ernst, der in diesen Zeilen steckt, kein Verständnis. —

Wegen fahrlässiger Tötung hatten sich vor dem Kriegsgericht der 20. Division der Unteroffizier Deerberg und der Russtler Rudolf vom Infanterieregiment zu Hameln zu verantworten. Am 12. Juli d. J. erkrankte beim Baden in der Militär-Schwimmhalle der Russtler Jhr, während ihn der Russtler Rudolf an der Leine hielt. Da die Auslagen von Augenzeugen die Vermutung aufkommen ließen, daß der Tod des Soldaten auf ein fahrlässiges Verhalten Rudolfs sowie des ausführenden Unteroffiziers Deerberg zurückzuführen sei, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die bereits beerdigte Leiche wieder ausgegraben und feziert. Das Ergebnis der Sektion im Verein mit den Zeugenaussagen führte zur Erhebung der Anklage. Beide Angeklagte wurden für schuldig befunden und zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wieder einer. Weil er „etwas zu viel Bier getrunken“, schlug der Unteroffizier Günther vom ersten Chevauleger-Regiment in Nürnberg einen Soldaten fünfmal ohne jeden Anlaß ins Gesicht. Der rote Kerl kam vor dem dortigen Kriegsgericht mit 21 Tagen Mittelarrest davon. —

Ausland.

Schweiz.

Eine Herkale Justizanstalt. Wie viele andere Schweizer Städte, so hat auch Basel ein sogenanntes Arbeiterinnenheim. Wie es dort zugeht, das zeigen die Bestimmungen der Hausordnung, die der Wäfler „Vorwärts“ zum Abdruck bringt. Danach sollen alle Jungfrauen im Hause jeden Tag ¼ 5 Uhr nach gegebenem Zeichen ohne Hörgern aufstehen, beim Erwachen „das Herz also gleich zu Gott erheben“, sich stillschweigend, schnell und sitzbar anziehen und dann zum gemeinschaftlichen Gebet verfügen. Nach dem Gebet geht es zur Arbeit in die Fabrikräume. Erst um 12 Uhr kehren die Mädchen zurück, müssen dann, ehe sie etwas zu essen erhalten, selbstständig sich von neuem beten, nach dem Mittagessen ebenso, und dann geht es wieder zur Arbeit. Des Abends das gleiche Rezept: Beten, Essen, Erbauung, um 9 Uhr gemeinschaftliches Nachtgebet, „Gewissensforschung“, kurze Angabe des Punktes für die Morgenbetrachtung. Dann geht es schlafen. Ueberdies soll jedes Mädchen täglich den heiligen Rosenkranz für sich allein oder in der Kirche beten und auch an der heiligen Messe soll jede womöglich teilnehmen. Die Aufnahme in der Anstalt beruht zwar angeblich auf Freiwilligkeit, in Wirklichkeit werden allerhand Manipulationen angewandt, um junge Mädchen nach dem Arbeiterinnenheim zu bringen. Die Kirche stellt vorzügliche Arbeitsstoffe! —

Frankreich.

Bund X. zum Trennungsgesetz.

Die lang erwartete Enzyklika des Papstes zum Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche ist endlich erschienen. Sie ist halb Fanfare, halb Schamade. Das heißt die Kirche gibt, getreu ihrer alten Taktik, keinen ihrer Ansprüche auf, findet sich aber, so gut es geht, mit dem neuen Stand der Dinge ab. Sie wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen das Gesetz und seine Vertreter, fordert aber nicht zum Widerstand gegen das Gesetz auf. Sie magt keine offene Kriegserklärung gegen Frankreich: Aber ihre jegliche Aeußerung läßt ihr die Freiheit, in einem günstigen Moment sie zu einer Kriegserklärung umzuwenden und zum direkten Angriff zu greifen.

Die am Dienstag in Rom veröffentlichte, vom 10. August datierte, mit den Worten „Gravissimi officii“ beginnende Enzyklika des Papstes an die Bischöfe Frankreichs erinnert zunächst an die Versammlung der französischen Bischöfe und sagt, der Papst bestätige nach Rücksprache mit mehreren Kardinalen alle Beschlüsse dieser Versammlung. Dann verbietet der Papst die Einrichtung von Kultusvereinigungen, erklärt aber seine Zustimmung zur versuchsweisen Bildung

einiger gesetzlicher, kanonischer Charakter tragenden Gesellschaften. Aber auch diese Vereinigungen sollen sich erst konstituieren können, wenn festgestellt ist, daß die Rechte des Papstes und der Bischöfe sowie die Kirchengerichte und namentlich die dem Kultus dienenden Gebäude durch die obenerwähnten Vereinigungen geschützt werden. Der Papst ermahnt die Bischöfe, alle Mittel anzuwenden, um die Bürger dahin zu erziehen, daß sie Gottesdienste einrichten. Der Papst werde dazu seinen Beistand leisten und seinen Rat und seine Autorität zur Verfügung stellen.

Die Engländer erklären die Angriffe für unwahr, die gegen den Papst erhoben werden, wegen seines angeblichen Widerstandes gegen die republikanische Regierungsform. Sie wenden sich gegen die Anschuldigung, der Papst sei gegen Frankreich weniger entgegenkommend als gegen andere Staaten. Wenn ein Staat sich von der Kirche trenne, ihr aber die Freiheit für alle ihre Mitglieder und freies Verfügungsrecht über die Güter belasse, handle er ungerecht, aber er bereite der Kirche keine unerträgliche Lage. Das Trennungsgesetz in Frankreich aber sei ein Unterdrückungsgesetz. Die volle Verantwortung treffe diejenigen, die aus Furcht gegen den katholischen Namen bis zum äußersten gegangen seien.

Der Unterrichtsminister Briand erklärte einem Vertreter eines Pariser Blattes über die Engländer: Sie wollen meine Meinung hören? Das ist im Augenblick unmöglich. Ich werde jedem, der die Engländer gelesen hat, verbieten, aus dieser irgendwelche Klare oder prägnante Schlusfolgerungen zu ziehen. Man wird abwarten müssen, bis der französische Klerus die Engländer in Taten umsetzen wird. Irgendwelcher Widerstand gegen ein Gesetz, das von der großen Mehrheit des Landes gutgeheißen ist, ist unnötig, das Gesetz wird das letzte Wort sprechen.

Bulgarien.

Die Griechenverfolgungen. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Belgrad gemeldet wird, passieren tagtäglich viele griechische Familien Serbien, die aus Bulgarien nach der Türkei und Griechenland auswandern, da sie neue Gewalttätigkeiten der Bulgaren befürchten. Die Flüchtlinge erzählen, der bulgarische Vöbel werde fortwährend von Agitatoren gegen die Griechen aufgereizt und drohe mit einer allgemeinen Niedermetzelung der Griechen.

Nach einer amtlichen Meldung aus Sofia ist der griechische Bischof von Anchialo gestern in einem halbverbrannten Hause lebend aufgefunden worden, wohin er sich mit mehreren griechischen Notabeln geflüchtet hatte. Der Bischof wurde verhaftet unter der Beschuldigung, die Griechen zum Widerstand gegen die demontrierenden Bulgaren aufgereizt zu haben.

Südafrika.

Nach Troths Rezept. Die Londoner „Daily News“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Durban, in der die Grausamkeiten der englischen Truppen während des letzten Aufstandes in Natal geschildert werden. Der Schreiber betont ausdrücklich, nicht etwa ein „Negrophilist“ (Regierungsfreund) zu sein; der rebellierende Neger, so meint er, müsse erschossen werden. Aber bei den letzten Kämpfen sei man weit darüber hinausgegangen. Wie es scheint, haben die Engländer nach dem Grundsatz gehandelt, alles nieder zu schlagen, zu töten oder zu hauen, was schwarz ist, weder Männer, Frauen noch Kinder zu schonen. Dagegen haben sich die Schwarzen durch eine humane Kriegsführung ausgezeichnet. Der Schreiber bestreitet entschieden, daß die Schwarzen sich Grausamkeiten gegen Weiße haben zuschulden kommen lassen. Wohl seien zerstückelte Leichname von Weißen gefunden worden, es sei aber in allen Fällen festgestellt worden, daß die Zerstückelung der Körper, vorgenommen wahrscheinlich von den Jamburns (Doktoren), immer erst nach eingetretener Tode erfolgt ist. Die unbewaffneten Weißen sind stets von den Schwarzen gespart worden, die ausdrücklich betonten, daß sie nur diejenigen töten wollen, die ihnen nach dem Leben trachten. Wie die Dinge gelegen, hätten die Schwarzen die Möglichkeit gehabt, alle außerhalb der Städte wohnende weiße Bevölkerung zu töten. Das sei aber nicht geschehen.

Soweit die Korrespondenz. Es wiederholt sich also auch hier daselbe Schauspiel, wie bei allen Kolonialkriegen. Die Weißen, die als Träger einer höher stehenden Kultur kommen, begehen im Namen der christlichen Religion die unmenschlichsten Schandthaten.

Amerika.

Die Fleischinspektion. Das Agrilkultur-Departement hat neue Bestimmungen erlassen, die sich auf das Schlachten und den Versand des Viehes für den zwischenstaatlichen Handel und den Export beziehen. Die allgemeinen Bestimmungen verlangen, daß die Inspektion sich über das Schlachten, Köcheln und über alle Etablissemments erstreckt, in denen Fleisch für den zwischenstaatlichen Handel oder für den Export verpackt wird. Alle Tiere und Fleischprodukte sollen in Zukunft einer strengen Inspektion unterworfen werden. Ferner enthält die Verordnung Vorschriften über die sanitären Zustände der Betriebe; es wird verlangt, daß die Räume genügend beleuchtet und ventiliert werden. Alle benötigten Geräte und Werkzeuge, Utensilien und Maschinen sind tagtäglich sorgfältig zu reinigen, und die Angestellten dieser Betriebe müssen Kleidung tragen, die leicht gereinigt werden kann. Die Toilettenräume müssen von den Arbeitsräumen separat zu halten. Arbeiter, die mit Schwindsucht oder sonstigen ansteckenden Krankheiten befallen sind, dürfen nicht beschäftigt werden. Schließlich sind Bestimmungen erlassen über die Zufuhr an Farbe, Chemikalien und Erhaltungsmittel, soweit solche zur Konservierung der Fleischprodukte erlaubt sind. Danach sind alle Stoffe unzulässig, die geeignet sind, die Nährkraft des Fleisches zu schwächen. Keine anderen Erhaltungsmittel sind zu gebrauchen als gewöhnliches Salz, Zucker, Holzrauch, Essig, reine Gewürze und Salpeter. Fleisch und Fleischprodukte, die für den Export bestimmt sind, dürfen gewisse Erhaltungsmittel enthalten, jedoch gerade nur so viel, daß nicht gegen die Befehle der Länder verstoßen wird, nach welchen die Produkte geschickt werden. — Wie der „New Yorker Volkszeitung“ aus Chicago mitgeteilt wird, sollen die Fleischpacker entschlossen sein, alles zu tun, um den Anforderungen der Regierung zu entsprechen. In den Packhäusern von Süd-Ohio haben alle Arbeiter weiße Kleidung erhalten, die täglich gewechselt wird. Die Fleischbarone haben alle Urfacche, den Anordnungen der Regierung Folge zu leisten, haben sie doch durch ihre unerhörten ekelerregenden Manipulationen den Widerwillen der ganzen Welt auf sich gezogen.

Gewerkchaftliches.

Der Boykott als gewerkchaftliches Kampfmittel

Während des Streiks der Bäckergehilfen in Kiel im März 1904 forderte die Streikleitung in Flugblättern und zahlreichen Inseraten die Bevölkerung von Kiel und Umgegend auf, Kaufwaren nur aus solchen Bäckereien zu kaufen, welche die Forderungen der Bäckergehilfen bewilligt hätten, zugleich wurde eine Liste derjenigen Bäckermeister und Brotfabriken, welche dies getan, bekannt gegeben. Das Gewerkchaftsamt in Kiel beschloß, den Streik zu unterstützen und wies in einem Artikel in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ darauf hin, daß es die Pflicht der organisierten Arbeiter sei, sich streng an den Boykottbeschuß zu halten, und ferner, daß die Gewerkchaften sich verpflichtet hätten, alle Mitglieder bei vorkommenden Verstößen zur Rechenschaft zu ziehen.

Einige der boykottierten Bäckermeister erhoben darauf Klage gegen den Leiter des Streiks, gegen die Inhaber der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und gegen das Gewerkchaftsamt in Kiel mit dem Antrage,

die Beklagten unter Strafandrohung zu verurteilen, zu unterlassen, Boykottaufrufe zu verbreiten oder zu verbreiten und einen Schadenersatz von insgesamt 8189 M. zu zahlen.

Der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts hat durch Urteil vom 12. Juli 1906 die Klage endgültig abgewiesen. Die leitenden Grundsätze dieser Entscheidung sind die folgenden:

1. Boykott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig. Die Unternehmer können Ersatz der Verluste, welche sie infolge derselben erleiden haben, nicht verlangen.

2. Darin, daß ein Verein von Arbeitnehmern, der in einen Lohnkampf zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner Satzungen denjenigen seiner Mitglieder, die sich am Kampfe nicht beteiligen würden, lediglich den Verlust ihrer Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine „Drohung“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht zu finden.

3. Es ist keine durch § 153 der Gewerbeordnung verbotene Drohung, wenn die Partei, welche durch an sich erlaubte Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entscheidung über die Streitfragen einzuwirken sucht.

4. Es verstößt nicht gegen die guten Sitten, wenn Arbeitnehmer zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung von Zuständen und Einrichtungen, durch welche sie sich beschwert fühlen, die Mitwirkung weiterer Kreise des Publikums durch die Presse oder durch Flugblätter anrufen.

Diese Rechtsgrundsätze sind von weittragender Bedeutung. Sie werden auch im Strafrecht Anwendung finden müssen, welches sie bisher sämtlich verneint hat.

Zunächst geben sie den Gewerkchaften die Möglichkeit, den Boykott im gewerkchaftlichen Kampfe mit größerer Freiheit als bisher zu handhaben. Dann aber werfen sie die gegen die Gewerkchaften bisher geübte Erpressungsjudikatur vollständig über den Haufen. Das Urteil und seine Begründung sind deshalb auch für den gewerkchaftlichen Kampf von größter Bedeutung.

Berlin und Umgegend.

Die Palettfahrtgesellschaft will nicht unterhandeln.

Die Direktion der Palettfahrt hat an den Vorsitzenden des Lokalbvereins der Spediteure unter dem Datum vom 15. d. M. geschrieben, daß sie „nach reiflicher Erwägung und eingehender Prüfung zu dem festen Entschluß“ gekommen sei, „eine Verhandlung mit den Verbandvertretern abzulehnen zu müssen“. Es heißt in dem Schreiben weiter: „Wir sind aber nach wie vor gern bereit, unseren früheren Beamten das weitgehendste Entgegenkommen zu zeigen und wir können dies umso mehr, als die Lohnfrage ja kein Streitobjekt mehr bildet.“ — Unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß „trotz zweimaliger längerer Verhandlung es nicht gelungen sei, eine Auswege herbeizuführen, teilte Kommerzienrat Jacob dem Zentralverband diesen Entschluß der Palettfahrtgesellschaft mit.

In der letzten Versammlung der Streikenden wurden diese Briefe vorgelesen. Die ablehnende Haltung der Direktion machte durchaus keinen niederschlagenden Eindruck, man konnte die Ablehnung erwarten. Es gilt jetzt noch mehr als bisher, eine energische Agitation zu entfalten. Die organisierten Arbeiter, z. B. die Gaubienner in den Geschäften, mit welchen die Palettfahrtgesellschaft Verbindungen hat, müssen darauf aufmerksam gemacht werden, wie und bei welchen Gelegenheiten sie der Sache der Streikenden am besten nützen können. Die Palettfahrtgesellschaft will keine Friedensunterhandlungen pflegen, also wird der Krieg mit neuer Energie aufgenommen. Die Streikposten müssen eifriger wie bisher ihre volle Schuldigkeit tun. Die Gesellschaft kann den Betrieb nicht entfesseln in dem früheren Umfang wieder aufnehmen; sie gibt sich der Hoffnung hin, daß 50 bis 60 oder 70 von den alten Leuten bald wieder anfangen werden, um Streikbrecher anzulernen, aber es wird ihr nicht gelingen. Vielen Streikenden sind blaue Briefe zugegangen mit dem Ersuchen, bis zum 16. August abends die Uniform und alle der Gesellschaft gehörenden Ausstattungsgegenstände abzuliefern, sowie die Warenbestände und etwa eingezogenen Gelder mit der Betriebskasse abzurechnen. Am Schlusse dieser Briefe heißt es in einer geradezu beleidigenden Weise: „Im Falle Sie dieser Aufforderung nicht entsprechen, werden wir die Hilfe der Staatsanwaltschaft anrufen.“

Die Versammlung beschloß, nicht einzeln, sondern abteilungsweise und gemeinsam die Sachen bei der Gesellschaft abzuliefern. Heute, Freitag, sollen die Kollkutscher, Wodenarbeiter, Palettkutscher und Schaffner in je einer Abteilung vom Versammlungsort, Mitterstr. 75, sich nach der Palettfahrtgesellschaft begeben und ihre Angelegenheiten ordnen.

In einer Resolution taten dann die Streikenden kund, daß sie fest entschlossen sind, auszuharren, allen Versuchen, ihre Einigkeit zu untergraben, widerstehen werden und alles zu vermeiden, was gegen das solidarische Handeln organisierter Arbeiter verstößt.

Genosse Werner teilte mit, daß heute, Freitagvormittag, der Beschluß der Kollkutscher aus der Montagsversammlung bei Keller zur Ausführung kommen werde. Die Verzögerung entstand allein durch die begonnenen Verhandlungen der Spediteure mit der Palettfahrt.

Es handelt sich bekanntlich um die Stellungnahme der Kollkutscher zu der Zwangsabrottung von den Bahnhöfen. Eine Kommission der Kollkutscher und der Spediteure soll darüber beraten. Der Zentralverband wird die Zwangsabrottung für die Palettfahrt nicht dulden und die Kollkutscher sind bereit, danach zu handeln.

Genosse Werner sprach auch von neuen Vermittelungsversuchen, die der Vertreter der Firma Schlichting u. Co. gemacht hat. Es kommt nur auf die Palettfahrt an, ob Unterhandlungen stattfinden sollen.

Zum Lohnkampf der Glaser wurde in der gestrigen Streikversammlung mitgeteilt, daß der von der Freien Vereinigung der Glasermeister anerkannte neue Lohnarif zwischen beiden Organisationen am Sonnabend vor dem Einigungskomitee des Berliner Gewerbegerichts rechtsverbindlich festgelegt werden soll. Bei den 69 Firmen der Freien Vereinigung arbeiten bisher 328 Gehilfen zu den neuen Bedingungen. Im Streik resp. in der Aussperrung stehen noch 443 Gehilfen bei 102 Firmen. In Betracht kommen davon eigentlich nur 48 Firmen, die mehr wie zwei Gehilfen beschäftigen, und von diesen beschäftigen wiederum nur 21 Firmen je mehr wie 10 Mann. Der Stand des Streiks wurde als ein durchaus befriedigender bezeichnet. Die Streikenden und Aussperrten halten nach wie vor in voller Einmütigkeit zusammen und sind gewillt, den Kampf event. solange fortzuführen, bis die in 6 bis 8 Wochen eintretende Herbstwitterung die Unternehmer von selbst zum Nachgeben zwingt.

Zu der Berichtigung resp. Erklärung der Firma Otto Siemund haben wir zu bemerken, daß es doch sonderbar ist, wenn man behauptet, daß der Geschäftsinhaber von dem Inserat „keine Ahnung“ hatte, es jedoch gestattet wird, daß der Meister Prinz und noch ein Herr von der Firma Gillschewski in dem Geschäftsort von Siemund sich aufhalten, um arbeitsuchende Werkzeuge zu engagieren.

Außerdem kann doch nicht bestritten werden, daß in der „Volkszeitung“ sowohl wie in der „Morgenpost“ arbeitslose Werkzeugmacher aufgefordert wurden, sich in der Eisenwarenhandlung von Otto Siemund, Reinholdsdorferstr. 78, zu melden. Wenn nun diese Annonce ohne Wissen des Herrn Siemund sein Geschäft

als Arbeitsnachweis für die Firma Gillschewski bekannt machte, warum wurden noch am Montag von der Eisenwarenhandlung Otto Siemund arbeitslose Werkzeugmacher zu Gillschewski geschickt, obwohl es in dem Geschäft bekannt war, daß bei Gillschewski gestreikt wird?

Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ein neuer Isolierertarif. Die Isolierer Berlins hielten Mittwochabend bei Pott eine Mitgliederversammlung ab, in welcher ein neuer Lohnarif endgültig zur Annahme gelangte, der in seinen Hauptpunkten folgendes festsetzt: Die tägliche Arbeitszeit von neun Stunden bleibt bestehen. Der Minimallohn für Isolierer beträgt 70 Pf. die Stunde (nach dem alten Tarif 60 Pf.) für Hilfsarbeiter 55 Pf. (bisher 45 Pf.) für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent. Für Arbeiten in den Vororten eine Zulage von 1 M., beziehungsweise 1,50 M. den Tag. Für Fernorte eine Landzulage von 3,00 M. (bisher 2,50 M.) pro Tag. Zur Station in Wade- und Kurorten sowie Ausstellungsorten eine Sonderzulage von 1 M. den Tag. Für die Hilfsarbeiter Isoliererarbeiten selbstständig aus, so ist dafür der angelegte Lohn zu zahlen. Alfordarbeit ist gänzlich ausgeschlossen. Arbeiten im Auslande (die jetzt häufig vorkommen) unterliegen der freien Vereinbarung und hat der Unternehmer die Verpflichtung, stets den Isolierer auf Krankheit und Unfall zu versichern. Der Tarif tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft und gilt bis zum 1. Oktober 1907. Die Verhandlung soll beauftragt werden, den bestehenden Tarif zu kündigen und den Unternehmern den neuen Tarif zur Annahme zu unterbreiten.

Folgende Zuschrift erhalten wir unter dem überschüssigen Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes:

In der Nummer 185 des „Vorwärts“ vom 11. August d. J. befindet sich unter der Signatur: „Achtung, Friseurgehälfen!“ eine Veroffentlichung von tarifbrüchigen Firmen im Friseur- und Barbiergewerbe, unter welchen auch ich genannt bin. Es wird mir nachgelagt, daß ich das Gebahren meines Gehilfen dem Verbandsgegenüber unterstelle. — Demgegenüber erkläre ich: Es ist unwahr, daß der Meister Kaczinski das Gebahren seines Gehilfen, der nicht trenn zum Verbands hält, unterstellt. Wahr ist dagegen, daß der Gehilfe im Zentralverbande organisiert ist und ihm in dieser Beziehung keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt sind. — Unwahr ist auch, daß die Kundschaft durch das ausgehängte Plakat hintergangen wird. Wahr ist dagegen, daß ich bewilligt habe und auch tatsächlich den Forderungen der Gehilfen voll und ganz nachkomme. Franz Kaczinski, Barbier und Friseur.

Deutsches Reich.

Der zahlungsunfähige Montantrust.

Am Donnerstag sind etwa 800 Dfen- und Walzwerksarbeiter des „Kochener Hütten-Aktien-Vereins“ wegen einiger geringfügiger Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Direktion lehnte jede Verhandlung mit den Arbeitern, den Organisationen und auch mit der Gewerbeinspektion ab. Sie erklärt, nicht zahlen zu können und nicht zahlen zu wollen. Wir gaben schon in Nr. 188 ein kleines Bild von der glänzenden Lage des Unternehmens, das mit seinen 11 1/2 Millionen Aktienkapital einen Börsenwert von 72 Millionen darstellt. Heute sei im einzelnen nachzuweisen, wie hoch die Dividenden der Aktionäre wachsen müssen, ehe diese mal in die Lage kommen, einige lumpige Pfennige für die Erzeuger ihrer Reichthümer abzugeben. Es erhielten die Aktionäre: 1885: 25 Proz.; 1886: 25 Proz.; 1887: 20 Proz.; 1888: 17 1/2 Proz.; 1889: 25 Proz.; 1890: 25 Proz.; 1891: 25 Proz.; 1892: 30 Proz.; 1893: 20 Proz.; 1894: 20 Proz.; 1895: 20 Proz.; 1896: 30 Proz.; 1897: 50 Proz.; 1898: 50 Proz.; 1899: 40 Proz.; 1900: 40 Proz.; 1901: 25 Proz.; 1902: 20 Proz.; 1903: 30 Proz.; 1904: 30 Proz.; 1905: 29 1/2 Proz.

Außerdem erhielten die Aktionäre bei der Errichtung der Interessengemeinschaft Schalle-Belsenstrichen-Rothe Erde eine bare Zulage von 464 000 M.

Und diese Leute erklären sich insolvent für höhere Lohnzahlungen.

Die Ablösung der Streikenden erfolgte im Laufe des Donnerstags gruppenweise. Die Direktion hat der gesamten Arbeiterschaft des Werkes, etwa 5000 Personen, zum 31. August gefündigt, bemerkt aber, daß sie die Kündigung zurücknehme, falls sich bis dahin genügend Leute melden würden, damit der Betrieb der Ofen und Walzwerke wieder aufgenommen werden könne. Von den Streikenden gehören 450 dem Gewerbevereine, 200 dem „christlichen“ und 70 dem freien Metallarbeiterverbande an.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Konrad Stein, Maschinenfabrik und Eisengießerei, zu Steinbach-Richelstadt i. D. sind die Arbeiter in den Ausstand getreten wegen Nichtbewilligung der von ihnen gestellten Forderungen. Einiges sollte bewilligt werden, die Leute dafür aber aus dem Verbands ausstreiten, worauf diese nicht eingingen. Seit dem Ausstande arbeiten die Arbeitswilligen von früh 6 Uhr bis 6 Uhr abends, Zugang nach hier streng fernzuhalten.

Wider Solidaritätsstreik.

Als eine Emdener Firma einen Hafenerbeiter wegen Beleidigung eines ihrer Beamten entlassen hatte, stellten sämtliche Hafenerbeiter die Arbeit ein; sie beschloßen aber in einer am Abend abgehaltenen Versammlung, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Firma sich verpflichtete, den Arbeiter binnen drei Tagen wieder einzustellen, wenn er die Beleidigung zurücknehme; in der Versammlung wurde ausgesprochen, daß eine allgemeine Arbeits einstellen wegen jener Privatfache nach dem Statut des Ortsverbandes nicht zulässig sei.

Ausland.

Ein neuer Tramwaystreik in Rom?

Rom, 14. August. (Sig. Ver.)

Die hiesigen Tramway sind von neuem bereit, in Ausstand zu treten. Als sie nämlich vor genau einem Monate die Arbeit wieder aufnahmen, erklärten sie, sofort wieder zu streiken, falls die Stadtverwaltung weitere Schulden zum Tramwaydienst anlernen ließe. Nun scheint es, daß die Gehilfen zum Lernen eine Anzahl junger Leute zugelassen hat, die zwar nicht Schulden sind, denen man aber verpfligt hat, daß sie nach Ablegung ihrer Prüfung als Tramwayfahrer Schulden werden sollen. Als sich diese Nachricht verbreitete, wollten die Tramwayarbeiter gestern früh ihre Wagen ins Depot führen, wurden aber von einigen älteren Genossen davon abgehalten. Hoffentlich werden die Streikbrecher in spe sofort entlassen, damit es nicht zu einem neuen für alle Einwohner der Hauptstadt so schwer zu ertragenden Streik kommt.

Eingegangene Druckschriften.

Sächsisches Monatshefte. Heft 8. Herausgegeben von B. R. Gohmann. Preis pro Jahr 15 M. Quartal 4 M. Einzelheft 1,50 M. Verlag v. Bong u. Co., Stuttgart.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Herausgeber: W. Sombart, Max Weber und G. Tafel. 23. Band. 1. Heft. Verlag: Aufhagens Uebergang zum Scheitelpunkt des Sozialismus. Preis 3 M. Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen.

Protokoll über die Verhandlungen der 11. ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands. 24 Seiten. Preis 15 Pf. Selbstverlag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Aussperrung beendet.

Trappau, 16. August. (W. T. W.) Im Industriegebiete von Vielich und Wiala ist die Aussperrung der Textilarbeiter heute beendet und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Nur in vier Fabriken der Stadt Vielich wird wegen noch bestehender Differenzen nicht gearbeitet.

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

„Volkstimme“ (Frankfurt a. M.):

... Bekanntlich erfolgt diese Veröffentlichung gegen den Willen der Generalkommission und der Zentralvorstände, während die Gewerkschaftsmitglieder selbst kaum etwas gegen sie einzuwenden haben dürften. Es ist wahr: die stenographische Wiedergabe enthält einige indirekte Offenheiten und falsche Jungenschläge, über welche die Gegner schleunigt herfallen werden oder schon herfallen, wie z. B. Wömelburgs undemokratischer Ausdruckscher, daß „wir doch dumme Kerle wären, wenn wir nicht inwunde wären, in Verleumdungen einen und richtig erscheinenden Beschluß herbeizuführen“.

Anscheinend fehlte auf der Konferenz kein Zentralvorstand unserer Gewerkschaften, und fast alle größeren Verbände — wir vermissen dabei eigentlich nur die Metallarbeiter — sprachen durch ihre bekannten Führer. Diese schieden sich ganz deutlich in zwei große Gruppen: in die erdrückende Mehrheit derjenigen, die, wie die Vorstände der Maurer, Bergarbeiter, Holzarbeiter, Zimmerer, Seelente, Handels- und Transportarbeiter u. a., eine tiefe Mißstimmung über die Haltung mancher Parteikreise zu den Gewerkschaften offenbarten und grundsätzlichen Wandel forderten, und in die kleine Minderzahl weniger Gewerkschaftsführer (im wesentlichen waren es nur Geher von den Tabakarbeitern, Moth von den Buchbindern, Polorny von den Bergarbeitern und Simon von den Schuhmachern), die jener Mißstimmung entgegentraten.

und taub geblieben ist und uns persönlich wie schuldig fortwährend als nicht Gleichberechtigte behandeln zu können glaubt. Wömelburg sagte dies am besten so zusammen: der Streit „entstand deshalb, weil wir uns angemacht hatten, in Fragen zu entscheiden, über die nach Ansicht leitender Personen in der politischen Partei einzig und allein die Partei zu entscheiden hätte...“

Wie ein elementarer Schrei geht's nämlich durch die Reihen aller Teilnehmer an der Gewerkschaftskonferenz: „Wir sind zwei gleichberechtigte Faktoren, Partei und Gewerkschaften, laßt uns in unseren Sphären zeitig und ständig über alles zusammen raten und toten!“

Der Gedanke, den die „Volkstimme“ mit großer Wärme vertritt, daß Gewerkschaften und Partei in ihren Spitzen einander durchdringen sollen, ist auch vom „kleinen linken Flügel der Partei“ bekräftigt worden. Also auch von der Seite der Partei, der die „Volkstimme“ unbedingterweise in ihrem Artikel, dem wir in mancher Beziehung sonst zustimmen können, „bevorzugt hervorgehobene Geringschätzung der revolutionären Bedeutung gewerkschaftlicher Agitation und Organisation“ nachsagt.

„Volkstimme“ (Stettin): Es dürfte das erste, hoffentlich auch das letzte Mal gewesen sein, daß eine Parteinstanz sich gestattet, in dieser Weise so offensichtlich in die Rechte und Befugnisse einer Körperschaft einzugreifen, wie in der Arbeiterbewegung an anderer Stelle daselbst bedeutet, wie der Parteivorstand, und die deshalb ebenso zu respektieren ist...

als gleichberechtigten, vollbürtigen Nachfaktor im proletarischen Befreiungskampfe anzuerkennen hat. Diese Anerkennung bedeutet naturgemäß auch, daß man die Beschlässe usw. der Gewerkschaften anerkennt und respektiert. Die Art und Weise, wie man hier und da in Parteikreisen geneigt ist, auf solche allein mögliche Art die Reibungsflächen zwischen Partei und Gewerkschaften zu vermindern, wie man im Gegenteil sich dort in Ueberhebung und Schroffheit des Urteils über die Gewerkschaftsbewegung nicht genug zu leisten glaubt, dafür konnten einige Redner leider nur zu viele Beispiele zitieren.

Man weiß dort, daß diese Bewegung zum Sozialismus führt, und befürwortet deshalb ein möglichst intimes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Beide Gruppen der Arbeiterbewegung sind naturgemäß unter den heutigen Verhältnissen in Preußen-Deutschland aufeinander angewiesen, und deshalb müssen Angriffe, die sie in einer Form geschehen, daß kein böser Stachel zurückbleibt. Den Schaben, welchen die Gewerkschaftsbewegung erleidet, hat auch die Partei zu tragen.

Nachdem nun das „unheimliche“ Protokoll bekannt ist, werden auch wohl wieder leider die üblichen persönlichen Polemiken zwischen denjenigen angehen, die sich wieder einmal „mißverstanden“ haben. Hoffentlich regt sich außer den davon Betroffenen niemand auf.

„Reinische Zeitung“ (Köln): Man soll selbstverständlich solchen Debatten nicht aus dem Wege gehen, wenn sie zur Klärung der Lage und der Anbahnung eines besseren Verhältnisses zwischen diesen beiden Gliedern der Arbeiterorganisation führen. Was aber bei der neuesten Auseinandersetzung bis jetzt herausgekommen, das ist lediglich eine Verneinung der Verbotsart und eine weitere Steigerung des gegenseitigen Mißtrauens.

Gestern haben wir gesagt, daß die Verkünder des Protokolls der Vorstandskonferenz stellenweise deprimierend wirkten. Zum Glück nur stellenweise; im allgemeinen aber empfängt man den Eindruck, daß sich die große Mehrheit der Gewerkschaftsführer ein genügendes Maß parteigenössischen Gefühls bewahrt hat, um den Gelüsten einiger Neihypocriten oder Kurgewerkschaftler nicht nachzugeben.

Der Parteivorstand hat bekanntlich die Veröffentlichung des Protokolls schließlich auf eigene Faust verfügt, da die Generalkommission ihre Zustimmung bedehndlich verweigerte. Wir haben diese eigenartige Weigerung für unnötig, sogar für schädlich gehalten, aber ungetrübter muß der Schritt des Parteivorstandes den Zwiespalt abermals vergrößern.

Die Debatte über den Tagesordnungspunkt: „Unsere Lohnkämpfe in den letzten beiden Jahren“ nahm noch die Hälfte des heutigen Sitzungstages in Anspruch. Sie bewegte sich in denselben Bahnen wie gestern. Es handelte sich in der Hauptsache um Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verbandsvorstand und einem Teile der Mitglieder bezug. Vorkleinerungen über die Taktik, welche der Verbandsvorstand sowohl bei einigen örtlichen Lohnbewegungen als auch bei der großen Aussperrung des vorigen Jahres für angebracht hielt.

Der Verbandsvorsitzende Stühmer brachte eine Resolution ein, über die nach Schluß der Hauptdebatte eine besondere Diskussion entstand. Die Resolution wurde schließlich nach einigen Veränderungen in folgender Fassung angenommen: Der Verbandsrat erklärt, daß die an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen unbedingt vorher dem Hauptvorstande zur Begutachtung vorzulegen sind. Ohne Zustimmung des Vorstandes darf keine Mitgliedschaft in eine Lohnbewegung eintreten, widrigenfalls die Mittel zur Führung des Kampfes zu verweigern sind.

Die Ortsverwaltungen haben die Mitglieder, und namentlich die Verkschafts- und Geschäftsdelegierten, dahin zu instruieren, daß ihnen jede Anfertigung von Streikarbeit zu melden ist, daß aber nicht sofort die Arbeit eingestellt wird, sondern erst nachdem die Sache genau festgestellt ist und die Ortsverwaltung ihre Zustimmung dazu gegeben hat. Dem Vorstande ist sofort Mitteilung zu machen, damit derselbe weitere Anweisungen erteilen kann. Wird einem Kollegen Streikarbeit angeboten oder zugemutet, solche anzunehmen, so hat er dieselbe zu verweigern und nur dann das Arbeitsverhältnis zu lösen, wenn ihm andere Arbeit verweigert wird. Beschließt das Letztere oder wird der betreffende

Verbandstag der Schneider.

Berlin, 16. August.

Kollege einlassen, so hat die Ortsverwaltung sich der Sache anzunehmen, den Arbeitgeber um eine Erklärung zu ersuchen und dem Vorstande über die Angelegenheit zu berichten, damit weitere Maßnahmen getroffen werden können.

Der Verbandstag erklärt sich mit der Einführung der von den Arbeitgebern nach Lohnkonfessionsorten vermittelten Streit- arbeitspflicht der einzelnen Ortsverwaltungen und Lohn- kommissionen der vom Streit betroffenen Orte ist, dem Vorstande rechtzeitig eine genaue Nachweisung derjenigen Firmen zu über- mitteln, bei welchen eine Lohnbewegung geplant bzw. der Streit ausgebrochen ist.

In diesen Mitteilungen sind eben die Stapelkonfessions- firmen zu nennen, welche im gewöhnlichen geschäftlichen Verkehr die Konfessionsarbeit für die in Frage kommenden Geschäfte liefern.

Kunnehr wurde die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her- gestellt. — Die Debatte drehte sich um die Frage, unter welchen Formen Tarifverträge abzuschließen sind. Eine Kommission, die mit der Vorberatung dieser Frage betraut war, beantragte eine Resolution, die nach kurzer Diskussion angenommen wurde. Sie lautet:

„Der Verbandstag erklärt sich mit der Einführung eines ein- heitlichen Tarifvertragschemas als im beiderseitigen Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber liegend, durchaus einver- standen.“

In der Frage, ob Tarifverträge auf begrenzte oder un- begrenzte Zeitdauer festgelegt werden, erkennt der Verbandstag an, daß in Anbetracht der schon heute zu einem großen Teil be- stehenden Tarifverträge auf unbestimmte Zeitdauer die Frage keine prinzipielle Bedeutung mehr hat und überläßt es den beider- seitigen Hauptvorständen, darin eine Einigung zu erzielen.

Werden Tarifverträge auf unbestimmte Zeitdauer abge- schlossen, so ist eine dreimonatliche Kündigungsfrist vom Tage der Zustimmung der schriftlichen Kündigung an gerechnet, vorzu- setzen.

An der Einführung der obligatorischen Tarifüberwachungs- kommission hält der Verbandstag nach wie vor fest.

Dem Vorstande wurde ein Antrag der Filiale Halle überwiesen, welcher besagt, daß in den Tarifverträgen eine Bestimmung aufzu- nehmen ist, welche die Arbeitgeber zur Einführung von Lohnbüchern verpflichtet. Ferner verlangt der Antrag, daß unter keinen Um- ständen den Arbeitgebern gestattet werden soll, in einem Geschäft und in einer Branche nach einem zweiten, sogenannten Unter- tarif zu bezahlen und daß dem entgegenstehende Bestimmungen möglichst bald zu beseitigen sind.

Hierauf folgte die Beratung der vorliegenden Anträge zum Statut. Der Verbandstag trat zunächst in die Generaldebatte ein.

Dieselbe befaßte sich in der Hauptsache mit der Frage der Beitrags- erhöhung. Gegenwärtig zahlen die männlichen Mitglieder 25 Pf., die weiblichen 10 Pf. Wochenbeitrag. Der Vorstandsvorsitzende sagt in seinem Rechenschaftsberichte, daß sich infolge der immer schärfer werdenden wirtschaftlichen Kämpfe und der sich dadurch steigenden Ausgaben eine wesentliche Erhöhung der Beiträge notwendig macht. Hierbei solle aber nicht schematisch verfahren, sondern die Leistungsfähigkeit der Mitglieder berücksichtigt werden. Um dies zu ermög- lichen, beantragt der Vorstand eine Staffelung der Beiträge in der Weise, daß drei Beitragsklassen eingerichtet werden, und zwar: 1. Klasse: Orte mit mehr als 50 000 Einwohnern, Beitrag 40 Pf. für männliche, 20 Pf. für weibliche Mitglieder. 2. Klasse: Orte mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern, Beitrag 35 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder. 3. Klasse: Orte mit weniger als 25 000 Einwohnern, Beitrag 30 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder. Bei der Zuteilung der Orte an die Beitragsklassen ist nicht allein die Einwohnerzahl, sondern auch die Lebenslage der Mit- glieder berücksichtigt worden. Danach sind verschiedene Großstädte im Osten in die 2. Klasse eingereiht und auch sonst noch einige Ab- weichungen von der durch die Einwohnerzahl gegebenen Einteilung gemacht worden. — Der Vorstand hat berechnet, daß die Annahme seines Antrages eine Mehreinnahme von 187 825 M. für die Haupt- klasse und 15 803 M. für die Filialklassen ergeben würde, was aus- reichend wäre sowohl zur Deckung der voraussichtlichen Ausgaben als auch zur Ansammlung eines Reiserfonds.

Aus den Filialen liegen zur Beitragsfrage eine Reihe von An- trägen vor, von denen einige noch über den Vorschlag des Vorstandes hinausgehen, indem sie Beitragsbeträge bis zu 50 Pf. in der 1. Klasse fordern. Andere Anträge schlagen geringere Sätze vor wie der Vorstand, teils sind sie gegen jede Beitragserhöhung.

Die Diskussionsredner begründeten die Anträge ihrer Filialen. Von einer wurde die Klasseneinteilung nach der Ortsgröße als un- gerecht bezeichnet und die Einteilung nach der tatsächlichen Lohn- höhe empfohlen. A. R. M. vertrat die Anträge des Vorstandes. Er führte unter anderem aus, daß sich eine ge. schere Grundlage für die Klasseneinteilung, als sie der Vorstand vorgenommen hat, leider nicht finden lasse. Die Lohnhöhe gebe eine solche Grundlage nicht, denn Zeilöhne kämen in der Schneiderei fast gar nicht in Be- tracht, und die Stücklöhne seien so verschieden und schwankend, daß sich darauf eine Berechnung der Beiträge nicht aufbauen lasse.

Am Ende der heutigen Sitzung wurde die Generaldebatte ge- schlossen und die Statutenänderungsanträge einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Internationaler Hutarbeiterkongress.

Frankfurt a. M., 14. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Bevor über die deutsch-österreichischen Anträge betr. die Re- organisation des internationalen Sekretariats abgestimmt wird, gibt Espanet den Klassenbericht des internationalen Hutarbeiterverbandes. Derselbe erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1905. An Beiträgen für das internationale Sekretariat gingen in dieser Zeit ein: Von Deutschland 1503,20 Frank, Österreich-Ungarn 974,65 Frank, Frankreich 678,55 Frank, Dänemark 69,75 Frank, Brasilien 72,50 Frank, Italien 1438 Frank, Belgien 117,50 Frank, Schweiz 68,50 Frank, England 964,40 Frank, Rumänien 26,50 Frank, Spanien 128 Frank. Die Gesamteinnahmen betragen 6387,10 Frank. Für Streiks wurden von den einzelnen Nationalorganisationen ver- einnahm 5129,85 Frank. Deutschland hat dazu die höchste Summe von 1345,70 Frank geleistet, dann kommt Frankreich mit 1194,70 Frank, Belgien mit 412,50 Frank, England mit 125 Frank, Däne- mark mit 165,80 Frank, Österreich-Ungarn mit 799,35 Frank. Die Ausgaben des Sekretariats für Befoldung des Sekretärs, Ueber- setzerkosten, Kongressdelegationskosten usw. betragen insgesamt 4203,05 Frank. Die Gesamteinnahmen des Sekretariats betragen inklusive eines Kassenbestandes von 727,65 Frank von 1902 7114,75 Frank, die Ausgaben 4203,05 Frank, so daß der Kassenbestand am 31. März 1906 2921,70 Frank betrug.

Zur Prüfung dieses Berichtes wird eine Kommission eingesetzt, die später dem Kongress Bericht erstatten soll.

Es werden hierauf die Berichte der nationalen Ver- bände entgegengenommen. Reysche erstattet den Bericht für die deutsche Organisation. Er verweist auf den gedruckten Be- richt, der bereits in dem deutschen wie französischen Organ der Hut- macher abgedruckt ist. (Wir haben ihn im Vorberichte wiedergegeben. Die Red.)

Allibert Paris berichtet über die französische Organi- sation. Der französische Verband ist finanziell nicht so stark wie der deutsche und österreichische, wobei allerdings zu beachten ist, daß die lokalen Verbände gesonderte Abrechnungen haben. Die Gesam- teinnahmen des Verbandes betragen 84 560 Frank, die Ausgaben 92 853 Frank; für Streiks wurden ausgegeben 13 078 Frank. Eine Förderung der Verbandsinteressen erhofft man von der auf dem letzten französischen Hutarbeiterkongress beschlossenen Einteilung Frankreichs in acht Gauen.

Wallace Denton berichtet über die englische Hutarbeiter- organisation. Er bezieht sich auf den im Jahrbuch abgedruckten Bericht. Reysche bittet um Auskunft über das Verhältnis der Frauenorganisation zur Männerorganisation der Hutmacher. Ob

die dort bestehende Trennung der beiden Organisationen nur eine Formfrage sei? Wallace antwortet, die Frauenorganisation sei vollkommen selbständig; sie habe mit der männlichen Hut- arbeiterorganisation nichts zu tun. Die Abrechnungen werden getrennt geführt. Daß er der Sekretär der Frauenorganisation sei, erkläre sich aus verwaltungstechnischen Gründen. Im übrigen unterliegen die Frauen Streiks der Hutmacher regelmäßig. Podrahski-Wien meint, es sei doch eigentlich Pflicht, diese beiden Organisationen zu vereinen und die Frauen auch dem internationalen Verbande anzuschließen. Auch über die Sonder- organisation der Seidenhutmacher habe Wallace nichts gesagt. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß in Frankreich wie in England die Sonderorganisationen verschwinden.

Sefirnjag-Wien berichtet für die österreichisch-ungarische Organisation. Er bedauert, daß der Bericht nicht im französischen Fachblatt abgedruckt worden sei. Das sei um so wünschenswerter, weil die Berichte, die alljährlich veröffentlicht werden, alle Leiden, Beschwerden und Schwierigkeiten der Organisation ein- gehend behandeln. In Österreich leide die Organisation und Agitation sehr unter den Sprachschwierigkeiten. Das Fachblatt müsse in drei Sprachen erscheinen. Besonders schwierig seien die Verhältnisse in Nordmähren und Südbungarn, wo der Kulturstand der Arbeiter noch ein sehr tiefer sei. Daraus erkläre sich auch mancher verloren gegangene Streik. Aber trotz aller dieser Schwierigkeiten gehe es auch in Österreich vorwärts. Die Organi- sation entwickle sich langsam, aber sicher. Von 2304 Mitgliedern 1902 sei die Zahl auf 3702 im Jahre 1906 gestiegen. Für Streiks wurden 55 533 Kronen ausgegeben, für Maßregelungen 3497 Kronen, für fremde Streiks 8213,25 Kronen, für andere mit Streiks zusammenhängende Ausgaben 1878,28 Kronen, zusammen 63 616,53 Kronen. Der Vermögensbestand beträgt zurzeit 316 304,35 Kronen. Eine Verbesserung der Organisation erhofft man aus der Umwandlung der föderativen Organisation in eine zentralistische, die im nächsten Jahre vorgenommen werden soll. Im übrigen arbeite die gewerkschaftliche Organisation Hand in Hand mit der Partei; keine tue etwas ohne Verständigung mit der anderen. Zum Schluß schildert er die Schwierigkeiten, die bestehen, um die Böhmen zum Beitritt in den Zentralverband zu bewegen, trotzdem man ihnen volle Autonomie gewähren wolle.

Reysche-Altenburg berichtet über den Stand der dänischen Organisation. Es sind zirka 200 Hutarbeiter da, die alle organisiert sind; von zirka 150 Frauen sind 40 organisiert. Zu der dänischen Organisation gehören auch die finnischen Hutmacher, die 40 Mann stark organisiert sind. Die Arbeitszeit der Hutmacher beträgt in Dänemark 6 bis 10 Stunden; der Verdienst schwankt zwischen 20 und 30 Kronen. Die Vereinseinrichtungen sind fast die gleichen wie in Deutschland. Was die Verhältnisse in Rußland anlangt, so kann ich keine Zahlen angeben. Es bestehen lose Organisationen in Warschau, Lodz und Riga, und zwar bilden dort die Krankenassen den Sammelplatz für die Arbeiter. Leider können Juden sich den Krankenassen nicht anschließen. Die Organisierten sind zum größten Teil Deutsche und Russen. Mit deutscher Unterstützung wurden Streiks in Warschau und Lodz geführt, zum Teil mit Er- folg. In der russischen Revolution haben die Hutmacher ihren Mann überall gestellt, bei der Agitation in den Kasernen, der Ueberwachung der schwarzen Barden und auf den Barrakaden. Einer hat ein Bein verloren, ein anderer ist zum Krüppel geschlagen worden, einige sind verschollen, andere wegen Agitation inhaftiert worden. Die deutsche Organisation hat den Russen kürzlich wieder 1100 Rubl Ergaunterstützung gewährt. Wenn der jetzige Freiheits- kampf mit Erfolg durchgeführt sein wird, dann hoffen auch die russischen Hutmacher eine feste Organisation zu schaffen.

In der Nachmittags-sitzung wird in der Entgegennahme der nationalen Berichte fortgefahren. Reina-Italien berichtet über die italienische Organisation der Hutarbeiter. Er bedauert, daß sein eingehender statistischer Bericht noch nicht gedruckt werden konnte. Betreffs des Mitgliederstandes stellt er fest, daß der Ver- band 1901 3271 Mitglieder hatte; diese Zahl stieg auf 4862 1902. In den folgenden Jahren ging die Mitgliederzahl etwas zurück. Dieser Rückgang erklärt sich aus der Reue der Organisations- form, die den Deutschen nachgeahmt wurde und deren Straffheit bei vielen Kollegen nicht begriffen wurde. Jetzt haben sich die Kollegen mit dieser Organisationsform befreundet und die jetzige Zahl der Organisierten kann als Kerntruppe bezeichnet werden. Man wird deshalb auch ferner den deutschen Hutmacherverband als Muster der Organisation ansehen. In der Folge soll auch die Krankenunterstützung wieder eingeführt werden. Reina schildert dann Einzelheiten der italienischen Kämpfe, die die Allgemeinheit wenig interessieren. Die Entwicklung der Organisation hat die gute Folge gehabt, daß auch das italienische Unternehmertum sich dazu versteht, Tarifabschlüsse zu vereinbaren. Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes sind gute. Die Gesamteinnahmen be- tragen in der Zeit von 1903 bis 1905 80 227 Lira, die Ausgaben 65 083 Lira. Für Streiks wurden 13 000 Lira ausgegeben, für Arbeitslosenunterstützung 2478 Lira. Die Streikkosten seien von Jahr zu Jahr zurückgegangen, und zwar infolge der günstigen Tarifabschlüsse. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 10 Stunden; in 36 Fabriken 9 Stunden. Die Organisation löst infolge der religiösen Vorurteile und des kirchlichen Einflusses auf große Schwierigkeiten. Zum Schluß betont Reina das gute Verhältnis zwischen dem Hutmacherverband und der politischen Partei.

Für die schweizerische Hutmacherorganisation berichtet Rico- lai-Wädenswil. Der schweizerische Verband besteht erst ein- einhalb Jahre und ist infolgedessen noch schwach. Die Mitglieder- zahl betrug bei der Gründung 198 und stieg auf 249 Personen. Da in der Schweiz zirka 700 Hutarbeiter bzw. Arbeiterinnen sind, so sind noch zirka 400 zu organisieren. Die Einnahmen betragen 2359 Frank, die Ausgaben 1586 Frank, der Kassenbestand ist 772 Frank. Die Kosten des Verbandes sind sehr groß, da alle Publi- kationen in drei Sprachen erfolgen müssen. Die Arbeitsverhält- nisse lassen noch viel zu wünschen übrig, namentlich soweit die Primarbeit in Betracht kommt. Im Kanton Argau werden sogar noch Kinder unter 12 Jahren beschäftigt. Auch die Löhne sind sehr niedrige. Jede Lohnaufbesserung wird absorbiert durch die Steig- erung der Mieten und der Lebensmittelpreise.

Clouff-Brüssel berichtet über die belgische Organisation, da sein Bericht über den Stand der belgischen Organisation schon ge- druckt sei.

Ronzer-Budapest berichtet über die rumänische Organi- sation. Dieselbe hat 145 Mitglieder und einen Kassenbestand von 19 000 Frank.

Fran Espanet berichtet über die brasilianische Organisation. Dieselbe konnte keine persönliche Delegation schicken, da die dortigen Hutmacher seit 1. Mai im Streik sind zur Eringung des Acht- stundentages und keine Mittel zur Delegation hätten. Die Organi- sation dort ist noch schwach.

Espanet berichtet über die portugiesische Organisation. Auch dort ist die Organisation noch schwach. In Porto, Braga, Joao de Radeira und Lissabon sind 300 Personen organisiert. Infolge eines Streiks in Lissabon, der sieben Wochen dauerte, wurden von den Fabrikanten alle Arbeiter ausgesperrt, wodurch die Organisation fast vollkommen zerstört wurde. Daraus erkläre es sich auch, daß die Organisation ihren finanziellen Verpflichtungen dem inter- nationalen Verbande gegenüber nicht nachgekommen ist.

Kunnehr berichtet zunächst die Revisionskommission über die Prüfung der Kassenverhältnisse. Reina-Ronza führt dazu aus: Die Kommission habe Bücher und Belege in bester Ordnung ge- funden. Die Ausgaben über Delegationskosten wurden von Espanet in bester Weise erklärt. Die Kommission beantragt Decharge. Der Kongress stimmt diesem Antrage einstimmig zu. Schluß der Sitzung.

Aus der Partei.

Die Kreisversammlung des Reichstags-Wahlkreises Brandenburg- Westhavelland tagte am Sonntag in Brandenburg. Es wurde die Bildung eines Kreiswahlvereins beschlossen. Der

Vertrag soll 15 Pf. betragen, die Lokalvereine können Zuschläge bis zu 10 Pf. erheben. So ist bestimmt worden, weil aus dem Lande nicht so hohe Beiträge gezahlt werden können, wie in den Städten. Ein Antrag, nur 10 Pf. Grundbeitrag zu erheben, wurde abgelehnt.

Die „Brandenburger Zeitung“ hat die Abonnentenziffer 10 000 überschritten. Trotz des im Sommer eintretenden Rückganges ist ein Mehr von 1773 Abonnenten zu verzeichnen. Branden- burg-Westhavelland ist an der Zunahme mit rund 800 Abonnenten beteiligt. Rauch-Welzig-Füterbog-Luckenwalde hat 400 Abonnenten mehr; Osthavelland zirka 200.

Der finanzielle Abschluß ist befriedigend. Zum Parteitag wurden drei Delegierte gewählt. Nach einem Referat des Genossen Mary-Rathenow und einer Debatte, in der der Abgeordnete des Kreises, Genosse Paus-Dessau, die Genossen Brachwitz, Erdmann und Sidow sprachen, wurden folgende Resolutionen angenommen:

Da die Situation seit dem Jenaer Parteitag sich in keiner Weise geändert hat, im Gegenteil die Kämpfe zwischen der herrschenden Klasse und dem Proletariat sich immer mehr verschärfen, so liegt keine Veranlassung vor, den Massenstreik als Kampf- mittel abzulehnen.

Die Delegation des Kreises wird ersucht, den Parteitag auf- zufordern, die Möglichkeit zu schaffen, Genossen auszuschließen, die bei kommunistischen Wahlen der Wahl fernbleiben oder die Gegner wählen.

Zur Provinzialkonferenz wurde beschlossen: die Delegierten sollten zunächst den Entwurf des Kreises für die Provinzorganisation vertreten, bei Ablehnung desselben den Berliner Entwurf durch Ab- änderungsanträge zu verbessern suchen.

Statistik des Klassenbewußtseins in Rathenow. Ueber das Halten der Arbeiterpresse, Zugehörigkeit zur Parteioorganisation und zum Konsumverein veranstaltete die Rathenower Gewerkschaftskommission eine Umfrage. Diefelbe hatte folgendes Ergebnis: Von zirka 1300 Gewerkschaftsmitgliedern machten 1163 Angaben. Danach sind 750 derzeit und 418 ledig. 529 sind Abonnenten der Partei- presse (325 „Brandenb. Ztg.“, 4 „Vorwärts“), 232 halten bürgerliche Blätter. Auf gar keine Zeitung abonniert waren 373. Der Parteioorganisation gehören 392, dem Konsumverein 299 an.

Einen Parteisekretär soll Mittelschlesien erhalten. Der Parteivorstand hat den Antrag der schlesischen Genossen auf den letzten Provinzialkonferenz, einen Parteisekretär für Mittelschlesien anzustellen, angenommen. Am 1. Oktober soll das Sekretariat er- öffnet werden.

Auch ein sozialdemokratischer Stadtverordneter. In Wies- baden hat kürzlich der Stadtverordnete Groll infolge Kritik, die in der Parteiverammlung an seiner Tätigkeit geübt wurde, sein Mandat niedergelegt und ist gleichfalls aus der Partei ausgeschieden. Die bürgerliche Presse sieht ihn als Märtyrer und entrüstet sich über den sozialdemokratischen Terrorismus. Groll war früher, als die „Glasergeltung“ noch in Offenbach erschien, Zentralvorsitzender des Glaserverbandes. Der Berichtstatter der Frankfurter „Volkst- stimme“ gibt folgende Erklärung des Vorganges: Just, gerade zu der Zeit, als ein Bauvorsteher der „teutschen“ Turner durch ein Zirkular die Mitglieder aufforderte, Spitzeldienste zu verrichten, haben die teutschen Turner Wiesbadens beim Magistrat und den Stadtverordneten um eine Unterstützung zur Feier ihres 60jährigen Bestehens nachgesucht, trotzdem dieser Verein 100 000 M. Vermögen an „Arbeitergroßen“ zusammengespart hat. Als dieses Gesuch in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stand, hielt Groll es für notwendig, zu erklären, daß er gegen die Bewilligung nichts einzuwenden habe. Er stimmte denn auch für den Magistratsantrag, obgleich kurz vorher derselbe Magistrat für die Unterstützung der Walderholungsstätte nichts übrig hatte. In derselben Sitzung griffen bürgerliche Abgeordnete wegen im Krankenhaus vorgelommener Ungehörigkeiten die Verwaltung scharf an. Einmal handelte es sich um eine schwache Frau, zum anderen um einen am Bahnhof- neubau durch Unfall getöteten Italiener, den man so, wie er ins Kran- kenhaus eingeliefert wurde, beerdigt hat. Die Aufregung in der Stadt über diese nicht zu vernachlässigenden Fälle war so groß, daß die Tagespresse sich schon aus der Stadtverordnetenversammlung mit diesen An- gelegenheiten beschäftigte. Die bürgerlichen Stadtverordneten nahmen sich der Frauen mit Wärme an, während Groll es vorzog, zu schweigen. Für den, der wußte, daß Groll in der Krankenhaus- deputatur war — also schon vorher die Sache hätte ansprechen müssen — war das Rätsel gelöst.

Vorans zu ersehen ist, daß unsere Wiesbadener Genossen sehr wohl getan haben, wenn sie gegen diese Art von Tätigkeit pro- testierten und daß Groll Ursache hat, wenn er darob grübelte.

Die Finanzen der amerikanischen Genossen. Der Nationalsekretär in Chicago berichtet, daß im Monat Juli 1906 die Einnahmen aus 36 Staaten, wo eine Parteioorganisation besteht, sich auf 1297,35 Dollar belaufen, aus unorganisierten Gebieten 74,70 Dollar, zusammen also an Beiträgen 1372,05 Dollar; insgesamt (mit Sammlungen, aus Literaturverkäufen etc.) betragen die Einnahmen 2227,91 Dollar, denen Ausgaben im Betrage von 2158,49 Dollar gegenüberstehen. Am 1. Juli war der Kassenbestand 57,41 Dollar, somit blieb am 1. August ein Bestand von 129,83 Dollar. Unter den Ausgaben für Monat Juli stehen verzeichnet die Gehälter von sieben Parteibeamteten mit 541 Dollar und Entschädigungen an dreizehn Agitationsrednern mit 465,83 Dollar.

Die meisten Parteibeiträger lieferte New York mit 150 Dollar, dann Wisconsin mit 140 Dollar, Illinois mit 111 Dollar, Massachusetts mit 100 Dollar. Die übrigen Staaten lieferten weniger als 100 Dollar, darunter am meisten Kalifornien mit 80 Dollar, Pennsylvania mit 75 Dollar, Ohio mit 68 und Missouri mit 60 Dollar; den kleinsten Beitrag lieferte Vermont mit 2 Dollar. (Der Monatsbeitrag beträgt 25 Cent, also 1 Pf. für jeden Genossen, davon geht ein Teil an die Nationalkasse und der Rest ist für die Lokalasse.)

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheid der Presse. In dem Paul Geldstrafe verurteilte das Dessauer Schöffengericht den Genossen Paulik vom „Volkst- blatt für Anhalt“ wegen Verletzung eines Schutzmanns. Es war behauptet worden, daß der Genosse einen Streifenhand bedroht habe, wenn er nicht die Arbeit aufnehme. Es stellte sich aber heraus, daß der Arbeiter gelogen hatte, um seinen Streikbruch zu beschönigen.

Ebenfalls 10 M. Geldstrafe sind dem Genossen Weismann als Redakteur des „Karlstrüher Volksfreund“ judiziert worden, weil er eine ihm von einer Arbeiterorganisation eingesandte Verichtigung einen oder zwei Tage zu spät aufgenommen hatte.

Korrigierte Justiz. Das Amtsgericht Weimar hatte sich ge- weigert, die Volkshaus-Gesellschaft Weimar ins Ge- nossenschaftsregister aufzunehmen. Die Beschwerdeinstanz, das Land- gericht Weimar, hat nun die Eintragung angeordnet.

Aus Industrie und Handel.

Die Textilindustrie und die soziale Frage.

Unter vorstehender Stichmarke bespricht die „Finanz- und Handels- Revue“ die riesenhafte industrielle Entwicklung und sagt dazu u. a.: Es kann indes keineswegs behauptet werden, daß der fortgeschritte industrielle Aufschwung, d. h. das rasanteste Ansteigen der Produktions- ziffern und selbst der Absatzziffern unter allen Umständen gleich- bedeutend ist mit der wirtschaftlichen Prosperität der Völker. In dem überhitzten Tempo, welches die Industrialisierung allüberall ein- geschlagen hat, wird die Prosperität der Industrie allzu häufig mit der Prosperität der Völker identifiziert, was nicht ganz ohne Ein- schränkung als richtig anerkannt werden kann. Die Industriali- sierung der Welt, die vollendetste technische Technik, das gigan- tisch entwickelte Verkehrswesen hat es allerdings bewirkt, daß selbst der allerleinsten Mann, daß das Gred der arbeitenden Klassen ge- wisse Kulturbedürfnisse zu recht wohlhabenden Bedingungen zu be-

Mildernde Umstände für einen Wäfting.

Wegen einer groben sittlichen Entgleisung hatte sich gestern der... wegen einer groben sittlichen Entgleisung hatte sich gestern der... wegen einer groben sittlichen Entgleisung hatte sich gestern der...

Zwei Fälle der Leichenbederlei beschäftigten gestern fast zu gleicher Zeit zwei Strafkammern. Der erste Fall entbehrte nicht eines gewissen humoristischen Reizes. Ein biederer trinkfester Handwerksmeister war aus der Provinz hierher gekommen und hatte die Großstadtluft in vollen Zügen genossen. Er hatte sich kopfüber in den Strudel der Weltstadt gestürzt und war nächstherweise in einem Café der Elbstraße gelandet. Dort lernte er den Reiner Ernst Reissler kennen, der auf die Aufforderung des lebenslustigen Handwerksmeisters sich mit Vergnügen bereit erklärte, diesen auf einer Ausflugsfahrt durch den Tiergarten zu begleiten. Man bestieg eine offene Droschke und fuhr in gehobener Stimmung dem Tiergarten zu. In der Nähe des Bahnhöfes Tiergarten fiel es dem Droschkenkutscher auf, daß zwei Passanten stehen blieben und kopfschüttelnd nach seiner Droschke hinüber blickten. Er machte unwillkürlich eine halbe Wendung nach den Inassen seines Gefährts zu und nahm wahr, daß der vergnügte Meister in festem Schläfe in den Armen seines Begleiters lag und dieser gerade dabei war, ihm die Taschen auszuräumen. Der kluge Kutscher sah, als hätte er gar nichts gesehen, plötzlich jedoch hielt die Droschke vor einem Polizeibureau und hier ließ er den Reissler festnehmen. Der noch immer schnarrende Meister konnte schwer aus seinen Träumen in die rauhe Wirklichkeit zurückgerufen werden. Seine feste Ansicht war, daß ihm ein Schlafpulver gegeben sein müsse, denn es sei noch nie vorgekommen, daß er nach solchem „bischen“ Alkohol in dieser Weise von der Schlafsucht befallen worden sei. Reissler wurde wegen dieser Exzursion in die Taschen seines Nebenmenschen zu sechs Monaten drei Tagen Gefängnis verurteilt. In dem zweiten Falle richtete sich die Anklage gegen den schon wiederholt vorbestraften Maurer Paul Krüger. Dieser hatte in einem Schanklokal die Bekanntschaft eines Maurers Gramm gemacht und wahrgenommen, daß dieser über ein gut gefülltes Portemonnaie verfügte. Er versand es nun mit großem Raffinement, den G. betrunken zu machen, und als er ihn so weit hatte, stahl er ihm in einem Augenblick, als er sich unbedacht währte, sein Portemonnaie mit 45 M. Inhalt. Man hatte ihn aber doch beobachtet und so war es ihm unmöglich, mit seiner Beute zu entkommen. Mit Rücksicht auf seine Vorstrafen wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine sonderbare Pfandverschleppung

machte dieser Tage der Strafkammer in Hannover zu schaffen. Einer Frau war ein Schwein gepfändet, ihr aber einstweilen in Verwahrung gelassen. Gleichzeitig sind ihr aber auch die Kartoffeln gepfändet, mit denen sie bisher das Schwein fütterte. Um nun das Schwein bis zur Versteigerung nicht hungern zu lassen, fütterte sie es von den gepfändeten Kartoffeln. Wegen „Pfandverschleppung“ wurde sie zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Sollte die Frau das Schwein verhungern lassen? Oder sollte es der Gerichtsvollzieher mit auf sein Bureau nehmen? Oder sollte das Schwein bei Gericht intervenieren zwecks Freigabe eines entsprechenden Quantums Futter? Man sieht, so viel Fragen, so viel Schwierigkeiten. Vermunft wird unsinn.

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. August 1906.

Warm und ziemlich heiter bei schwachen südlichen Winden. Etwas Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 15. August. Elbe bei Ruffig - 0,33 Meter, bei Dresden - 1,75 Meter, bei Magdeburg + 0,92 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 1,30 Meter. - Oder bei Rathor + 1,01 Meter, bei Breslau Eberpegel + 4,90 Meter, bei Breslau Unterppegel - 1,02 Meter, bei Frankfurt + 0,66 Meter. - Weichsel bei Stadtmünde + 2,48 Meter. - Warthe bei Polen - 0,02 Meter.

wij brachte diesmal einen Betriebsgewinn von 1 482 000 M. heraus gegen 1 248 000 M. im Vorjahre. - Mit einem Fabrikationsgewinn von 4 454 497 Fr. gegen 4 005 000 Fr. per 1904/05 schließt für das letzte Geschäftsjahr die Akt.-G. Brown, Woberi u. Cie. in Baden (Schweiz) ab. - Valle, Kellering u. Cie. A.-G. in Venrath bringt diesmal bei einem Bruttogewinn von 1 279 863 M. eine Dividende von 8 Proz. heraus.

Aus der Frauenbewegung.

Der internationale Frauenwahlrechtskongreß.

Der Kongreß der internationalen Frauenwahlrechtsvereinigungen, der vom 7. bis zum 12. August in Kopenhagen stattgefunden hat, begann, nach den üblichen Begrüßungsreden und Empfang im Rathaus, mit einer Reihe von Vorträgen über die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts in den verschiedenen Ländern, sowie über die unterdrückte Stellung, unter der die Frauen fast überall zu leiden haben. Besonders starke Wirkung übte ein Vortrag der Russin Olga Wolkenstein, die unter anderem hervorhob, wie die Frauenbewegung in Rußland von der Demokratie und dem Proletariat getragen wird. - Aus Australien berichtete Frau Dobson über die Wirkung, die das Frauenwahlrecht besonders auf die Arbeiterklasse ausgeübt und die Rechtspflege ausgeübt hat. Frau Denison aus Kanada erwähnte, daß in ihrem Heimatlande unterheiratete Frauen und Witwen seit 2 Jahren das kommunale Wahlrecht haben, die verheirateten Frauen aber so gut wie gar keinen Einfluß auf die Kommunen ausüben können. Vor der Auffassung, daß die amerikanischen Frauen den europäischen an Freiheit und Gleichberechtigung weit voraus seien, warnte Anna Shaw, die ehemalige Methodistenpredigerin. In den amerikanischen Staaten herrschen die Männer, sagte sie. Als kürzlich in Oregon Ausdritt vorhanden war, die volle Gleichberechtigung der Frauen durchzusetzen, arbeiteten die riesenstarken Trusts und die kapitalistischen Politiker dagegen und erreichten mittels Fälschung der Abstammung ihren Zweck. Ueber erungene Frauenrechte konnten die Vertreterinnen Norwegens berichten. In diesem Lande haben die Frauen ein fast allgemeines kommunales Wahlrecht und seit dem 1. Januar dieses Jahres sind sie auch als Geschworene in den Gerichten tätig. Aus England sprach eine Sozialdemokratin, Frau Montefiore, die in weiten Kreisen durch ihren Kampf gegen die Steuerbehörden bekannt geworden ist, den sie getreu dem Grundsatz: Ohne Rechte keine Pflichten, durchführte. Ihr Vortrag handelte hauptsächlich von der Teilnahme der Proletarierfrauen am politischen Kampf und von den Pflichten gebildeter Frauen, ihren armen Geschlechtsgenossinnen die frohe Botschaft der Gleichberechtigung zu bringen. Die Vertreterinnen der skandinavischen Länder traten im Laufe des Kongresses zu einer besonderen Sitzung zusammen. Hier sprach auch eine dänische Sozialdemokratin, Frau Andrea Brochmann, die in ihrem Vortrage den Wert und die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation der dänischen Arbeiterinnen betonte, aber auch erklärte, daß die endgültige Befreiung nur auf politischem Wege zu erreichen ist. Daraus, sagte sie, müssen wir mit aller Kraft dafür wirken, daß für alle das allgemeine Wahlrecht durchgeführt wird. - Besondere Aufmerksamkeit erregten selbstverständlich auch die Vorträge der Vertreterinnen Finnlands, der Fräulein Furuhjelm und Dr. Friberg, in deren Land ja das allgemeine staatsbürgerliche Frauenwahlrecht anerkannt ist.

Im übrigen zeigten die Vorträge, die auf dem Kongreß gehalten wurden, wesentlich den Charakter der bürgerlichen Frauenbewegung, und es fehlte auch hier und da nicht an Angriffen auf die Sozialdemokraten, die ja, wenn in einem Lande bei der Wahlrechtsbewegung reaktionäre Politiker plötzlich ein Frauen- oder Damennwahlrecht einführen möchten, nicht besonders begeistert dafür sind und deswegen oft von Frauenrechtlerinnen angegriffen werden.

Den Abschluß der Vorträge bildete eine Rede der deutschen Delegierten Fräulein Lida Heymann gegen die russische Despotie und für den Befreiungskampf des russischen Volkes, die stürmischen Beifall erweckte.

Es wurde dann eine lange Diskussion über Organisationsfragen geführt, wobei auch eine gewisse Bourgeoisucht vor sozialistischen Tendenzen zur Lage trat. Es handelte sich darum, welchen Bedingungen Organisationen entsprechen sollten, um Ausnahme in die internationale Frauenwahlrechtsvereinigung zu finden. Beschlüssen wurde, daß nur Organisationen, die nicht als parteipolitisch oder auf einer bestimmten religiösen Grundlage wirken, aufgenommen werden. Schließlich wurde über ein gemeinsames Organ der internationalen Frauenwahlrechtsbewegung beraten, und beschlossen, daß das Blatt in London unter dem Titel: „The international Record of Women Suffrage“ („Das internationale Archiv für Frauenwahlrecht“) erscheinen soll. Im übrigen wurde die Angelegenheit einem Ausschuß überwiesen.

Ein Teil der Kongreßdelegierten tratteten nach Schluß der Verhandlungen der Redaktion von „Socialdemokraten“ einen Besuch ab.

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Friedrichshagen. Montag, 20. August, 9 Uhr, Restaurant Wilhelmsbad, Seestr. 45. Vortrag. Fräulein Eley: „Kinderarbeit und Kinderlärm“.

Lichtenberg. Montag, 20. August, 8 1/2 Uhr, bei Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5. Vortrag. Dr. Naurenbrecher.

Charlottenburg. Mittwoch, 22. August, 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Hofenstraße 3. Vortrag. Dr. Jabel: „Frauenkrankheiten“.

friedigen Vermag, und insofern kann von einer gewissen Prosperität des Volkes gesprochen werden. Anders verhält es sich jedoch mit der Befriedigung der primären Bedürfnisse der Völker, der Befriedigung des geistigen Ragens der Menschheit. Und da muß man leider konstatieren, daß die rasende Industrialisierung der Menschheit, die Verwohlfheit der menschlichen Kulturbedürfnisse Hand in Hand gegangen ist mit einer erschreckenden Verteuerung aller gastronomischen Genüsse. Während auf allen Gebieten industrieller Produktion im großen und ganzen eine Verwohlfheit der Volksbedürfnisse konstatiert werden kann, ist auf der anderen Seite eine geradezu beängstigende Verteuerung aller Lebensmittel zu beobachten, eine fortschreitende Pauperität der Volksmassen in bezug auf die Ernährung wahrzunehmen, die zu der vielen so bewunderten Prosperität der Industrie im umgekehrten Verhältnis steht. . . .

Es sind also nicht nur die Preise der Lebensmittel enorm gestiegen, einen erheblichen Teil der vielbesagten nominalen Lohnerhöhungen, die gar als Ursache der Preissteigerungen benannt werden, absorbieren allein die riesig gestiegenen Wohnungsmieten. Durch die Preissteigerungen wird der Anteil des Arbeiters am Arbeitsertrage teilweise mehr verflürzt, als er durch Lohnerhöhung ausgeglichen wird. Durch Vermehrung des investierten Kapitals pro Kopf der Arbeiter und durch Steigerung der Zinssrate ist der Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage gemachsen. Die Bestrebungen der Arbeiter, dieses Mißverhältnis durch Lohnsteigerungen zu korrigieren, werden als Gefährdung der nationalen Arbeit verdammt. Verschwinden Forderungen treten die Unternehmer mit der Drohung allgemeiner Aussperrung entgegen. Wie gemeingefährlich solches Treiben ist, mögen einige Ziffern belegen. Der zum Konzern Gelsenkirchen-Schalker Rote Erde gehörende Kachener Hütten-Altienverein hat seinen Betrieb zum Teil eingestellt, weil ein kleiner Teil der Belegschaft Lohnerhöhung verlangt. Angeblich ist man nicht in der Lage, die Forderung zu bewilligen. Welchen Gewinn das Kachener Unternehmen einfachte, teilten wir schon mit, es wurden zum Beispiel in den Jahren 1904 und 1900 rund 600 resp. 945 M. Reingewinn pro Kopf der Beschäftigten herausgeschlagen. Die Gelsenkirchener Gesellschaft bleibt hinter diesen Ziffern nicht zurück, sie erzielte pro Kopf der Arbeiter im Jahre 1905 die Kleinigkeit von 1121 M. und im Jahre 1900: 1080 M. Ueberschuß, und der Schalker Verein brachte es auf 992 resp. 1050 M. pro Arbeiter. Das in Altien-gesellschaft in deutschen Bergbau investierte Kapital erzielte im Jahre 1889 eine Durchschnittsdividende von 5,63 Proz., im Jahre 1900 aber 14,62 Proz. So beutet das Kapital die Arbeiter aus und hindert sie am sozialen Aufstieg.

Kohlenproduktion im Ruhrrevier. Aus dem Bericht des Vorstandes des Kohlenyndikats seien folgende Zahlen für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1906 hervorgehoben, wobei zu bemerken ist, daß sich die Vergleichszahlen auf 1904 beziehen, weil das Jahr 1905 wegen des Bergarbeiterstreiks keine Vergleichszahlen bietet. Es betragen

Table with 3 columns: Item, 1904, 1906. Rows: der rechnermäßige Absatz (Tonnen), die Zahl der Arbeitstage, arbeitsmäßige Förderung (Tonnen).

Demnach stieg die Förderung absolut um 5 308 811 Tonnen oder arbeitsmäßig um 15,75 Proz. Es ist nur zu bedauern, daß das Syndikat bei solchen Ausweisen stets - vergißt, die Belegschaftsstärke anzugeben. Es fürchtet wohl, durch solche Angabe allzu sehr mit der zu nicht unbekanntem Zweck immerfort ausgestreuten Behauptung von der Leistungsverminderung der Belegschaften in Widerspruch zu geraten. - Trotz der bis auf äußerste forcierten Förderung wurde aber doch die Beteiligungsziffer nicht erreicht.

Von der Beteiligung mit 44 145 559 (42 000 012) Tonnen wurden abgesetzt 86,02 (77,67) Proz.; davon entfallen auf Selbstverbrauch für Heizenbetriebszwecke 4,30 Proz. und Selbstverbrauch für Hüttenwerke 10,40 Proz., arbeitsmäßig 15,73 Proz. Der Versand einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferung der Hüttenzwecke an eigene Hüttenwerke betrug an Kohlen 30 903 821 Tonnen, an Koks 8 142 284 und an Brissetts 1 442 436 Tonnen (resp. arbeitsmäßig 177 864 bzw. 46 862 bzw. 8 302 Tonnen). Der arbeitsmäßige Gesamtversand stieg gegen 1904 in Kohlen um 10,12, in Koks um 38,00 und in Brissetts um 29,84 Proz., in Summa um 15,58 Proz. Der arbeitsmäßige Versand für Rechnung des Syndikats stieg in Kohlen um 14,05 Proz., in Koks um 47,11, in Brissetts um 37,86 Proz., in Summa um 20,34 Proz. Die Förderung stellt sich auf 44 445 447 Tonnen (arbeitsmäßig 255 801), gegen 1904 mehr 14,69 Proz. Die nach Koks aller Sorten herrschende Nachfrage konnte trotz der großen Produktion nicht voll befriedigt werden. Die Brissettsfabriken vermochten der lebhaften Nachfrage nicht zu genügen. - Für das dritte Vierteljahr 1906 wurde die Umlage für Kohlen auf 6, für Koks auf 9 und für Brissetts auf 4 Proz. festgesetzt. Ferner ist beschlossen worden, für das vierte Vierteljahr 1906 die Beteiligungssantelle für Kohlen auf 95 Proz., für Koks auf 95 Proz. und für Brissetts auf 90 Proz., d. h. auf der bisherigen Höhe zu belassen. Ferner genehmigte die Versammlung die Erweiterung des Kohlenlagerplatzes bei Mannheim.

Ueberschüsse. Einen Ueberschuß von 4 826 220 M. erzielte der Eschweiler Bergwerksverein im letzten Geschäftsjahre. Das Mehr gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres beläuft sich auf 498 087 M. oder fast 13 Proz. - Die A.-G. für Kartonnagenindustrie in Loß-

Bildschön advertisement featuring two women's faces and text: 'ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigen, jugendfrischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und olivend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte: Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden'.

Restaurations advertisement: 'Restaurations zur Radfahrerborse, Schillingstr. 24. Bringe allen Partei-, Gewerkschafts- sowie Bundesgenossen mein Lokal in freundliche Erinnerung. Gute Speisen und Getränke, viele Zeitungen und sonstige Verrichte. Zur geist. Beachtung für Bundesgenossen: Halte sämtliche Zubehörsätze für Fahrräder zu Genossenschaftspreisen vorrätig. Leo Ostrowski, Schillingstraße 24.'

Stettin-Skandinavien advertisement: 'Stettin-Skandinavien vermittelt hochelegant mit allem Komfort eingerichteter Schnelldampfer Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn) jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr. Stettin-Kopenhagen-Gothenburg jeden Dienstag u. Freitag nachm. 2 1/2 Uhr. Prospekt gratis und franko durch 124/7* Gust. Metzler, Stettin P. Del Forenede Dampskibe Selskab Kopenha., en.'

Hüte advertisement: 'Hüte in allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher Dresdenerstr. 100, an der Prisenstr.'

Zentralverband der Maurer Deutschlands advertisement: 'Achtung! Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Freitag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Kellner, Koppenstraße 29: General-Versammlung für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer sowie der Sektion der Buger und der Gips- u. Zementbranche, gleichzeitig d. Gruppe d. Fliesenleger. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Bericht der Statuten-Beratungskommission. 3. Bericht der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der nächsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Der Zweigvereins-Vorstand. J. K.: Emil Thöns.'

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands advertisement: 'Vereinigung der Zimmerer Deutschlands. Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. I. Fernsprecher: Amt III Nr. 5028. Sonntag, 19. August, vormittags 10 Uhr, in den „Industriesälen“, Venthstr. 20: Mitglieder-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Die Vereinigung der Zimmerer Deutschlands und die Sozialdemokratie. Referent: Ramecab Th. Fischer. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 257/20. Der Vorstand. J. U.: Albert Juppenslatz.'

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9579.

Sonntag, 19. August, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolver-Dreher

(Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) im gr. Saale des Vereins Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

1. Branchen-Angelegenheiten. 2. Die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes. Referent: Kollege Cohen. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Infolge der Wichtigkeit dieser Tagesordnung erwarten wir von unseren Kollegen, daß sie pünktlich ammelnd sind. Die Kollegen werden ersucht, sich rechtzeitig mit ihren Mitgliedsbüchern zu versehen, da diese zur Legitimation vorgezeigt werden müssen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Sonntag, 19. August, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg.

im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Maurenbrocker über: „Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Sie erwarten, daß die Kollegen die Versammlung pünktlich und zahlreich besuchen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß diejenigen Betriebe, wo kein Vertrauensmann ist, in dieser Versammlung anzumelden sind. 152/2 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Zementierer.

Sonntag, den 19. August, vorm. 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Wih. Niehke über: „Erziehung zum Sozialismus.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 146/13
Zahlreichen Besuch erwartet Der Gruppenvorstand.

Zentralverband der Asphaltarbeiter, Pappdachdecker usw.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 19. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen G. Link: „Das Alter- und Invaliden-gesetz.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 206/19
Es ist Pflicht aller Asphaltarbeiter usw., pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. D. 89.)

Sonabend, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 100/2
Der Vorstand.

Zentralverband des techn. Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonabend, 18. August, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 190/7
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirrbrennerei: Mittwoch, den 22. August.
- Treibriemenbranche: Sonnabend, den 18. August.
- Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 23. August.
- Militärbranche: Sonnabend, den 18. August.
- Pinoseumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 23. Aug.
- Wagenbranche: Mittwoch, den 22. August.
- Eisenmöbel-Branche: Mittwoch, den 22. August.
- Sektion Charlottenburg: Montag, den 20. August.

Zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen erwartet Die Ortsverwaltung.

Veranlaßt durch die in letzter Zeit sehr oft vorkommenden Klagen über ganz minderwertige Nachahmung des

Dänischen Kapitän-Kautabak

welche ich darauf hin, daß derselbe nur echt ist, wenn in jedem Stück 15 u. 10 Pf. Rollen oder Schließen der Zettel liegt mit Aufschrift:

Dänischer Kapitän-Kautabak (gefehl. gef. gef. gef.)
Gen.-Vertr.: C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112, Amt 7, 3861.
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.



EMMLER'S Möbel-Fabrik mit elektr. Betrieb

S. Kottbuser Damm 25-26.

ERÖFFNUNG

Sonnabend d. 18. August
— Vorm. 9 Uhr. —

Ständige Ausstellung von ca. 150 Musterzimmern in 7 Etagen komplett aufgestellt.

5000 qm. Lager- und Fabrikräume.

Außerordentliche General-Versammlung

der Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse

Nr. 55

zu Berlin, am Sonnabend, den 25. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Lindenstraße 19.

Tages-Ordnung:

Beschlußfassung über die Verfügung des königl. Polizei-Präsidenten vom 26. Mai d. J., betreffend die Erhöhung der Beiträge zur Kranken-Unterstützungskasse. 6755
Das grüne Buch legitimiert.

Der Vorstand.

Bekanntmachung

der

Orts-Krankenkasse

für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin.

Die von der Generalversammlung vom 30. April 1906 beschlossene dritte Abänderung zum Statut — die letzten Teile des letzten Absatzes in § 54 des Statuts, die lauten:

„... ebenso bedarf der Beschluß der Generalversammlung in den unter Ziffer 11 genannten Fällen zu seiner Rechtsgültigkeit der Zustimmung der Ausschüsse“ werden gestrichen —

hat durch Beschluß vom 21. Juli d. J. die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten. 276/10

Der Vorstand.

Emil May, Hugo Philippsohn, stellvert. Vorsitzender. Schriftführer.

Hasselwerder

mit Albert Scheruch

Nieder-Schöneweide.

Sonntag, den 18. August 1906:

Mondscheinfahrt mit Musik

(3 Riesen-Salondampfer)

veranstaltet von der Kapelle des Musikdirektors Herrn Mau.

Sommernachts-Ball

mit Kapellbegleitung Orchester.

Kadelpalast. Verlosung. Reenbaste Beleuchtung des ganzen Abends.

Abfahrt v. d. Michaelstraße 9 1/2 Uhr.

Fahrtpreis 50 Pf. — Eintritt frei.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 19. August.

1. und 2. Abt. vormittags 7 Uhr, Schmitzplatz. Nachmittags 1 Uhr Familien-tour nach Baumhuldenweg (Speers Festsäle). Beide Startis Gneisenaustraße-Kaiser Friedrichplatz. Bei schlechtem Wetter per Bahn.

3. Abt. Sonnabend abends 6 und 9 Uhr nach Lindenwalde (Kuhstall-Bahn 9^u und 9^u). Nachm. 1 Uhr nach Kauschangswerder. Startis Mariannenplatz.

4. Abt. früh 6 Uhr nach Hirsenswalde (Schloßkeller). Nachm. 1 Uhr nach Hirsenswinkel. Startis Küstriner Platz.

5. Abt. früh 7 Uhr nach Grünheide. Nachm. 2 Uhr Familien-tour nach Herdebusch. Startis Klitzing.

6. Abt. früh 7 Uhr Familien-tour nach Hirsenswalde (Schloßkeller). Startis Oberbergerstr. 30 (Genossenschaft).

7. Abt. nachm. 1 Uhr nach Bichelswerder (Freund). Startis Kölliner Hof.

8. Abt. früh 5 Uhr nach Heidebühl. Startis Dönhofsbrücke. Nachm. 1 1/2 Uhr nach Kauschangswerder. Startis Klitzingstr. 22.

9. Abt. nachm. 1 1/2 Uhr nach Saarländchen. Startis Schillingstraße 22.

Montag, den 20. August:

Vorstandssitzung b. Lorenz, Markgrafstr. 83.

Am Sonnabend, den 18. August,

feiert der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Express-Johannisthal (Mitgl. des Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität“)

sein I. Stiftungsfest in Krügers Lokal, Johannisthal, Friedrichstraße 10, verbunden mit gr. Reigen-fahren mehrerer Vereine. Kunst-reigen. Derjenige Bruderverein, welcher imstande ist, diesen Kunstreigen nachzusetzen, erhält ein Präsent.

Diesem ladet ein

Der Vorstand.

27/6

Fahrräder! Billig!

24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

Willi Hausscherr

Indre 127, Alte Jambouren 12.

Glänzende Existenz.

Bislich soliden und nächsten

Schlössern und Kontoren etc. geben

mir schon bei geringer Anzahlung

Motorrollwagen, erstklassige Karren.

Am besten übernehmen 2 Reflektanten

einen Wagen.

Berliner Automobils- u. Industrie-

Gesellschaft m. b. H. W., Uhlandstr. 170

Wandb.-Hof 3, per 1.10. 1906

Wohnung, 21 u. 22, 50 M., Stad. I.

Reichenweg 12, H. Bohn, jr. Tel. 51.

Zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Hamburg, 16. August.

Lebhaft erörtert werden die von mehreren Orten gestellten Anträge, daß Mitglieder des „freien Verbandes“ keinem bürgerlichen Wirtvereine angehören dürfen.

Zu der Donnerstagssitzung wird in der Beratung der zum Statut gestellten Anträge fortgefahren.

Zu § 2 wird beantragt, die Worte, daß nur organisierte Parteigenossen Mitglieder werden können, zu streichen.

Der Paragraph bleibt in seiner jetzigen Fassung.

Beantragt wird die Erhöhung des Monatsbeitrages von 1 M. auf 1,50 M.

Beschlossen wird die Erhebung eines Beitrages von 1,25 M. unter Beibehaltung des Quartalsbeitrages für Familienunterstützung.

Angenommen wird ferner ein Antrag Berlin: Der Vorstand ist ermächtigt, im Interesse des Verbandes an Kollegen, welche ohne Verschulden in Not geraten sind oder einen Unfall erlitten haben, eine Unterstützung bis zu 100 M. zu bewilligen.

An Sterbegeld sollen 50 M. gezahlt werden, steigend jährlich um 25 M. bis zum Höchstbetrage von 500 M., so daß nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft der Höchstsatz erreicht wird.

Um eine Einschränkung der Delegiertenzahl, der hohen Kosten wegen, zu erzielen, wird beschlossen, daß nur auf je 100 Mitglieder (bisher 60) ein Delegierter entsandt werden darf.

Die Diäten werden auf 12 M. pro Tag festgesetzt. Zur Deduktion der Kosten des Verbandstages soll fortan ein Extrabeitrag von 1 M. pro Jahr erhoben werden.

Frauen verstorbenen Mitglieder, welche das Gastwirtsgeerbe weiter betreiben, steht die Verechtigung zur Mitgliedschaft zu, sofern der monatliche Beitrag gezahlt wird.

Von den zu Punkt „Presse“ gestellten Anträgen gelangen zur Annahme:

„Das Verbandsorgan erscheint nach wie vor alle 14 Tage. — Der Redakteur erhält eine monatliche Entschädigung von 100 M. für Mitarbeit werden pro Monat 100 M. bewilligt.“

Zum „Rechtsschutz-Reglement“ wird ein Antrag angenommen, daß gegen ablehnende Entschiede der Rechtsschutzkommission Beschwerde erhoben werden kann, und zwar bei der Kreisverwaltung bezw. beim Vorstand und Ausschuss und in letzter Instanz bei der Generalversammlung.

Das Vorgehen der Berliner Gastwirte in der Weißbierfrage wird gutgeheißen.

Beschlossen wird, das neue Statut am 1. September d. J. in Kraft treten zu lassen.

Der nächste Verbandstag findet in Gera statt.

Die Wahl des Vorsitzenden fällt, nachdem Ewald auf eine Wiederwahl verzichtet, auf Litsin-Berlin, während Ewald zum Redakteur gewählt wird.

Da R. Fischer-Berlin zum Verbandsbeamten des Arbeiter-Ladefahrerverbandes gewählt ist, kann er den Posten eines Haupt-Ladefahrers nicht beibehalten.

Gewählt wird Giente-Berlin als Hauptkassierer.

Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Hamburg.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

Litsin und Ewald richten ermunternde Worte an die Delegierten, als Verbands- und Parteigenossen stets ihrer Pflichten eingedenk zu sein, worauf mit einem Hoch auf den Verband die Generalversammlung geschlossen wird.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlung! Parteigenossen von Karlshorst. Der Bezirk Karlshorst (Wahlverein Friedrichsfelde) feiert am Sonnabend, den 18. August, im Lokale des Herrn C. Grün, Prinz-Walderstraße, Restaurant „Fürstendab“, sein erstes Stiftungsfest.

Willeit a Person 40 Pf. sind beim Genossen M. Richter, Trede-Kotow-allee 63, Zigarenhandlung, zu haben.

Reuehagen a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 19. August, nachmittags 4 Uhr, findet bei A. Wünsche, Bahnhofsstraße, die Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin. 2. Beschlußfassung über eigenen Vertrieb der Parteiliteratur. 3. Vereinsangelegenheiten. — Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Wahlvors a. d. Ostbahn. Die Wahlvereinsversammlung findet am 18. August, abends 8 Uhr, im Lokal von Bernice statt. Um zahlreiche Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Kirchenbau-eifer — ein Vorbild!

Eine Kirchenbauerei en gros wird für den nördlichen Teil der Schönhauser Vorstadt geplant. Die Gethsemanegemeinde, die das Gebiet südlich und nördlich des Ringbahnhofs „Schönhauser Allee“ umfaßt, soll in vier Teile zerlegt werden, so daß dort noch drei neue Gemeinden entstehen und drei neue Kirchen zu bauen wären.

Begründet wird dieser Gemeindeabtrennungs- und Kirchenbau-eifer mit der raschen Vermehrung der Seelenzahl, die in der Gethsemanegemeinde in den letzten Jahren wegen der flott fortschreitenden Bebauung ihres bisherigen Gebietes eingetreten sei.

der Kirchengemeinden Berlins übertroffen. Doch das alles ist für die Frommen kein Grund, mit der Kirchenbauerei dort noch ein Weilchen zu warten und sich weiter mit der einen Kirche und ihren fünf Geistlichen zu behelfen, die bisher vollständig ausgereicht haben.

Der Eifer ist so groß, daß man mit dem Bau der neuen Kirchen schnellstens beginnen möchte. Auf Interimskapellen, wie sie zuweilen errichtet worden sind, um provisorisch dem „kirchlichen Notstand“ abzuhelfen, will man hier verzichten, damit nur ja nicht die Entwicklung der abzutrennenden neuen Gemeinde verzögert werde.

Wenn die Schulverwaltung unserer Stadt nur halb so schnell an die Vermehrung der Gemeindeforschulhäuser herangehen wollte, wie die kirchlichen Körperschaften an die Vermehrung der Kirchen, dann würden wir in Berlin sehr viel weniger über Schulnot zu klagen haben.

Ueber die geistliche Tätigkeit hinter Kerlermauern hatten wir kürzlich an der Hand eines vom Superintendenten Hädrich erstatteten Epythoralberichtes referiert und uns gestattet, an diesen Bericht einige Bemerkungen zu knüpfen über die Selbsttätigkeit der Gefängnisgeistlichen über ihre Erfolge, und waren gleichzeitig der Meinung entgegengetreten, als ob durch zwangsweise Erfüllung der Gefängnisinassen mit Religion eine Entförmung der Gefängnisse herbeigeführt werden könnte.

Der „Vorwärts“ brachte vor einigen Tagen häßliche Bemerkungen über die Gefängnisfürsorge. Ich unterhandelte mit einem Gefängnisfürsorger, ob man nicht gegen den Artikel durch Vorführung von Tatsachen vorgehen solle. Er widerriet entschieden. Die Seelsorge in Gefängnissen eigne sich nicht zu öffentlichen Darstellungen.

Der Hinweis, daß ein Strafanstaltsgeistlicher einen Roman geschrieben hat — Sped hat übrigens mehrere geschrieben — hat mit Gefängnisfürsorge an sich nichts zu tun und beeinträchtigt die von uns gemachten Bemerkungen nicht im geringsten.

Unser Kollege war den ersten Sonntag im Gefängnis. Da kam des Morgens der Aufseher zu ihm und fragte, ob er mit zur Kirche gehen wolle. Die Antwort lautete dahin: Wenn damit nicht die Verpflichtung verbunden sei, ständig die Kirche zu besuchen, so wolle er einmal mitgehen und zwar nur zu dem Zweck, die Einrichtungen der Kirche, die er bisher nur aus Krohnes Lehrbuch für Gefängnisförmde bildlich kannte, persönlich zu beaugenscheinigen.

Unser Kollege: „Ich bin gefragt worden, ob ich die Kirche besuchen wolle. Da habe ich dem Aufseher gesagt, daß ich das erste Mal einmal mitgehen möchte, um mich über die inneren Einrichtungen derselben zu informieren.“

Unser Kollege: „Ich bin gefragt worden, ob ich die Kirche besuchen wolle. Da habe ich dem Aufseher gesagt, daß ich das erste Mal einmal mitgehen möchte, um mich über die inneren Einrichtungen derselben zu informieren.“

Unser Kollege: „Das ist richtig, man soll der Erbauung wegen in die Kirche gehen. Für mich aber war die Besichtigung der einzige Grund. Und da das nicht angängig ist, wie mir schon der Aufseher sagte, so war damit die Sache für mich erledigt.“

Unser Kollege: „Das ist richtig, man soll der Erbauung wegen in die Kirche gehen. Für mich aber war die Besichtigung der einzige Grund. Und da das nicht angängig ist, wie mir schon der Aufseher sagte, so war damit die Sache für mich erledigt.“

Darauf wurde der geistliche Herr etwas erobst und meinte streng und kurz: „Dann brauchen Sie auch kein neues Testament und Gesangbuch in der Zelle, ich werde es herausnehmen lassen.“ Unser Kollege erklärte, ihm lägen die Bücher durchaus nicht im Wege.

Zur Ehre des zweiten in dem betreffenden Gefängnis damals amtierenden Geistlichen muß gesagt werden, daß derselbe ein sehr leutseliger, gutmütiger Herr ist, der sich allgemeiner Beliebtheit und Hochachtung erfreut. Das Benehmen des oben näher geschilderten geistlichen Herrn war für unseren Kollegen allerdings das einzige, über das er während seiner langen Haft klagen konnte.

Unser Kollege: „Das ist richtig, man soll der Erbauung wegen in die Kirche gehen. Für mich aber war die Besichtigung der einzige Grund. Und da das nicht angängig ist, wie mir schon der Aufseher sagte, so war damit die Sache für mich erledigt.“

Unser Kollege: „Das ist richtig, man soll der Erbauung wegen in die Kirche gehen. Für mich aber war die Besichtigung der einzige Grund. Und da das nicht angängig ist, wie mir schon der Aufseher sagte, so war damit die Sache für mich erledigt.“

Nach einer amtlichen Zählung ist auf dem Potsdamer Platz ein täglicher Verkehr von über 20000 Fahrwerken ohne Straßenbahnen festgestellt. Am größten ist der Verkehr in den drei Nachmittagsstunden von 4 1/2—7 1/2 Uhr, in dieser Zeit sind 5—6000 Fahrwerke gezählt worden.

Ueber die fortwährenden Budeleien in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen von Berlin ist schon oft gesagt worden. Leider nehmen diese Budeleien eher zu als ab. Diese Zunahme ist schon durch den Umfang der vielen Leitungen, die von Jahr zu Jahr Aufnahme finden, begründet.

Die Wählerliste ist in der Zeit, wo sie öffentlich ausgelegen hat, von 3650 Personen eingesehen worden. Einsprüche sind von 36 Personen erhoben, in der Mehrzahl von solchen Personen, die als Schlafburden angemeldet sind, aber angeben, daß sie nicht „Schlafburden“, sondern „Chambregarnisten“ sind.

Im Streite erschlagen. Die 33 Jahre alte aus Lissa gebürtige Tischlerfrau Katharine Seiffert geborene Michalowitz, die in dem Hause Straßmannstraße 16 die Försterstelle versieht, geriet gestern vormittag mit einer Hausgenossin, der 23 Jahre alten unberechtigten Ida Schieritz aus Nieder-Waltersdorf wegen der Kinder in Streit.

Vor den Augen des Vaters totgefahren. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich gestern in der Sponholzstraße. Der Milchhändler A. Sponholz, 20 wohnhaft, war mit seinem Söhnchen auf dem Heimweg begriffen und in der Nähe des Wohnhauses rief sich der Knabe plötzlich von der Hand des Vaters los und eilte auf den Straßendam. Dabei geriet das Kind unter einen mit Sand beladenen Lastwagen, wurde umgerissen und das Hinterrad ging ihm so unglücklich über den Kopf hinweg, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat.

Eine achttjährige Lebensretterin. Seltene Geistesgegenwart zeigte die achttjährige Tochter des Bauerngutsbesizers Otto S. aus dem Nachbarorte Melchow. Am Dorfteich hatten eine Anzahl Kinder gespielt und dabei war ein Kinderwagen, in dem sich ein Säugling befand, in den Teich hineingerollt und umgestürzt. Das Kind wurde unter den Wagen geworfen und hätte zweifellos ertrinken müssen, wenn es nicht durch die achttjährige S. gerettet worden wäre.

Die Diebstähle von Fernsprechröhren sind eine ärge Plage des wichtigen Verkehrsbezuges. Besonders in den Vororten folgt Haß auf Haß. So werden jetzt gleich zwei Diebstähle aus der Umgebung Berlins auf einmal gemeldet. In der Nacht vom 12. zum 13. August sind aus der Fernsprechklinie hinter der Bienenbrauerei Hohenpöschhausen nach dem Wirtshaus am Oraniensee an den Holzstangen 8 bis 12 drei, z. T. vier Fernsprechröhrenleitungen gestohlen worden. Entwendet sind rund 15 Kilogramm Bronzeblech in der Stärke von 1 1/2 Millimeter und im Werte von etwa 22 M. In der Nacht vom 14. zum 15. August wurde dann aus der Fernsprechklinie am Spandauer Schiffahrtskanal im Amtsbezirk Tegel zwischen den Stangen 109 bis 112 Bronzeblech gestohlen. Der Draht hatte hier zum Teil als Fernleitung einen Durchmesser von 4 Millimeter, zum Teil einen solchen von 1 1/2 Millimeter. In beiden Fällen hat der kaiserliche Ober-Postdirektor Weheimer Oberpostamt Vorbeck wieder je eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Zwei gefährliche Brände beschäftigten die Feuerwehr gestern nachmittag. In der Kleinen Andreasstr. 11 hatte sich ein Fosten Benz in einer Drogerie entzündet und in der Hopernikusstraße 2 ging gleichzeitig eine große Laube in Flammen auf. Die Wehr hatte längere Zeit Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Eine Person erlitt schmerzhaften Brandwunden an den Händen und am Kopfe und mußte von den Samaritern verbunden werden.

Ein Kinderfest.

Für Unterhaltung und Belustigung der Kinder wird wohl bei jedem Volksfest gesorgt. Aber was da für die Kinder getan wird, ist in der Regel nicht mehr und kann noch Lage der Verhältnisse nicht mehr sein, als eben nötig ist, um solche Eltern, die nun einmal nicht ohne ihre Kinder ausgehen können, zur Teilnahme am Fest zu veranlassen. Anders war es bei dem Kinderfest, welches der Verein freier Kindergärten am Mittwoch im „Klostergarten“ (Waldensee) veranstaltete. Das war ein Kinderfest im wahren Sinne des Wortes, denn hier handelte es sich ausschließlich darum, den in großer Zahl in Begleitung der Mütter erschienenen Kindern einen fröhlichen, sonnigen Nachmittag zu bereiten und das ist den Veranstaltern des beschriebenen Festes gelungen. Die Kleinen unterhielten sich vorzüglich bei den sinnigen Fröhelschen Spielen, die unter der Leitung geschulter Kindergärtnerinnen veranstaltet wurden. Man nahm sich mit aller der liebevollen Hingabe, welche dem Geiste Fröhels entspricht, der Kinder an und bereitete ihnen dadurch einige Stunden ungetrübter Freude.

An die Eltern wandten sich die Veranstalter des Festes mit einer kleinen Ausstellung Fröhelscher Kinderarbeiten und einem kurzen Vortrage des Genossen Göhre, wodurch den erwachsenen Festteilnehmern die Tendenz der Fröhelschen Ideen im allgemeinen und des Vereins freier Kindergärten im besonderen nahegebracht werden sollte. Der Verein hat den zwei Kindergärten einzurichten, in denen noch nicht schulpflichtige Kinder vom dritten Lebensjahre an, unter Ausschluß religiöser oder politischer Beeinflussung nach modernen Erziehungsgrundsätzen herangebildet werden sollen.

Ein nach diesen Grundsätzen geleiteter freier Kindergarten besteht schon seit einigen Monaten in Charlottenburg. Der Verein beabsichtigt, einen zweiten freien Kindergarten in Moabit einzurichten. Um die Bevölkerung dieses Stadtteils mit den Bestrebungen des Vereins bekannt zu machen, ist das Kinderfest im „Klostergarten“ abgehalten worden. Der Erfolg zeigte sich unter anderem darin, daß sich eine Anzahl der Festteilnehmer in den Verein aufnehmen ließen.

Im Wintergarten findet am Sonnabend die Eröffnungsvorstellung statt.

Treptow. Am Freitag, den 17. August, findet abends 8 Uhr ein eingeleiteter Vortrag auf der Treptow-Sternwarte über „Die Bewohnbarkeit der Welten“ statt. — Am Sonntag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, spricht Herr Direktor Archenholz über „Die Eroberung des Kosmos“, um 7 Uhr über „Kometen und Sternschnuppen“; Montag, abends 9 Uhr, über „Die Bedeutung der Astronomie für Staat und Kultur“. — Mit dem großen Fernrohr wird jetzt am Tage Venus und Sonne und abends sofort nach Eintritt der Dunkelheit Saturn beobachtet.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht wurde der 16. Zug nach dem Gesundbrunnen gerufen, wo in der Sadstr. 49 Feuerlärm entstanden war. Dichter Qualm füllte das Haus, der nicht abgog. Ein Brand war aber nicht zu ermitteln. Durch Unvorsichtigkeit entstand in der Steinmehltr. 55 ein Brand auf einem Gängeboden. Petroleum u. a. brannten dort. Gestern früh um 6 Uhr mußte in der Eßasserstr. 49 ein Feuer gelöscht werden, das durch Entzündung von Kohlen ausgekommen war. Benzin brannte in der St. Frankfurterstr. 72. Die Gefahr konnte zum Glück bald beseitigt werden. Ferner wurde die Wehr nach der Warkauerstraße 25 und der Ede Zimmer- und Jerusalemstraße alarmiert. Außerdem wurden noch mehrere Porphyrbrände gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Bau der neuen Eisenbahnbrücke in der Hauptstraße am Friedenauer Ortsteil hat in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht. Die alte Brücke, die schon lange als ein Hindernis für den Verkehr in der dortigen Gegend empfunden worden ist, soll durch eine im bedeutend erweiterten Maßstabe angelegte ersetzt werden. Die Maurerarbeiten gehen bereits ihrem Ende entgegen, so daß in nächster Zeit mit der Montierung des Eisenbauwerkes begonnen werden kann. Ueber die neue Brücke werden dann nicht nur die Gleise der Ringbahn geführt, sondern auch die zahlreichen Schienenstränge des vollständig umgestalteten Güterbahnhofes Wilmersdorfer-Friedenau, der nach Osten bis über die Hauptstraße hinaus eine ganz erhebliche Vergrößerung erfahren wird. Nach Fertigstellung der neuen wird die alte Brücke abgerissen werden. — Etwas langsamer geht es mit der Unterführung der Gothenstraße, da der Bahnverkehr in keiner Weise unterbrochen werden soll. Aber auch hier sieht man ein stetiges Fortschreiten der Arbeiten. — Auch mit dem Umbau der Sedanbrücke im Zuge der Kolonnenstraße wird in nicht zu ferner Zeit der Anfang gemacht werden. Bei dem Bau der alten Brücke ist in keiner Weise auf die Entwicklung Schönebergs Rücksicht genommen, und daher kam es, daß dieselbe in ganz ungenügendem Maße den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen konnte.

Eine Ausstellung wird Schöneberg auch im kommenden Jahre erhalten und zwar eine Armee-, Marine- und Kolonial-Ausstellung. Dieselbe wird auf dem von der landwirtschaftlichen Ausstellung benutzten Gelände errichtet werden. Der Magistrat hat bereits seine Zustimmung erteilt.

Pankow.

Ueber eine wüste Gegend, die polnische Arbeiter aufführten, wird aus Pankow berichtet: Bei den Straßenregulierungen, welche gegenwärtig dort vorgenommen werden, sind polnische Arbeiter beschäftigt. In der letzten Nacht drangen sie nun, etwa 12 an Zahl, in das Lokal von Rathes, Mühlentstr. 33, ein, als der Wirt gerade den Laden schließen wollte. Die Arbeiter ständelten, als der Wirt ihnen nicht mehr einstecken wollte, in der unerhörtesten Weise und eröffneten schließlich ein regelrechtes Steinbombardement auf das Lokal. Mit auf der Straße stehenden großen Pfosten waren sie sämtliche Fensterhebeln ein und verachteten auch den Wirt, dessen Frau und einen noch anwesenden Gast nicht. Dem Gast, einem Handwerker, wurde durch den Wurf eines schweren Steines der Arm gebrochen, und der Wirt erhielt gleich seiner Frau so schwere Verletzungen am Kopf, daß später ärztliche Hilfe auch von ihnen in Anspruch genommen werden mußte. Als endlich Polizei eintraf, waren die Rowdies bereits auf und davon.

Es ist eine allbekannte Erscheinung, daß die polnischen Arbeiter vielfach von den Unternehmern herangezogen werden, um in ihnen billige Arbeitskräfte zu bekommen. Würden die Unternehmer, die doch sonst so sehr für den Schutz der nationalen Arbeit wettern, diesen Arbeitern einen anständigen Lohn zahlen, so beläßen sie Arbeitskräfte genügend. Das wollen sie aber nicht, und so holen sie ausländische Arbeiter, die ihnen ein billiges und williges Ausbeutungsobjekt sind. Mangel jeder gewerkschaftlichen Schulung und Erziehung entstehen dann auch Ausritte, wie oben eingekleidet ist.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Die plötzliche Entlassung des Tiefbauates erregt allgemeines Verwundern, da derselbe zum 1. April erst eingestellt und auf seinen Wunsch das Techniker- und Ingenieurpersonal mehr als verdreifacht wurde. Immer mehr stellte es sich heraus, daß dieser Herr sich im Geiste des Dr. Pope als Machthaber betätigte und keinen Frieden halten konnte, nicht nur mit den Beamten, sondern auch mit dem Publikum. Aber eine gute Eigenschaft besaß Herr Pope doch: einige diesbezügliche Vorkommnisse von den hierzu Berechtigten veranlaßten ihn, seine Entlassung eingureden, und die Gemeindevertretung stimmte dem einstimmig zu. — Einer Landhausbauordnung wurde zugestimmt, nach welcher in der Gegend um dem Weißen See herum nur Häuser im Landhausbaustil errichtet werden dürfen; die Ordnung noch auf einen Teil der Parkstraße zu erstrecken, wurde abgelehnt. — Zur Teilnahme am brandenburgischen Städtekongress in Küstrin wurde der Gemeindevorsteher Dr. Boelz gewählt.

Staatsanwalt und Polizei können Herrn Dr. Pope nur noch retten. Der Krankenassenvorstand soll vor den Staatsanwalt geladen werden, um sich zu verantworten für eine Tat, die mit dem Strafgesetzbuch nicht das geringste zu tun hat. Die Gemeindevertretung hat dem vielgenannten Herrn ein Mißtrauensvotum ausgesprochen, zugleich die Abnahme von Deputaten angekündigt, auf die ein städtischer Verwaltungsbeamter stolz ist. Nun kann nur noch die Polizei helfen. Eine öffentliche Versammlung hatte beschlossen, Unterschriften zu sammeln auf Petitionen, welche die Amtsenthebung bezw. Dispositionsstellung des Herrn Dr. Pope von der Aufsichtsbekörde verlangten. Diese Petitionen liegen in Geschäften, öffentlichen Lokalen usw. aus, gelbe Plakate mit entsprechender Aufschrift gaben Kenntnis von dem Ausliegen. Gestern morgen nun mußte die Gendarmerie eine Suche nach den Plakaten vornehmen und wo ein solches entdeckt wurde, mußte es unter Strafbrohung entfernt werden. Was dem aber sein, wie ihm wolle, Herr Dr. Pope kann es nicht mehr verhindern. Die Petitionen sind im Umlauf und auf eine genügende Protesterschar aus allen Kreisen der Bevölkerung wird gerechnet. Die letztere Klame kommt den Protestlern sehr zugute und wer von der Einwohnerschaft noch nicht gezeichnet hat, wird seine Unterschrift baldigst geben. „Protestersammlungen und sonstiges Geschimpfe rührt mich nicht!“ war ein Ausspruch des Herrn Dr. Pope. Die Aussicht auf die große Anzahl der Unterschriften scheint doch etwas zu täuben, daher die Zufahrtsstraße der Polizei. Kein Weißenseer Bürger schreie zurück, unterschreibe jeder die Petitionen.

Lichtenberg.

Mit der Tagesordnung des Parteitag in Mannheim beschäftigte sich die am 14. August abgehaltene Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Genosse Niehke wies in 14stündiger Rede auf die Wichtigkeit der einzelnen Tagesordnungspunkte hin. Beim Punkt 5: „Rassenstreit“, nahm der Referent Gelegenheit, die auf der Konferenz der Gewerkschaften gepflogenen Auseinandersetzungen über die Stellung der Gewerkschaften zur Partei recht treffend zu kennzeichnen. Redner vertrat den Standpunkt, daß die Partei im Befreiungskampfe der Arbeiter die Führung behalten müsse; der Kampf um materielle Besserstellung der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft gehöre den Gewerkschaften, der Kampf kann aber nur dann ein erfolgreicher sein, wenn die Partei mit aller Schärfe auch die politische Gleichberechtigung der Arbeiter erkämpfe, wodurch am besten dem Kapitalismus und seinen Auswüchsen das Ende bereitet werden kann und eine vernünftige Wirtschaftsweise herbeigeführt wird. Auch der Punkt 7 wurde als ein sehr wichtiger vom Referenten hingestellt, namentlich im Hinblick auf die Erziehung der Jugend. Die überall jetzt betriebene Jugendorganisation müsse ein Gegengewicht bilden gegen das von den staatlichen Machthabern durch die Schulgesetzgebung gezeigte Bestreben, die Jugend in Dummheit und knechtischer Untermüßigkeit zu erziehen. Die äußerst lebhaft eingehende Diskussion mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden.

Am Dienstag, den 21. August, findet im Lokale der Gebrüder Arnold die Fortsetzung der Debatte statt. Ein Antrag: Zu dem Punkt „Rassenstreit“ einen zweiten Referenten aus der Generalkommission der Gewerkschaften zu bestimmen, wurde angenommen.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. In ihrer Ferien Sitzung hatten sich die Gemeindevorsteher mit einer recht heißen Angelegenheit zu befassen, galt es doch, dem Gemeindevorsteher den Titel Bürgermeister beizulegen. Den Antrag hatte der stellvertretende Gemeindevorsteher Schöffe Ulrich gestellt. Begründet wurde er mit der langjährigen Amtszeit und den „Verdiensten“ um die Entwicklung des Ortes. So mancher Gemeindevorsteher mag bei dieser eigentümlichen Begründung anderen Sinnes gewesen sein. Eine kleine Reminiscenz genügt, um manchen Gemeindevorsteher hinsichtlich der „großen Verdienste“ des Gemeindevorstehers anderen Sinnes zu machen. — Unter der verdienstvollen Amtsstätigkeit des Gemeindevorstehers Böcher ist die prachtvolle elektrische Straßenbeleuchtung eingeführt (kur liegt der Ort dabei im Dunkeln). Der Wasservertrag wurde auf 40 Jahre fremden Händen übergeben, die für den Kubikmeter Wasser 30 Pf. verlangen. Die Gaslieferung wurde der Kontinentalen Gasgesellschaft auf lange Jahre übertragen. Dieser Vertrag sollte bekanntlich kürzlich auf 50 Jahre verlängert werden, wurde aber glücklicherweise gegen die Stimmen des Gemeindevorstehers und seiner Betreuen abgelehnt. Auch der Abschluß des 15 Pfennigtarifs mit der Großen Berliner Straßenbahn entfällt auf die Tätigkeit des Gemeindevorstehers. Als vor zirka fünf Jahren ein Antrag auf Einführung der Grundwertsteuer in der Gemeindevertretung zur Beratung stand, beämpfte der Gemeindevorsteher diesen Antrag mit folgender Motivierung: „Meine Herren! Wenn Sie die Grundwertsteuer einführen, müssen Sie auch bald die Kanalisation bauen. Als Folge hiervon wird sich eine rege Bautätigkeit entfalten, es wird sich die Bevölkerungsdichte bedeutend vergrößern, es werden mehr Beamte gebraucht auch mehr Schulen usw.“ Ferner sind noch anzuführen die wiederholte Ablehnung der Einführung von Schulärzten, der Lohnklausel bei Gemeindearbeiten, die vorzugsweise Beschäftigung von Ausländern bei dem Kanalisationsbau usw. usw. Die Gemeindevertretung beschloß in geheimer Sitzung mit 9 gegen 7 Stimmen bei der Regierung zu beantragen, dem Gemeindevorsteher Böcher den Titel „Bürgermeister“ zu verleihen.

In öffentlicher Sitzung wurde der Antrag der neuen Karlshorster Terraingesellschaft wegen Genehmigung eines Bebauungsplanes für das zwischen Treptow-Allee, Waldow-Allee und Schleichens Bahn gelegene neu zu erschließende Terrain verhandelt. In der Vorlage für das zirka 150 Morgen große Terrain sind wohl eine Unmenge von Straßen, aber nur zwei Plätze, welche diesen Namen verdienen, eingezeichnet. Der größte dieser Plätze, zirka zwei Morgen, soll obenreins noch als Kirchplatz der Kirchengemeinde überlassen werden. Unter lebhafter Zustimmung kritisierte Genosse Pinfeler den vorgelegten Bebauungsplan. Er beantragte, den Plan nur zu genehmigen, wenn außer den kleinen Plätzen der angelegte Kirchplatz aber an dessen Stelle ein gleich großer Platz der Gemeinde als öffentlicher Platz freigelassen würde. Auch das im Plan vorgezeichnete Grundstück zu Schulzwecken sei zu klein; die Gemeinde müsse später für teures Geld solche Grundstücke, welche zur Erweiterung erforderlich seien, zukaufen. Mehrere Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus. Der anwesende Vertreter der Terraingesellschaft hat, von weiteren Forderungen Abstand zu nehmen, weil sonst die ganze Sache unrentabel würde. Hierbei stellte

sich auch heraus, daß der frühere Besitzer des Terrains, Herr Mittelsdorfer v. Treptow, den Kirchplatz zur Bedingung gemacht und als Äquivalent einen Morgen davon nicht in Anrechnung gestellt hat. Es nützte alles nichts, der Bebauungsplan wurde zurückgewiesen und dem Antrage Pinfelers entsprechend geändert. Bezüglich der Straßenbeleuchtung lag ein Antrag vor, die Hauptverkehrsstraßen durch elektrisches Bogengleichlicht zu beleuchten, da das gegenwärtige Gleichlicht keineswegs genügt. Dieser Antrag wurde in Rücksicht auf die Kostenfrage vertagt.

Spandau.

Der Wahlverein hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Genosse Piefer gab den Vorstandsbericht. Im verflochtenen Vierteljahr fanden statt: 1. Volksversammlung und 2. Vereinsversammlung, 12 Vorstands- resp. erweiterte Parteileistungsitzungen. Der „Vorwärts“ hat eine Abonnentenzahl von 1020 erreicht. Die „Brandenburger Zeitung“ wird durch die Expedition nicht mehr vertreiben, weil der Abonnentenstand auf 21 zurückgegangen war und demnach die Ankosten beim Vertrieb dieser Zeitung immer mehr zunehmen. Die Kaiserzeit ergab einen Ueberschuß von 688,61 M. An Stelle des durch eine Delegation verhinderten Genossen Schuster gab Ling als Kostenprüfer den Kostenbericht. 1296,91 M. wurden im 2. Vierteljahr vereinnahmt; 824,60 M. erhielt hieran die Kreisliste, außerdem wurden 1180 M. Bonds umgesch. Der Bestand beträgt jetzt 215,40 M., die Mitgliedszahl 880. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur Kreisgeneralversammlung, insbesondere zeitigte der Punkt „Presse“ eine längere Debatte. Reichholz wies darauf hin, wie notwendig es sei, eine wöchentlich erscheinende Beilage für Spandau zu schaffen und dem „Vorwärts“ beizulegen. Verhandlungen darüber sollen mit der Berliner. Preßkommission gepflogen werden, wozu von der örtlichen Parteileitung außer Reichholz noch Trompler und Gering bestimmt wurden. Zu den Kosten mußte aber notwendig der Kreis etwas beitragen, wenigstens in der ersten Zeit. Reichholz zweifelt nicht daran, daß die Abonnentenzahl hierdurch in Kürze um das Doppelte steigen würde, selbstverständlich dürfte der „Vorwärts“ den Spandauer Abonnenten nicht verteuert werden. Genosse Senfleben wünscht eine neue selbständige Ortszeitung. (Zustimmung.) Thiemie verspricht sich durch eine bessere Berichterstattung seitens Spandau eine erhöhte Abonnentenzahl, im übrigen bezweifelt derselbe, daß durch eine wöchentlich erscheinende Beilage die Spandauer Auflage des „Vorwärts“ rapid in die Höhe schnellen würde. Piefer u. a. sprechen sich im Sinne Reichholz aus. Hierauf wird der Potsdamer Antrag 1 betreffs der Kartennitglieder einer kritischen Betrachtung unterzogen. Genosse Trompler legte dar, daß sich die Potsdamer Parteigenossen gern mit der Spandauer Organisation beschäftigen, trotzdem letztere in organisatorischer Beziehung weit mehr geleistet hätte. Jage man die Bevölkerungszahl der beiden Städte in Vergleich, so wären in Spandau 40 Proz. Mitglieder mehr der Organisation zugeführt worden als in Potsdam. Die Potsdamer Genossen hätten gar nicht den Versuch gemacht, Kartennitglieder zu erwerben und ignorierten einfach den Kreisgeneralversammlungsbeschluß und ebenfalls die Jenaer Parteitagresolution. Nachdem noch Jungsowski, Piefer, Ling und Reichholz in demselben Sinne gesprochen hatten, wurden die Genossen Piefer, Trompler und Reichholz zu Delegierten der Kreisgeneralversammlung gewählt. Eine Beschwerde des Vergnügungsausschusses vom letzten Parteitag zeitigte eine erregte Debatte. Auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung soll die „Lokalfrage“ gesetzt werden. Zum Schluß forderte Senfleben die zahlreichen Anwesenden auf, soweit dies noch nicht geschehen, ihren Austritt aus der Landesliste zu erklären.

Potsdam.

Die Arbeiter-Turnvereine erfreuen sich bekanntlich keiner besonderen Beliebtheit bei den Behörden. Wie sehr sie nach dem Grundgesetz behandelt werden: „Gleiches Recht für alle!“, das hat ja kürzlich der Kultusminister Studt ebenso bewiesen, wie die so genannte „Deutsche“ Turnerschaft auf ihrer Tagung in Hildesheim. Es ist daher auch nicht weiter auffallend, wenn der Magistrat der gewählten Residenzstadt dem hiesigen Arbeiter-Turnverein die Existenz möglichst zu erschweren sucht. Das ist nun mal eine naturgemäße Folge des heutigen Massenstaatsystems, das den Arbeitern zwar vermehrte Pflichten, dafür aber desto weniger Rechte gibt.

Seit vier Jahren bemüht sich der Männer-Turnverein „Frisch auf!“ um die Freigabe einer der städtischen Turnhallen für seine turnerischen Zwecke — bis jetzt leider vergeblich. Auf seine erste Anfrage wurde dem Verein erwidert, daß seinem Gesuch nicht stattgegeben werden könne, da die in Frage kommende Turnhalle in der Lützowstraße schon an allen Abenden besetzt sei. Der Verein ersuchte nunmehr die Behörde um Freigabe der in der Margarethenstraße belegenen Turnhalle, da hier noch einige Abende frei sind. Höflich, wie manche Behörden nun einmal sind, erteilte auch die hiesige den Besenten nach langem Warten endlich den erbetenen Bescheid; allerdings wieder ablehnend. Wohl der Einfachheit wegen aber diesmal ohne jede Angabe von Gründen. (??) Die eingelegte Beschwerde hatte ebenfalls keinen Erfolg. Dafür wurden aber die Teilnehmer an den Turnstunden der Jugendabteilung des genannten Turnvereins echt „ruffisch“ verprügelt infolge einer Denunziation, die dem Rektor der Margarethenstraße durch einen Polizeibeamten gemacht wurde. Daß diese „patriotische“ Erziehungsmethode das Gegenteil ihres beabsichtigten Zweckes erreichte, ist ja klar. Auch dem schlagfertigen Prügelpädagogen leuchtete schließlich ein, daß man auch in Preußen noch nicht ungekraft alles tun dürfe, was gegen Sitte und Recht der Zivilisation verstößt, wenn auch der Staatsanwalt in solchen Fällen oftmals nicht zu haben ist. Um so kräftiger und unabweisbar gab aber die öffentliche Meinung hierüber ihr Urteil ab. Diesem gegenüber hielten es die „schneidigen“ Ordnungsbüchsen doch für besser, klein beigeben.

Die organisierte Arbeiterschaft möge aus diesen Vorgängen lernen und auch in der Turnfrage hier die nötigen Konsequenzen ziehen. Dann wird es auch dem Arbeiter-Turnverein trotz aller behördlichen und hurrabürgerlichen Gegnerschaft möglich sein, sich weiter zu entwickeln, seine Aufgaben mehr als bisher erfüllen zu können und an der Erziehung der hiesigen Arbeiterjugend zu körperlich kräftigen und geistig freien Menschen mitzuwirken, die im Emanzipationskampfe des Proletariats ihren Mann zu stellen wissen werden.

Die Turnabende des Turnvereins „Frisch auf!“ finden am Dienstag und Freitag für die Männer- und Jugendabteilung, am Donnerstag für die Damenabteilung statt. Die Turnstunden beginnen abends 8 1/2 Uhr und werden im Saale des „Viktorgartens“, Alte Luisenstr. 22, abgehalten. Dasselbst werden auch Anmeldungen entgegengenommen.

Verfammlungen.

Die Schmiede hielten am Mittwochabend eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, zu der sämtliche Innungs-gesellen eingeladen waren, um zu dem Innungs-Arbeits-nachweise (in der Mulackstraße) Stellung zu nehmen. Sie ring referierte über die bestehenden Streitigkeiten mit der Innung: Die Kaiserzeit, wegen der viele Gesellen ausgesperrt wurden, war der Anlaß, daß sich die Meister einen eigenen Arbeitsnachweis einrichteten. Der Verband ließ sich das nicht gefallen, er bestritt den Meistern das Recht, ohne Vertretung der Gesellen einen Arbeitsnachweis zu führen. Versammlungen wurden einberufen, eine Klage bei der Gewerbe-Deputation anhängig gemacht und die Sperte über den Arbeitsnachweis in der Mulackstraße verhängt. Die Gesellen sollten alle in den Nachweis in der Stralauerstraße 48 benützen. Die Wirkung der Agitation gegen den Innungsnachweis war aber nicht befriedigend, weil viele Verbandskollegen die Sperte nicht respektierten. Da haben sich nun Verhältnisse herausgebildet, die einen Beschuß notwendig erscheinen lassen, ob die Sperte aufgehoben oder energisch und rücksichtslos verschärft werden soll. Der Herbergswirt Wischella wurde von allen Seiten angeklagt, daß er seinen Einfluß auf die Gesellen zugunsten des Innungsnachweises

ausübe, aber die Hauptschuld an dem bisherigen Mißerfolg der Sperre tragen jedenfalls die Arbeiter selbst.

In derselben Angelegenheit sollte am nächsten Tage, Donnerstag, eine Sitzung des Innungs-Vorstandes mit dem Gesellenausschuß stattfinden. Die Versammlung gab nun dem Gesellenausschuß für sein Verhalten eine bestimmte Direktive: Der Nachweis in der Mutachfrage soll gemeinsam geführt werden und Meister und Gesellen zu gleichen Teilen vertreten sein. Sonntags soll der Arbeitsnachweis geschlossen und dafür des Sonnabends am Abend geöffnet sein. In der Straßauerstraße, wo übrigens immer freie Stellungen zu haben sind, soll dann auch Sonntags geschlossen werden. — Die Versammlung beschloß einstimmig dieser Empfehlung des Vorstandes gemäß. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß manche Meister zum Schaden der Gesellen falsche Anmeldungen bei der Krankenkasse machen. In solchen Fällen ist dem Vorstand sofort Mitteilung zu machen. (Wer über 4 Mark Tagelohn verdient, gehört in die erste Klasse.) Im Herbst findet die Neuwahl der Krankenkassen-Delegierten statt.

Vermischtes.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Antwerpen, den 15. August berichtet: Der von Brüssel um 8 1/2 Uhr abgegangene Personenzug fuhr bei Vieux-Dieu bei Antwerpen auf einen Güterzug und schmit diesen in zwei Teile. Fünf Wagen wurden zermalmt. Viele Personen wurden verwundet.

Nach einer späteren Meldung sind bei dem Eisenbahnzusammenstoß bei Vieux-Dieu nur einige Personen leicht verletzt worden. Der internationale Verkehr erleidet keine Verzögerung.

Ein niedliches Erlebnis hatten, wie dem „Hann. Cour.“ aus Braunsfeld (Schleswig) geschrieben wird, dieser Tage die Insassen eines Fuhrwerks, das von einem Nachbardorfe auf der Straße daherrolle und einen kleinen Jungen überholte, der barfüßig darhaupte eifertig dahintrabte. Aufgefordert, mitzufahren, stieg er gern ein und beantwortete die Frage nach dem Grunde seiner Eile und dem Wohin mit den Worten: „Ja, will min Badder hahn. Ja, heft hüt Morgen en lüt Broder frog'n un mi schall Badder na Hus kom. Dat war en Glück, dat mi Ruder to Hus wer. Wat har id sams mit den Bengel opstellen schult!“

Ein Kirchenraub

Ist in der Kirche zum hl. Kreuz zur hl. Rosenkranz-Königin in Frankfurt a. O. in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch verübt worden. Es gelang dem Kirchenräuber, das Tabernakel gewaltsam zu erschleichen und daraus ein Ciborium und eine Eustodia zu rauben. Das Sakrament hatte man auf den Hochaltar geschüttet, die große Hostie nebst drei kleinen fand man an der giria drei Meter hohen

Umfriedungsmauer der Kirche, wo das Ciborium aufeinander-genommen worden ist, wovon eine dort gefundene Schraubenmutter zeugt. An derselben Stelle waren die Ränder auf das Kirchengrundstück eingedrungen und hatten die Seitentür der Kirche nach dem Stützplatze zu aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Dietrich geöffnet, denn die Tür fand man am Morgen gleich nach 5 Uhr geöffnet.

Abzug von der Hohen Tatra. Kaschau, 16. August. Der Reichsdeutsche Wilhelm Häfeler ist von der Komitzer Spitze in der Hohen Tatra abgestürzt und hat sich schwere Verletzungen, die jedoch nicht lebensgefährlich sind, zugezogen.

Dynamitexplosion. In Chihuahua (Mexiko) wurden über 30 Arbeiter und einige amerikanische Werkführer durch die Explosion eines mit Dynamit beladenen Wagens getötet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Weizen Ia 71-73 pr. 100 Pfd. Ha 65-70. IIIa 59-64. IVa 54-58. englische Vullen 0,00. dänische Vullen 0,00. holländische Vullen 0,00. Rindfleisch, Doppellende 100-110. Ia 80-85. IIa 70-78. IIIa 60-68. Hammelfleisch Ia 77-82. IIa 67-75. Schweinefleisch 68-74. Rindfleisch Ia per Pfd. 0,50-0,55. IIa 0,30 bis 0,49. Rindfleisch Ia per Pfd. 0,35-0,48. IIa 0,00-0,00. Dammschmalz 0,43-0,48. Rindschmalz pr. Pfd. 0,20. Ferkel 0,41. Kaninchen per Stück 0,40-0,60. Wildenten Ia per Stück 0,50. IIa 0,60. Gänse, alle, per Stück 1,60-2,25. alte, IIa 1,30-1,40. junge, per Stück 0,40-1,00. Tauben, junge, per Stück 0,20-0,48. alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,30-2,00. alle per Stück 0,00. Hamburger, junge, per Stück 0,00. Gänse, Ia per Pfd. 0,58-0,64. IIa 0,55-0,57. Ia per Stück 3,00 bis 4,00. IIa 1,50-2,00. Reulets per Stück 0,00-0,00. da. Klein 0,00. Heide, pr. 100 Pfd. 70-99. Rander 114-127. Schote 116. Weizen matte 58. Mele, groß 116-121. mittel 88-95. Klein a mittel 00. unsort. 66-79. Weizen 00. Karpfen 00. Barfemalt 83. Karasfahen 00. Weis 00. Dunte Rühle 42,00. Amerik. Rühle 1 neuer per 100 Pfd. 110-130. da. II neuer 90-100. da. III neuer 50-75. Seelachs 10-15. Rindern, pomt. I, per Schod 9 da. pomt. II 2-3. Rindern, Rühle Ia 4-6. da. mittel per Rühle 2-3. da. Klein per Rühle 0,00. Ferkel, pr. 100 Pfd. 4-5. Schafschmalz 3-4. da. 1/2 Rühle 1,50. Rindfleisch, pr. 100 Pfd. 10-13. Heide 25. Sardellen, 1902er, pr. 100 Pfd. 90,00. 1904er 88,00. 1905er 80,00-82,00. Schottische Wollringe 1905 0,00. large 40-44. full 36-38. med. 35-42. deutsche 37-44. Heringe, neue Matjes, pr. 1/2, To. 60-120. Dummern, IIa, 100 Pfd. 00. Rühle, pr. Schod, große 23. mittel 10,00-13,50. kleine 3-4. unsort. 4,00-13,50. Galtiger 00. Eier, Land, pr. Schod 2,80-3,20. Butter per 100 Pfd. Ia 119-129. IIa 116-118. IIIa 112-113. abfallende 90-106. Saurer Gurken Schod 2,40-2,60. Pfeffergurken 2,40-2,60. Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,75-2,00. neue runde 2,25-2,50. neue blaue 2,25-2,50. neue Herbst 2,25-2,50. Spinat p. 100 Pfd. 12-18. Karotten p. Schod 2,00-2,50. Sellerie, Heringe, p. Schod 1,25-5,00. Zwiebeln 100 Pfd. 1,50-3,50. Petersilie, grün, Schod 1,00. Rindfleisch p. Schod 0,75-1,00. Rettig, bayr., p. Schod 2,40 bis 4,80. Radieschen p. Schod 0,60-0,70. Salat, p. Schod 1,00-1,40. Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 5-10. Wachsbohnen 8-16. Schoten per 100 Pfd. 10-16. Pfefferlinge per 100 Pfd. 20-30. Mohrrüben

per 100 Pfd. 5,00. Blumenkohl per Mandel 1,00-2,20. Wirsingkohl per Mandel 1,00-2,00. Kohlf Kohl p. Mandel 2-2,50. Weißkohl p. Mandel 1,50 bis 2,00. Stempfle p. 100 Pfd. 25-30. Gurken, bester, Schod 0,75-1,00. da. Geringe, Schod 1,00-2,00. da. Restens 2-3,00. da. Bogniger 2,00-2,50. Kohlraben, Mandel 1,00-1,25. Birnen, Hal. per 100 Pfd. 15-25. Heringe 5-14. Trücker 14-35. böhmische 7-14. Rettig 7-8. Kefel, ungar., per 100 Pfd. 12-15. Italienische 8-15. Heringe 6-25. Singselbeeren 00. Preiselbeeren 16-22. Stacheln, lauter 00. Blaubeeren per 100 Pfd. 12-30. Kirschen, Hal. runde dunkle per 100 Pfd. 16-25. Hal. lange gelbe 15-22. Hal. runde 15-25. ungarische 10-12. Heringe 8-25. Meiselaunde 10-22. Zitronen, Messina 300 Stück 15,00-20,00. 300 Stück 12,00-16,00. 200 Stück 7,00-12,00. 430 Stück, Klein 7,00. Pfirsiche, Werberche per 100 Pfd. 25-35. französische 20-40. Italienische I. Stüke 1,50-2,00. da. II Stüke 1,20-1,60. da. III Stüke 1,00-1,30. da. in Körben per 100 Pfd. 85-40

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr, Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Brief und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Arms. Verein Hauspflege, Borf. J. Oberbürgermeister Kirchner, Al.-Noahil 90. — C. S. W. 13. Kurfürstendamm 46. — H. S. Schöndorf, Hebbelinerstr. 9. — C. R. Darum haben wir uns noch nicht gekümmert. — C. S. 100. Werden Sie sich an die Buchhandlung Bornwald, Lindenstraße 69. — J. G. 58. Hierüber erhalten Sie am besten Auskunft im Bureau des Handlungsgehilfenvereins, Neue Friedrichstr. 30. — R. Kr. 96. Das Gesetz betreffend zweijährige Dienstzeit trat am 1. Oktober 1893 in Kraft. — C. S. 26 und S. P. 67. Zentral-Kommission der Krankenkassen, Engel-Ufer 15. — C. S. 60. An den dortigen deutschen Konsul. Liebe Berliner Arbeiter! — C. S. 79. Mitteilungen an die Baupolizei über gesundheitsgefährdende Wohnungen sind keine verwirklichten Handlungen. — C. S. 6-7. Verlag Wehmanns, Berlin. — H. S. W. Der Kasse des Arztes Lebus. Hat hier keine Filiale. — S. C. 100. Verjährung in 30 Jahren. — S. C. Wirsbacher. 23. Ja. — S. C. 26. 1. Rein. 2. Wenn keine anderen Verwandten mehr leben, bekommt die Ehefrau 1/2, jedes der 5 Kinder 1/10. — 1906. Eine Beurteilung der Ausichten Ihrer Klage ist nur bei ganz genauer Sachdarstellung möglich. Sie können sich selbst vertreten. Der Anwalt darf Ihre Vertretung niederlegen. — C. S. in S. 1. Der Gegner ist befreit, seine Kosten von Ihnen beizufahren. 2. Ihr Freund muß den Anspruch Ihres Gläubigers gegen Sie pflanzen und sich zur Einziehung überweisen lassen. Er kann den erforderlichen Antrag auf der Anmeldestufe des Amtsgerichts zu Protokoll geben. — Gilt. 1. Rein. 2. Rein. 3. Amtsgericht Riddorf. 4. Der Mann ist Witwer. 5. Rein. 6. Geben Sie auf die Anmeldestufe des genannten Gerichts. — H. C. Rein. — Hausfriede 37. Sie dürfen die Weite nur um den Betrag mindern, um welchen Sie geschädigt sind. — H. S. 11. Rein. — S. C. 100. Verjährung des Verzehens erst in fünf Jahren. — H. S. 500. Wenn Sie unterschrieben haben, sind Sie zur Abnahme verpflichtet. — H. 666. Wiederholen Sie die Anfrage und schreiben Sie gleichzeitig, weshalb Sie verurteilt worden sind (Alimente?). — S. C. 100. Das uneheliche Kind ist erbberchtig. — S. 37. 1. Geben Sie auf die Anmeldestufe des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 10/17. 2. Ohne einen Monat. Die Klägerin erhält Nachricht vom Termin. Das Gehalt des Beamten ist pflanzbar.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 17. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Die Walküre.
Neues Opernhaus. Das Heimchen am Herd.
Lefung. Ein Volkseid.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Soliner-Theater.)
Normy-Oper. Der Postillon von Longjumeau.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater) Gedächtnis.
Römische Oper. Die Bohème.
Westen. Die lustige Witwe.
Zentral. Der Postillon.
Trianon. Die Frau ohne Fühlern.
Lustspielhaus. Spagnoliebe.
Kleines. Mimenziege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.
Carl Weis. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das neue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Tortajada. Spezialität.
Passage. Billy Brager. Spezialität.
Heischballe. Stehner Sängern.
Urania. Tantenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Freitag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.
Kleines Theater.
Zum erstenmal:
Mimenziege. — Diplomatie in der Ehe. — Das Trottoir roulant.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Mimenziege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.
Sonntag: Mimenziege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.
Neues kgl. Opernhaus (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag, den 17. August 1906:
Zum erstenmal:
Das Heimchen am Herd.
Oper in 3 Akt. v. Karl Goldmark.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.

Die Bohème.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: volkstümlichen Preisen: Don Pasquale.

Sanssouci

Kottbusser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nord. Sängern und Tanztruppen.
Reu: Der Züngling. (Glänzendes Soloprogramm.)
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5. Bodent. 8 U.
Im Park: Freikonzert.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Herrn Fritz Kialsch: Adele.
Im Garten: Gänzlich neues Spezialitäten-Programm.
Anfang 5 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.

(Operette). 8 Uhr:
Kasselerbinder. Operette in 3 Akten.

Metropol-Theater

Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater

10 Uhr! Novität! 10 Uhr!
Großer anbauender Feiterleits-Erfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus - Trick.
Bilder: Gute Spezialitäten!
Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Sonnabend, den 18. August 1906:
Anfang 8 Uhr. Zum 61. Male:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. M. Demmequin und G. Wilhaud.
Sonntag und folgende Tage:
Die Höhle des Löwen.
Gaston Chahedrey: Rich. Alexander.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Spagnoliebe.
Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpnickstr. 67-68.
DONNERSTAG, 23. Aug., abends 8 Uhr:
PREMIERE
Gastspiel Adolf Philipp

Im wilden Westen.

4 heitere Bilder m. Ges. v. A. Philipp.
Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Herrn Fritz Kialsch: Adele.
Im Garten: Gänzlich neues Spezialitäten-Programm.
Anfang 5 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Soliner-Theater).
Normy-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büdel.
Der Postillon von Longjumeau.
Römische Oper in 3 Akt. v. Adolff Böhm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Populäre Oper bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Freischütz.
Abends 8 Uhr: Der Troubadour.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Normy-Oper.
Heute Freitag: Geschlossen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
popul. Vorstellung bei halben Preisen:
Das Nachtlager in Granada.
Römische Oper in 3 Akten von Conradi Kreuzer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Berliner Opern-Aufführung: Carmen.
Vorverk. ohne Vorverkaufgebühr tägl.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
16 Löwen sowie 4 neugeborene werden im Publikum herangezogen.

Schloß Weißensee.

„Zum Sternecker“. Inhaber C. Koch.
Heute Freitag: Großes Konzert.
Ausstellung Afrika
53 Afrikaner, zahlreiche Tiere. Wettrennen der marokkanischen Reiter. El Hadj Mohamed, der große Schlangenbeschwörer. Arab. Tänzerinnen. Überbrennbarer Zauberer. Ein Karawanenführer in der Wüste.
Die Vorstellungen beginnen nachmittags 4 1/2 Uhr.
Hoffmanns Sängern. Familien-Freizeit.
Eintritt 50 Pf. Kinder 15 Pf.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Der Verschwendern.
Kom. Schauspiel in 2 Aufz. (9 Bildern) v. Ferd. Raimund. Musik v. Kreutzer.
Waherdem:
12 Attraktionen
U. a.: Paul Coradiel. La Matchiche. Steffen Bros. Neio Troupe u. d. m.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Billettoerent. v. 10-1 a. d. Theaterkasse.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Klown Dolly ist da!
Tageliche Ballet-Ensemble.
The Regals musikalischer Akt.
Das Bild des Vaters.
Vollständ. in 2 Akten.
Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entrée 30 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 3 (Vehm. u. Vellermannstr.).
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Monte Christo, The Barret, Henry Sago, Verona de Fonseca, Bernand-lung-Schoupieler in. Diergu:
„Auf fremder Erde“.
Gr. Aufführung mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. (ed. Wittwood; Gr. Kinderfreundfest. Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Fauserwerk. Volksaufstellungen aller Art. Die Kasse ist d. 1 Uhr an geöffnet.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die Frau ohne Fühlern.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Zum sechstenmal:
Arbeit schändet nicht.
Fredo Seyband, Charakter-Verwandlung - Schauspiel (15 Berrn.) und die erklaffig. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kasse ist ab 3 Uhr.

Schweizer Garten

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten. Der mysteriöse Wunder-Globus. (Das Rätsel aller Rätsel).
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffia.
Wochentags: Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entrée 30 Pf.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Bertha Arthur Seelen.
Genie: Trompeter v. Säckingen.
Mikardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel.“
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumerleierter Platz 50 Pf.

Neuererscheinungen

empfehlen wir unsern Lesern zur Anschaffung:
Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung von Käte Dunder. Preis 40 Pf.
Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen von Paul Göhre. Preis 20 Pf.
Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände von Dr. Aug. Müller. 2. Auflage. — Preis 30 Pf.
Egoismus und Sozialismus oder: Das Ich und die Gesellschaft. Eine dialektische Glauberei von Karl Hoffmann. Preis 25 Pf.
Statisches Jahrbuch für das Deutsche Reich Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. XXVII. Jahrgang 1906. — Preis 2 M.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

WINTERGARTEN

Morgen
Sonnabend, den 18. August:
Eröffnungs-Vorstellung
Für die nächsten 8 Vorstellungen findet bereits der Billett-Vorverkauf statt.
Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormalitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung:
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.
Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer
Stralanderstr. 1.

Folies Caprice

Limonstr. 132, Ecke Friedrichstraße
Wiedereröffnung
1. September.
Vorverkauf ab 20. August.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Bertha Arthur Seelen.
Genie: Trompeter v. Säckingen.
Mikardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel.“
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Rumerleierter Platz 50 Pf.

Neuererscheinungen

empfehlen wir unsern Lesern zur Anschaffung:
Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung von Käte Dunder. Preis 40 Pf.
Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen von Paul Göhre. Preis 20 Pf.
Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände von Dr. Aug. Müller. 2. Auflage. — Preis 30 Pf.
Egoismus und Sozialismus oder: Das Ich und die Gesellschaft. Eine dialektische Glauberei von Karl Hoffmann. Preis 25 Pf.
Statisches Jahrbuch für das Deutsche Reich Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. XXVII. Jahrgang 1906. — Preis 2 M.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

